Nr. 93 Freitag, 28. Mai 1920 27. Jahrgang.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk. bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk. für einen Monat 5.— Mk. Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — Postscheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13093. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 1.90 Mk. bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 Mk Reklame-Kolonelzeile 7.50 Mk — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Freikorps-Gefahr.

Der Staatskommissar „beruhigt".

Berlin, 28. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Vor den Vertretern der Presse gab der Staatskommissar für öffentliche Ordnung, Weißmann, eine Darstellung der politischen Lage. Er führte aus, daß eine eigentliche Putschgefahr weder von rechts noch von links bestehe. An einen Gewaltstreich der Unabhängigen vor den Wahlen sei nicht zu denken, da diese von den Reichstagswahlen eine außerordentliche Stärkung ihrer Partei erwarten. Auch die Kommunisten hätten sich durch die Beteiligung an den Wahlen auf den Boden der Verfassung gestellt, die Kommunistische Arbeiterpartei wolle allerdings gewaltsame Mittel zur Durchführung ihrer Macht anwenden. Sie sei aber so schwach, daß sie nichts erreichen könnte. Es besteht nur die Gefahr, daß Hitzköpfe, wie im Falle Hölz, auf eigene Gefahr vorgehen, um Gegenaktionen bei der Rechten hervorzurufen. Die Gefahr des Rechtsputsches erblickt der Reichskommissar nicht in einer bestimmten Organisation, sondern in der Tatsache, daß die Auflösung der Freikorps und ähnlicher militärischer Formationen bisher nicht zu einer völligen Beseitigung geführt hat, sondern daß vielfach noch bewaffnete Banden auf das platte Land transportiert werden. Der Reichskommissar warnt vor dem Frontbund. Eine gewisse Gefahr bestehe auch darin, daß durch eine Wirtschaftskrise viele Tausende von Arbeitern brotlos gemacht werden können und dann leicht Hetzereien gewissenloser Elemente zum Opfer fallen würden.

Die Freiheit schreibt dazu, daß sie sich den optimistischen Auffassungen des Staatskommissars nicht anschließen könne. Sie weist auf die Lage vor dem Kapp-Putsch hin; daß die Regierung auch damals behauptet habe, daß ihr genügend Machtmittel zur Verfügung ständen, um jeden Aufstandsversuch zu unterdrücken. Die Freiheit schreibt weiter, von der Regierung muß verlangt werden, daß sie endlich ihre vertrauensselige Haltung gegenüber den Rechtsputschisten aufgibt, und schließlich die Vereinbarungen durchführt, die nach dem Kapp-Putsch zwischen den Vertretern der Regierungsparteien und den Arbeiterorganisationen zur Verhinderung der Wiederholung derartiger Ereignisse getroffen worden sind.

* * *

Aus anderer Quelle ersehen wir, daß der Herr Staatskommissar die Gutsherren in Pommern und Ostpreußen, die bewaffnete Baltikumer und andere Freiwillige auf ihren Gütern haben, als harmlose Leute hingestellt hat, die sich bloß bei einem von ihnen befürchteten Kommunistenputsch nicht abschlachten lassen wollen, aber nicht an Aufstand denken.

Es gehört ein starker Glaube dazu, diese Versicherung des Herrn Kommissars für wahr zu nehmen. Wir haben ihn nicht!

* * *

Ueber den Frontbund erhält der Vorwärts aus Münster die folgende interessante Mitteilung:

Bei der Untersuchung über den Frontbund würde Herr General Seeckt gut tun, auch einmal seinen ehemaligen Kollegen, General v. Watter, zu besuchen, der, obwohl des Dienstes enthoben, immer noch die militärischen Fäden in Westfalen in der Hand hat. Er residiert nach wie vor im Schloß in Münster, benutzt Dienstautos und hat ein ganzes Privatbureau eingerichtet, in dem vier Offiziere Tag und Nacht arbeiten, dazu das nötige andre Personal, sowie drei staatliche Schreibmaschinen. Bezahlt der Staat diese Leute, damit sie bei Exzellenz Watter Privatpolitik treiben. Der Leiter des Bureaus ist Hauptmann von Bock und Polach. Er wohnt auch im Schloß und ist in den Versammlungen des Frontbundes als Redner aufgetreten. Hier besteht also eine ganz deutliche Verbindung zwischen Watter und dem Frontbund, der nachzugehen sich vielleicht lohnen würde.

Das rechtssozialistische Blatt in Münster, der Volkswille, berichtet über eine Unterredung mit dem Unteroffizier Stolberg vom 2. Marine-Regiment der Brigade Ehrhardt, Sturmabteilung Hoffmann: Stolberg, der als Agitator für den Frontbund auftritt, war mit zahlreichen Ausweisen und Urlaubsscheinen versehen. Die Ausweise ermächtigten ihn, für den Frontbund zu werben und Geldspenden einzuziehen; sie waren namens des Arbeitsausschusses des Frontbundes, Zentralstelle Paderborn, mit „Schmidhuber" oder „v. Pfeffer" unterzeichnet. Die durchweg nicht ausgefüllten Urlaubsscheine stammen von der Brigade Ehrhardt, einem Reichswehr-Infanterie-Regiment und dem Jägerbataillon 15; sie waren zum Teil von Leutnant Graf v. Schwerin unterzeichnet. Stolberg erklärte, er bekomme in Münster sein Geld vom Hauptmann v. Bock (siehe oben!), Batterieführer in der Reichswehrbrigade 7, sowie von andern militärischen Dienststellen und auch von Rittergutsbesitzern.

Der Frontbund sei an sich völlig unpolitisch (!!), aber nach den Wahlen gebe es nur zwei Möglichkeiten: entweder eine Regierung, in der die Deutschnationale Volkspartei überwiege, oder, wenn daß nicht zustande kommen sollte, eine Militärdiktatur. Eine Regierung aus den jetzigen Mehrheitsparteien werde der Frontbund unter keinen Umständen dulden. In acht Wochen würden wir allerlei Dinge erleben. Vom Osten käme das Zeichen zum Losschlagen. Die Offiziere ständen selbstverständlich hinter der Sache, die Mannschaften noch nicht durchweg, sie würden aber hoffentlich auch gewonnen werden, ebenso wie es schon alle Freiwilligenformationen seien. Der Frontbund bereite ganz offen die Gegenrevolution vor, seine Werber hätten keine Angst vor einer Verhaftung, denn selbst wenn diese vorgenommen würde, würde die Zentralstelle des Frontbundes für gewaltsame Befreiung der Werber aus der Haft Sorge tragen.

* * *

Die Neuanwerbungen für die Freikorps dauern an. Ein ganzes Heer von Werbern durchstreift gegenwärtig die Städte und versucht, Arbeitslose für die Wehrmacht zu ködern. Die Werber bedienen sich dabei gefälschter Urlaubsscheine, ein Beweis dafür, daß die Werbungen geheimen Zwecken dienen. Die Neuangeworbenen werden zur Zeit meist in das Sennelager geleitet. Dort, am Rande des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, soll eine große Truppenmacht zusammengezogen werden, die bei Ausbruch der Gegenrevolution das Ruhrgebiet besetzen und die Militärdiktatur sichern soll. Als Beweis für die geheimen Werbungen werden zwei Dokumente veröffentlicht.

Urlaubsschein.

Stempel.
Kommando 3. Marinebrigade.
Deutsche Reichsmarine.

Der (Dienstgrad, Vor- und Zuname) von der (Komp., Regt. usw.) 3. Marinebrigade, wird hiermit vom 2. Mai 1920 bis einschließlich 17. Mai 1920 nach Pforzheim i. B. beurlaubt.

Alle Behörden werden ersucht, ihn ungehindert reisen zu lassen und ihm nötigenfalls Schutz und Hilfe zu gewähren.

Dorsten, den 1. Mai 1920.

ges.: Heintz (Tobias), Leutnant und Komp.-Führer.

Ausweis zur Erlangung von Militärfahrscheinen.

Der Infanterist K. H. (Name und Dienstgrad) ist berechtigt, für die einmalige Reise von B. nach Paderborn eine Militärfahrkarte zu lösen.

Zweck der Reise: Rückkehr zur Truppe.

Dieser Ausweis gilt nur für den 15. Mai und die vier folgenden Tage.

Sennelager, den 2. Mai 1920.

Heintz (Tobias), Leutnant und Komp.-Führer.

Im Zusammenhang mit den Werbungen für den Frontbund stehen die Vorgänge, über die die Berliner Volkszeitung berichtet. Das Blatt weist darauf hin, daß zwischen Bayern, Pommern, Ostpreußen und Westfalen ein regelrechter Stafettendienst stattfindet. Auf den pommerschen und ostpreußischen Gütern werden täglich entlassene Soldaten eingestellt. Die Einwohnerwehren in Ostpreußen denken nicht an ihre Auflösung. In Königsberg hat sich ein besonderer Stoßtrupp gebildet, der aus 600 jungen Offizieren besteht. Die Rechtsparteien stehen mit der Organisation des Umsturzes in engster Verbindung. Im Ostpreußen wird vor aller Oeffentlichkeit über die kommenden Ereignisse gesprochen. Dort hat auch die Deutschnationale Volkspartei ihre Maske abgelegt und erklärt, daß sie den Versuch, die Regierungsform auf verfassungsmäßigem Wege zu ändern, aufgegeben habe.

Pommern ist die Etappe zwischen Ostpreußen und Bayern. Offiziere spielen die Verbindungsmänner; auf jedem Gute, wo sich Soldaten befinden, ist zumindest ein Offizier vorhanden, der die Verbindung mit den andern Gütern aufrechterhält und für Uebermittlung der Nachrichten nach Ostpreußen, Bayern und Westfalen Sorge trägt. Auch die Bewaffnung der Agrarier macht weitere Fortschritte. Nicht nur in Pommern, Ostpreußen und Schlesien, sondern auch in der Mark Brandenburg erhalten die großen Güter Waffensendungen. So sind in den letzten Tagen vom Flugplatz Neuruppin mit Wissen des Platzkommandeurs Maschinengewehre und Munition auf die umliegenden Dörfer verschoben worden. Von Berlin aus gehen ganze Wagenladungen von Bekleidungsstücken und Waffen, die in Kisten verpackt sind, nach Ostpreußen. Die Einwohnerwehren sind auf dem Lande heute besser und stärker organisiert wie vor dem Kapp-Putsch. In Bayern allein umfassen sie zusammen mit den Zeitfreiwilligen- und Studentenformationen weit über 100 000 Mann.

Die rechtsstehende Presse ist über die Vorbereitungen für den neuen Umsturz genau unterrichtet. Um die Oeffentlichkeit irrezuführen, berichtet sie auftragsgemäß von bevorstehenden kommunistischen Putschen, von Mordplänen und terroristischen Maßnahmen der Linksparteien. Unter diesem Lügenschleier soll sich der Plan der Gegenrevolutionäre zur vollen Reife entwickeln.

* * *

Eine Versammlung des Frontbundes in Berlin.

Berlin, 28. Mai. (T.-U.) Der Vorwärts berichtet, daß am Donnerstag in Berlin eine Versammlung des Frontbundes abgehalten wurde. Der Leiter war Hauptmann v. Pfeffer. Außer ihm nahmen insgesamt 21 Delegierte aus allen Gegenden Deutschlands teil, und zwar Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften. Hauptmann v. Pfeffer erklärte rundheraus, daß die Gelder für den Frontbund von der Schwerindustrie geliefert werden. Festgestellt wurde, daß für das Freikorps Lützow dauernd zwei Werber in Berlin tätig seien. Als Zweck des Bundes wurde u. a. angegeben, daß man die Auflösung der Freiwilligenformationen und ihre Zusammenlegung bekämpfe, auf jeden Fall aber ein Mitbestimmungs- und Einspruchsrecht in Anspruch nehmen wolle. Man beabsichtigt als Beiträge für die Organisation einen Prozentsatz der Löhnung von den Dienststellen einbehalten zu lassen. Man will eine große Propaganda entfalten, um geschlossene Truppenteile zu sich herüberzuziehen.

Ein kapitalistischer Angriff.

Die augenblickliche Wirtschaftslage zeigt den Widersinn der kapitalistischen Produktion wieder einmal im grellsten Lichte. Die Bewertung der deutschen Mark steigt im Auslande, ihre Kaufkraft nimmt zu, sie hat ihren unglücklichen Tiefstand überwunden. Jedermann sollte sich dessen freuen — so wäre anzunehmen. Statt dessen finden wir in der kapitalistischen Presse ein großes Wehgeschrei über die „Gefahr", die Preise könnten etwas sinken. Sie sinken aber noch lange nicht. Und das Widersinnige der kapitalistischen Produktionsweise liegt nun darin, daß trotz steigender Valuta das Kapital bemüht ist, die Preise hochzuhalten. Und der weitere Widersinn ist, daß die Produktion eingeschränkt werden soll und auch wird, nicht weil wir an einer Ueberproduktion leiden, an einem Zuviel an Produkten, sondern an einer Unterkonsumtion, an einem Zuwenig an Kaufkraft. Die Verbraucher enhoffen von dem Steigen der Valuta ein weiteres Sinken der Preise; sie halten deshalb mit den Käufen zurück, soweit es sich nicht um die Deckung des unumgänglich notwendigen Bedarfs handelt. Diese Einschränkung des Konsums hätte in einer sozialistischen Gesellschaft die Herabsetzung der Arbeitszeit für alle zur Folge, in der kapitalistischen Gesellschaft bedeutet Einschränkung des Verbrauchs Entlassung von Arbeitern, Arbeitslosigkeit. Die Lager sind voll; Gebrauchsgegenstände sind in gewisser Menge da. Die Massen des werktätigen Volkes bedürfen der Kleidung, der Wohnung, der Nahrung, — aber diese schönen Dinge sind dem arbeitenden Volke nicht zugänglich, weil sein Lohn ja nur ein Teil des Gesamtprodukts ist, das es erzeugt, weil das schaffende Volk immer nur soviel von seinem Gesamtprodukt kaufen kann, wie die Lohnsumme beträgt.

In diesen kapitalistischen Veitstanz schneit nun die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mit einer Erklärung, die sie selbst betitelt: Die Grenze der Lohnforderungen, und die da besagt:

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat in ihrer Ausschuß-Sitzung am 20. Mai in eingehender Aussprache die gesamte Wirtschaftslage Deutschlands erörtert. Sie hält es für ihre dringende Pflicht, den ernsten Mahnruf an sämtliche ihr angeschlossenen Arbeitgeberverbände zu richten, jede neue Erhöhung der Löhne und Gehälter abzulehnen. Die Preise der deutschen Erzeugnisse haben die Weltmarktpreise ungefähr erreicht, zum Teil bereits überschritten. Schon heute stockt überall der Absatz. Eine abermalige Steigerung der Gestehungskosten durch weiteres Anschwellen der Löhne und Gehälter und die daraus folgende Verteuerung der Preise muß zur Katastrophe führen und damit unabsehbares Elend über alle Kreise des deutschen Volkes, nicht zuletzt der Arbeitnehmer bringen. Den Arbeitnehmern selbst ist auch mit der reinen Steigerung der Löhne und Gehälter zugegebenermaßen nicht gedient. Ihnen wie der ganzen deutschen Wirtschaft kann nur geholfen werden durch vermehrte und verbilligte Produktion, die allein und durch sich eine Senkung der Preise bewirken kann.

Kein auch nur einigermaßen mit den Gesetzen der politischen Oekonomie Vertrauter verkennt, daß die Löhne eine gewisse Grenze nicht übersteigen können, daß sie in ihrer Gesamtsumme bestenfalls den gleichen Wert des hergestellten Gesamtprodukts darstellen. Womit freilich die kapitalistische, also auf Profit eingestellte Produktionsweise aufhören würde. Zu behaupten aber, diese Grenze sei erreicht, ist sinnlos. Allerdings — solange die kapitalistische Produktionsweise besteht, wird diese Grenze sich nie erreichen lassen, da ohne Profit kein Schornstein raucht und ohne Profit kein Pflug über den Acker des Junkers zieht. Verkehrt wäre auch, etwa zu denken, durch Lohnsteigerungen die kapitalistische Produktionsweise „auszuhöhlen". Das Kapital wird, solange es die politische und wirtschaftliche Kraft dazu hat, noch stets Gewinne aus der Produktion herauszuschlagen verstehen. Es gestaltet seine Preise nach den Gestehungskosten plus Profit. Wenn die Erklärung der Unternehmerverbände also betont, daß ein weiteres Anschwellen der Löhne und Gehälter eine abermalige Steigerung der Preise bewirken würde, so mag das wohl stimmen. Denn die Steigerung der Löhne wird stets als wirksamster Vorwand benutzt, die Preise erneut hinaufzuschrauben und so den Profit zu vermehren. Richtig ist allerdings, daß den Arbeitern mit einer „reinen Steigerung der Löhne" nicht gedient ist, eben weil die Preise der Produkte stets wieder rascher anziehen als die Löhne. Richtig ist ferner, daß den Arbeitern und der ganzen deutschen Wirtschaft, wenn auch nicht nur, wie die Unternehmer sagen, so doch wesentlich geholfen werden kann durch eine vermehrte und vor allen Dingen verbilligte Produktion. Diese Aufgabe zu lösen ist aber die kapitalistische Gesellschaft nicht mehr imstande, oder wenn doch, so nur auf Kosten der Arbeiterklasse. Denn die durch

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200528/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Senkung der Löhne herbeigeführte Verbilligung würde für die Arbeiterklasse ja nichts andres sein als bestenfalls die Gleichbleibung ihrer Lebenshaltung, da niedrigeren Preisen der Produkte auch niedrigere Löhne gegenüberstehen, also verminderte Kaufkraft.

Vor allem aber: wenn die Verbilligung der Produkte herbeigeführt werden soll durch Senkung der Löhne, so würde das zunächst eine wahnsinnige Hungerperiode für die Arbeiter bedeuten. Denn nach kapitalistischen Prinzipien müßten sich ja die niedrigeren Löhne erst „auswirken". Und das dürfte eine ziemliche Weile dauern, selbst den günstigsten Fall gesetzt, das Kapital würde den solchermaßen verringerten Gestehungskosten auch wirklich in den Preisen Ausdruck verleihen. Tausend gegen eins ist aber zu wetten, daß das Kapital tausendundzwei neue Gründe findet, die Preise trotz der Senkung der Löhne hochzuhalten. Die Arbeiter würden auf jeden Fall die Geprellten sein.

Auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft lassen sich eben die brennenden wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart nicht mehr lösen. Die kapitalistische Produktionsweise hat ihren Höhnpunkt erreicht, hat die ihr innewohnenden Gegensätze und Widersprüche auf die Spitze getrieben und ist nicht mehr imstande, das Wirtschaftsleben wieder „in Ordnung" zu bringen. Der einzige Ausweg ist die Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische, die Beseitigung der Profitwirtschaft, der Aufbau der Bedarfswirtschaft. Dieser Umgestaltung möchte das Kapital natürlich entrinnen. Und so versuchen seine von ihm gekauften „Oekonomen" dem werktätigen Volke einzureden, die Besserung der gegenwärtigen Zustände sei nur möglich in der angegebenen Weise. Das ist nichts andres als ein Appell an den geliebten Unverstand der Massen, ist nichts weiter als ein kapitalistisches Manöver, ein brutaler Angriff auf die Arbeiterklasse, die dem schmarotzenden Kapital weiterhin eine angenehme Existenz sichern soll. Die einzige und endgültige Lösung aller wirtschaftlichen Nöte des Volkes kann nur der Sozialismus bringen. Für ihn gilt es am 6. Juni zu wirken und zu wählen.

Was militärische Dementis wert sind!

Von militärischer Seite wird die Angabe, daß die Schröder-Mahnke, die Anstifterin des Putsches von Sangerhausen, im Dienst militärischer Stellen gestanden habe, dementiert. Zugegeben wird, daß sie sich militärischen Stellen wiederholt angeboten hat.

Beweiskräftiger als diese Ableugnung sind die Dokumente, die bei der Schröder-Mahnke gefunden wurden. Sie beweisen ihre Tätigkeit für militärische Stellen. Das Volksblatt für Halle bemerkt zu der Erklärung des Oberleutnants Gießen, den es als den Leiter des Nachrichtenbureaus des Halleschen Garnisonkommandos genannt hatte, daß er gegen den Verantwortlichen des Volksblattes Strafantrag wegen Beleidigung gestellt und gegen sich die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens beantragt habe.

Dazu haben wir zu bemerken, daß wir noch nie mit größerem Vergnügen einer gerichtlichen Sachaufklärung entgegengesehen haben, als in diesem Falle. Es soll uns diese willkommene Gelegenheit, einmal recht gründlich in das Treiben der mit Regierungsgeld arbeitenden gegenrevolutionären Nachrichtenbureaus hineinzuleuchten, nicht entgehen, und wir wissen heute schon, daß der Herr Oberleutnant Gießen dabei alles andere denn Freude erleben dürfte. Es steht fest, daß der Leiter des Nachrichtenbureaus mit der Schröder in engstem Verkehr gestanden hat, daß er von ihrer Spitzeltätigkeit gewußt hat, denn er hat ihr ja selbst den Ausweis als Dolmetscher Mister Golden ausgestellt und auch im übrigen ein großes Interesse an dem Wohlergehen der Dame gehabt. War Herr Gießen doch der erste, der — da er rein „zufällig" in Naumburg bei der als erzreaktionär bekannten 16. Brigade weilte — von dem Selbstmordversuch der Spitzelin erfuhr, mit einem — Veterinär zu ihr eilte und die erforderlichen Rettungsmaßnahmen einleitete. Tatsache ist also, daß die Schröder im Dienste der Nachrichtenstelle stand und von dieser für ganz bestimmte Zwecke verwandt wurde.

Eine andre Tatsache, die die enge Verbindung der Spitzelin mit militärischen Stellen bezeugt, wird aus Wilhelmshaven berichtet. Dort spielte sie bekanntlich bei dem unglückseligen Putsch, den einige Kommunisten Ende Januar 1919 in Wilhelmshaven inszenierten und bei dem 14 Millionen von einer Bank verschwanden, eine Hauptrolle. Es ist ganz klar, daß die Schröder-Mahnke im Auftrage der reaktionären Offiziere des Reichsmarineamts diesen Putsch gefördert und geleitet hat. Sie wurde auch festgenommen, aber sofort nach dem Verhör beim Stationschef in Wilhelmshaven — freigelassen und verschwand, während ihre unglücklichen Opfer langjährige Freiheitsstrafen erhielten. Wahrlich, das Proletariat hat alle Ursache, gegen solche unbekannten, überradikalen Elemente, die da zu Gewalttätigkeiten reizen, vorsichtig zu sein.

„Antibolschewistische" Kampforganisationen

Berlin, 28. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vorwärts erhielt zu den Veröffentlichungen über den Frontbund die folgende Zuschrift:

„Die in Ihrem Artikel angegebene Adresse des politischen Geheimbureaus der Rechtsparteien, Oranienburger Straße 67, ist sehr aufschlußreich. Dort befand sich nämlich bis vor kurzem das Bureau der Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus unter Leitung des auch in Ihrem Artikel genannten Herrn v. Gillich. Die Vereinigung stellte sich angeblich auf den Boden der republikanischen Regierung und erhielt sogar vom Ministerium des Innern die Genehmigung zum Sammeln von Geldern. Sie unterhielt ein Nachrichtenbureau großen Umfanges und stand in dauernder Verbindung mit der politischen Polizei der Regierung. In den Werberäumen hatte auch zeitweilig der Reichsbürgerrat sein Bureau, ebenso der Vertrauensausschuß für sämtliche antibolschewistische Vereinigungen unter Leitung des Hauptmanns Bertkau. Diese Verbände bilden offenbar die Keimzellen der neuen politischen Kampforganisation gegen die Republik. Der Personenbestand, der größtenteils völlig aus ehemaligen Offizieren besteht, ist unverändert geblieben. Man sieht daraus, welches äußerstes Mißtrauen gegen alle Vereinigungen geboten ist, die angeben, die Bekämpfung des Bolschewismus zum Ziele zu haben."

Die Untersuchung des Mordes an Paasche.

Berlin, 28. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das preußische Ministerium des Innern hat im Verfolg seiner Untersuchung über die Erschießung des Kapitänleutnants Paasche einen sehr erfahrenen Kriminalbeamten nach Hochzeit entsandt, um nochmals durch eigenen Augenschein alle Angaben und Aussagen genau nachzuprüfen.

Wenn der Herr Kriminalkommissar den Mord feststellen sollte, so würden die militärischen Kameradengerichte die Mörder sicher freisprechen.

Protest gegen die Tätigkeit der Militärgerichte.

Eine in Essen abgehaltene Konferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Köln, Minden und Münster, deren Verwaltungsstellen 360 000 Mitglieder angeschlossen sind, erhob Protest gegen die Tätigkeit der außerordentlichen Kriegsgerichte im Ruhrbezirk, deren Urteile als ungerecht bezeichnet wurden. In einer Resolution wurde ausgedrückt, die Konferenz erwarte auf das bestimmteste, daß die ausgesprochenen Todesurteile nicht vollzogen werden, daß ferner die Urteile wegen nichtpolitischer Vergehen und Verbrechen auf das natürliche Maß zurückgeführt werden, und daß alle wegen politischer Vergehen bereits ausgesprochenen Todesurteile und Strafen durch eine umfassende Amnestie rückgängig gemacht werden, nachdem auf der andern Seite noch keiner der Anhänger der Kapp-Lüttwitz-Regierung abgeurteilt worden sei.

Wahlscheine für nicht in die Wählerlisten Eingetragene.

Durch eine im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Bekanntmachung hat der Reichsminister des Innern für einzelne Personenkategorien die Ausstellung von Wahlscheinen auch ohne vorherige Eintragung in eine Wählerliste für zulässig erklärt. In Frage kommen u. a. ehemalige Soldaten, die wegen Entlassung aus dem Verband der Wehrmacht jetzt wahlberechtigt geworden sind, ferner Flüchtlinge aus den Abtretungsgebieten, die erst nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Wählerlisten ihren Wohnort im Inland genommen haben.

„Die Arbeiter sind Steuerhinterzieher!"

Deutschnationaler Wahlkampf.

Das Organ der Deutschnationalen, die Leipziger Neuesten Nachrichten, bringen heute einen Leitartikel, worin sie behaupten, daß die Arbeiter, „weite Kreise der radikalen Arbeiterschaft", grundsätzlich keine Steuern zahlen, daß für die verflossenen anderthalb Jahre die Steuerbeträge von den „hochbezahlten Arbeitern" weder bezahlt worden, noch nachträglich durch den Steuerexekutor einzubringen seien. So werde die ganze Last auf den Mittelstand abgewälzt, bei dem der Steuerexekutor noch etwas finden könne.

Diese freche Beschimpfung der Arbeiterschaft zeigt das wahre Gesicht der Deutschnationalen!

Die Herren wissen ganz genau, daß der Arbeiter gar keine Steuern hinterziehen kann, weil schon bislang sein Einkommen von den Unternehmern auf Heller und Pfennig angegeben werden mußte und weil er, wenn er nicht zahlt, die Lohnbeschlagnahme zu gewärtigen hat.

Die Herren Deutschnationalen wissen ganz genau, daß die Steuerhinterzieher in den Kreisen der Unternehmer, Schieber und Großgrundbesitzer, überhaupt in den Kreisen der Besitzenden zu finden sind.

Das hindert sie nicht, die Arbeiter als Steuerhinterzieher wahrheitswidrig zu beschimpfen.

An den Plakatsäulen haben diese Deutschnationalen die Behauptung angeschlagen, daß die Papiergeldvermehrung eine Ausplünderung der Bürger zugunsten der Besitzlosen bedeute. Jeder vernünftige Mensch weiß, wie sehr die Arbeiter unter der Entwertung des Geldes leiden. Der Schwindel zeigt aber eines: daß die Deutschnationalen sich als die Partei der Besitzenden demaskieren.

Arbeiter, Angestellte, Beamte, gebt den Deutschnationalen auf diesen Schimpf am 6. Juni die gebührende Antwort!

Pazifisten-Kongreß in Basel.

Wie der DAZ. aus Basel berichtet wird, fand in Basel während der Pfingstfeiertage der erste Pazifisten-Kongreß nach dem Kriege statt, der von bürgerlichen Friedensfreunden aus Deutschland, Oesterreich, Italien, England, Frankreich, Belgien, Schweden, Norwegen, Dänemark und der Schweiz besucht war und etwa 70 Delegierte zählte. Den Vorsitz führte der belgische Senator Henry Lafontaine. Er führte in einer Ansprache aus: Die wichtigsten und dringendsten Aufgaben, an deren Lösung die Pazifisten mitzuarbeiten hätten, seien Verminderung der Lebensteuerung, Festigung der Währungen, Ueberführung der Kriegsschulden in Weltschulden, Verallgemeinerung des Postschecks, Regelung der Frachten, Vermehrung der Freihäfen, Freiheit der Schiffahrt auf Kanälen und Flüssen, gerechte Verteilung der Rohstoffe, Entwicklung der intellektuellen Beziehungen zu den Völkern usw. Alle Gutgesinnten, und nicht zuletzt die Frauen, müßten eine einheitliche Front bilden im Kampfe gegen die Politik des Hasses, der Macht und der Vernichtung.

Die eingesetzten Kommissionen haben bereits durch eine Reihe von Anträgen von ihrer Tätigkeit Zeugnis abgelegt. Kommission II erhob die Forderung nach Freihandel mit dem Zugeständnis, daß valutaschwachen Völkern unter Aufsicht des Völkerbundes gewisse vorübergehende Schutzmaßnahmen zugestanden werden. Kommission III beantragte beim Kongreß die sofortige Entwaffnung Deutschlands sowie die Vornahme derselben Maßregel in den andern Staaten. Sie forderte weiter die Anerkennung der Verpflichtung zur Wiedergutmachung der Schäden in Belgien und Nordfrankreich. In Bezug auf eine Revision des Versailler Vertrags verlangte die Kommission die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die sofortige ziffernmäßige Festsetzung der Wiedergutmachungskosten unter Garantie der Mächte und die Organisation der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Kulturländer, die für den Aufbau sowohl bei den Siegern wie bei den Besiegten unentbehrlich ist.

Sämtliche Entschließungen und Anträge wurden vom Kongreß angenommen.

Weltkrise.

Auch Japan droht der Zusammenbruch.

Berlin, 28. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Tokio erfährt man: Die finanzielle Lage Japans verschärft sich zusehends. Die Fachleute befürchten einen großen Zusammenbruch. Eine der Hauptbanken hat ihren Betrieb schon eingestellt, was zur Folge hatte, daß der Seidenhandel völlig durcheinander geriet. Auch die Börse von Yokohama hat geschlossen, ebenso hat die Baumwollbörse von Tokio infolge des Sinkens der Wertpapiere einstweilen ihren Betrieb eingestellt. Seit drei Monaten sind die Werte um 50 Prozent gesunken, in den letzten Tagen nun abermals um 10 Prozent.

Neue Unruhen in Oesterreichisch-Schlesien.

Wien, 27. Mai. Wie die Blätter aus Mährisch-Ostrau melden, wurden bei den Zusammenstößen zwischen tschechischer Gendarmerie und streikenden polnischen Arbeitern im Walde zwischen Karwin und Dombrau zwei Gendarmen getötet. Auf polnischer Seite wurden drei Personen getötet und 15 verwundet. — Die Ententekommission hat ihren Sitz nach Pudlau bei Oderberg verlegt.

(Das Tschecho-slowakische Pressebureau bestreitet, daß bei den Zusammenstößen zwischen tschechischer Gendarmerie und streikenden polnischen Arbeitern unweit Karwin Personen verletzt oder getötet worden seien.)

Mährisch-Ostrau, 27. Mai. Die Banden, die sich auf den Halden des Johannisschachtes im Laufe des gestrigen Tages festgesetzt hatten, versuchten Vorstöße in der Richtung auf Polnisch-Ostrau. In der Nacht wurde die Arbeit auf sämtlichen Schächten eingestellt und die tschechischen Arbeiter streikt. Um Mitternacht sind starke Abteilungen französischen und italienischen Militärs in Karwin eingetroffen. Trotzdem die Ruhe einigermaßen wiederhergestellt ist, dauert die Massenflucht der Deutschen und Tschechen aus Karwin fort.

Zum Vormarsch der Bolschewisten.

Kowno, 27. September. Aus Wilna sind Nachrichten eingetroffen, wonach dort große Beunruhigung über den Vormarsch der Bolschewisten herrscht. Die Spitäler sind von Verwundeten, die von der Front kommen, überfüllt. Die Okkupationsbehörde hat an die Bevölkerung einen Aufruf erlassen, in dem sie zur Ruhe auffordert. Einzelne Verwaltungsstellen sind aus Wilna abgezogen worden.

Die Fortschritte der Russen gegen die Polen.

Berlin, 28. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Kopenhagen wird unterm 27. Mai gemeldet: Litwinow hat, wie der Korrespondent des Kopenhagener Reuter-Bureaus mitteilt, ein Telegramm aus Moskau erhalten, demzufolge die Bolschewisten Borysslow erobert haben und die Gegenoffensive in der Ukraine unter günstigen Bedingungen fortsetzen.

Die Friedensverhandlungen zwischen Rußland und den Randstaaten.

Kopenhagen, 27. Mai. Das hiesige Lettische Pressebureau meldet: Der aus Riga zurückgekehrte Führer der lettischen Friedensdelegation Seeberg teilt mit, daß bei den Friedensverhandlungen mit der Sowjetregierung in Moskau eine Einigung über die Grenzfrage mit Ausnahme weniger technischer Einzelheiten erzielt wurde. Lettland wird zukünftig das ganze ethnographisch lettische Gebiet, das 64 000 bis 70 000 Quadratkilometer groß ist, umfassen. Die wirtschaftlichen Fragen sind bisher noch nicht gelöst worden.

Kowno, 27. Mai. Bei den Friedensverhandlungen zwischen Litauen und Rußland gesteht Rußland, wie gemeldet wird, den Litauern Wilna als Hauptstadt zu. Die litauischen Flüchtlinge werden gegen die Herausgabe der bolschewistischen Gefangenen in Litauen zurückgeführt werden. Zur Berichterstattung über die Grenzfragen wird ein Teil der litauischen Friedensdelegation noch in diesen Tagen nach Kowno zurückkehren. Die Arbeit in Moskau geht in verschiedenen Kommissionen weiter.

Ein russisch-persisches Abkommen.

Kopenhagen, 27. Mai. Laut Meldung aus Helsingfors berichtet die russische Zeitung Pravda, daß die persische und die russische Regierung in einem lebhaften Notenaustausch stehen. Es wurde ein Abkommen getroffen über die Anknüpfung diplomatischer und die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen.

* * *

Polen bittet um Frieden.

Berlin, 28. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Warschau wird gemeldet: Eine polnische Note an die Moskauer Regierung mit der Aufforderung, die Friedensverhandlungen aufzunehmen, ist bereits fertiggestellt. Der polnische Minister des Auswärtigen, Patek, erklärte heute, er sei gleich nach der Besetzung Kiews zu Verhandlungen mit Sowjetrußland bereit gewesen, aber die russische Gegenoffensive in der Beresina-Front habe diese unmöglich gemacht.

Internationale Konferenz zur Regelung russischer Fragen.

Christiania, 26. Mai. Ein besonderer Korrespondent des Morgenbladet meldet aus Paris, daß eine internationale Konferenz zur Beratung der Wiederaufnahme des Handels mit Rußland im Juni in Paris zusammentreten und auch die Schadenersatzforderungen der Alliierten und Neutralen an Sowjetrußland behandeln soll. An der Konferenz werden teilnehmen England, Frankreich, Norwegen, Schweden, Dänemark, Holland und die Schweiz.

Krassin in England.

London, 27. Mai. (Reuter.) Der Leiter der Delegation der russischen kooperativen Vereinigungen Krassin ist heute in Newcastle eingetroffen und wurde von Vertretern des Auswärtigen Amts empfangen.

Abreise der italienischen Abordnung nach Rußland.

Mailand, 26. Mai. Laut Corriere della Sera ist gestern der sozialistische Ausschuß über Berlin, Kopenhagen, Reval nach Rußland abgereist; es sind drei Vertreter des Arbeiterbundes, der Direktor des Avanti, zwei sozialistische Kammermitglieder und ein Vertreter des Verbandes der Konsumgenossenschaften.

Zur Lage in Irland.

Telegramme aus Irland verzeichnen weitere zahlreiche Fälle des Niederbrennens von Gerichtsgebäuden, Küstenwachtstationen und andern Regierungsgebäuden, sowie von Privathäusern. Nach einer amtlichen Meldung sind in Irland seit Ostern 400 Polizeistationen verbrannt und 150 Einkommensteuerämter überfallen worden. — Die englische Regierung ist entschlossen, die Waffen- und Heeresguttransporte nach Irland durch Truppen und Seesoldaten ausführen zu lassen. Die Führer der Eisenbahner sollen sich entschlossen haben, in dieser Frage die Meinung der Gruben- und Transportarbeiter anzuhören. Die Dockarbeiter in Dublin sind wieder in den Ausstand getreten.

Deutschland.

Die Neuorganisation der Sicherheitspolizei.

Der preußische Minister des Innern hat, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, in der Frage der Neuorganisation der Sicherheitspolizei entschieden, daß das Recht der Einsetzung der Polizeitruppen dem Oberpräsidenten bezw. dem Regierungspräsidenten und den Landräten vorbehalten bleibt.

Einfuhr von Mais zur Schweinemast.

Die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte hat sich mit Zustimmung der Reichsregierung bei einer holländischen Maisfirma den Bezug von 750 000—1 000 000 Tonnen Mais gesichert. Die Lieferung soll sich auf etwa zwei Jahre erstrecken. Der Mais

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200528/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

soll zur vertraglichen Schweinemast verwendet werden. Der in den nächsten Tagen hereinkommende Mais wird an die Reichsgetreidestelle zur Brotstreckung abgeführt werden; es wird jedoch erwartet, daß vom August ab dieser Mais zur Schweinemast verwendet werden kann.

Zur Erwerbslosenfürsorge.

Wie das Reichsarbeitsministerium in einer Drahtung an die Regierungen der Länder zum Ausdruck gebracht hat, ist die Arbeitslosigkeit, die durch den gegenwärtigen **Umschwung der wirtschaftlichen Konjunktur verursacht wird, als Kriegsfolge** im Sinne des § 6 der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge anzusehen. In derartigen Fällen ist daher Erwerbslosenunterstützung zu gewähren.

Aus dem Saargebiet.

Wie die Frankfurter Zeitung aus Saarbrücken mitteilt, hatte **die Stadtverwaltung eine Konferenz mit den saarländischen Landräten einberufen**, um gemeinsam die **Richtlinien für die Aufstellung der Listen der Stimmberechtigten** aufzustellen, die nach 15 Jahren über das politische Schicksal des Saargebiets entscheiden sollen. Die Regierungskommission verbot die Besprechung.

Da im pfälzischen Teil des Saargebiets **Wahlen zum bayerischen Landtag nicht stattfinden** dürfen, wird dieses Gebiet statt der Abgeordneten drei Abgesandte nach München schicken, die den Sitzungen beiwohnen werden, und zwar je einen Abgesandten der sozialdemokratischen Partei, des Zentrums und der liberalen Vereinigung.

Zum Bau des Mittellandkanals

meldet das Wolffsche Bureau aus Berlin: Ueber die Mittellandkanalvorlage soll sehr bald im preußischen Landtag eine Entscheidung herbeigeführt werden. Die Parteien sind darüber einig, daß der Beschluß noch vor dem Uebergang der Wasserstraßen an das Reich gefunden wird. Im Reichstage werden dann auch die Interessen der Nachbarstaaten zu Worte kommen. Diese Staaten werden ihre Wünsche auf den Umstand stützen, daß nicht Preußen, sondern das Reich die Kosten trägt.

* * *

Als Präsident des Reichsamts für Arbeitsvermittlung ist der bisherige Geh. Regierungsrat und Vortragende Rat im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Dr. Syrup, ernannt worden.

Ein deutscher Anschlag auf die belgische Bahn? Nach der Etoile Belge sollen die belgischen Behörden eine **Verschwörung von Leuten aus Aachen zur Sprengung des Bahnhofs von Herbesthal und der Eisenbahnbrücke** entdeckt haben. Deshalb lasse der belgische Oberkommissar alle Paßgesuche nach Aachen gründlich prüfen.

Arme Aktionäre. Die Kali-Industrie hat 1919 fabelhafte Gewinne erzielt. Eine Reihe von Werken hat den Aktionären freudige Ueberraschung mit hohen Dividenden bereitet, ihnen wertvolle Bezugsrechte durch Ausgabe von neuen, billigen Aktien gegeben und sich so die Zufriedenheit der Anteilbesitzer erworben. — Die Consolidierten Alkaliwerke Westeregeln, einer der bedeutendsten Konzerne der Kaliindustrie, aber haben seit langem Gewinnaufspeicherungspolitik getrieben, die einer Reihe von Aktionären wenig erfreulich gewesen ist. Auch diesmal, im Jahre der hohen Profite, will der Konzern „nur" 35 Prozent Gewinnanteil ausschütten und erregt dadurch den Zorn einer Anzahl Stammaktionäre, die in einer Annonce durch Vermittlung der Kom.-Ges. Stenger, Hoffmann u. Co. zum flammenden Protest und zur gemeinsamen Wahrnehmung ihrer bedrohten Interessen aufrufen. —

Wann wird man diesen Herren durch die Sozialisierung der Kali-Industrie endlich die schweren Sorgen der Gegenwart etwas erleichtern?

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Frage des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland.

Bei der Aussprache über die Genehmigung des Friedensvertrags von St. Germain in der französischen Kammer wurde bemerkt, der englische Schatzkanzler habe erklärt, Artikel 88 des Vertrags von St. Germain **hindere Oesterreich nicht an dem Anschluß an Deutschland.** Millerand betonte, Artikel 80 des Versailler Vertrags und Artikel 88 des Vertrags von St. Germain bestimmten, daß vom Zusammenschluß Oesterreichs und Deutschlands nur die Rede sein könne, **wenn der Völkerbund einhellig zustimme.** Mehrere Redner begrüßten es mit Genugtuung, daß die französische Regierung ihren Standpunkt in der österreichischen Anschlußfrage nicht geändert habe.

Eine internationale Konferenz für das Verkehrswesen.

London, 25. Mai. (Reuter.) Auf der Konferenz in Rom hat der Völkerbundrat beschlossen, vor Ende des Jahres eine **Internationale Konferenz für das Verkehrswesen** einzuberufen, die die Aufgabe hat, eine ständige Organisation für das internationale Verkehrswesen zu schaffen, um die Freiheit des Verkehrs und des Gütertransports zwischen den Mitgliedstaaten zu sichern, um damit die Wiederherstellung des Güteraustauschs und die wirtschaftliche Genesung der Welt zu fördern.

Deutschlands Abrüstung zur See.

Paris, 27. Mai. (T.-U.) Die Alliierten werden in den nächsten Tagen die deutsche Regierung in einer Note auffordern, die Bestimmungen des Friedensvertrages bezüglich der **Abrüstung Deutschlands zur See** durchzuführen.

Ein belgisch-französisches militärisches Bündnis?

Amsterdam, 27. Mai. Wie der Pariser Berichterstatter des Daily Telegraph meldet, werden Verhandlungen zwischen Frankreich und Belgien über ein militärisches Bündnis geführt.

Anschluß der französischen Beamtenvereine an die C. G. T.

Die Beamtenvereine haben einen Kongreß abgehalten und sich dem **Allgemeinen Arbeiterverband (C. G. T.)** angeschlossen. Auf dem Kongreß waren hauptsächlich vertreten die Lehrer, die Zollbeamten und die Beamten der indirekten Steuern.

Masaryk Präsident der Tschecho-Slowakei.

In einer gemeinsamen Sitzung der beiden Kammern der Nationalversammlung der Tschecho-Slowakischen Republik wurde die Wahl des Präsidenten der Republik vorgenommen. Es wurden insgesamt 411 gültige Stimmzettel abgegeben, von denen 284 auf Dr. Masaryk lauteten. Die bürgerlichen deutschen Abgeordneten und Senatoren hatten leere Stimmzettel abgegeben. In einer Erklärung lehnen sie es ab, Masaryk als Präsidenten zu wählen, solange das deutsche Volk keine Genugtuung für die ihnen angetanen Beleidigungen erhalte, die Demokratie in Gesetzgebung und Verwaltung nicht in vollem Maße anerkannt sei. Sie betonen, daß auch die Deutschen voll- und gleichberechtigte Staatsbürger, ein Staatsvolk, wie die Tschechen und keineswegs eine „Minderheitsnation" seien. Die Klubs der Abgeordneten und Senatoren der Deutschen sozialdemokratischen Partei hatten ebenfalls beschlossen, weiße Zettel abzugeben. Ihr Beschluß richtet sich nicht gegen die Person Masaryks, sondern gegen sein Amt, das mit einer solchen Machtfülle ausgestattet ist und der Person des Präsidenten eine so überragende Gewalt gegenüber der Volksvertretung gibt, daß darin eine wesentliche Einschränkung der Demokratie erblickt werden muß.

Niedermetzelung Eingeborener in Indien.

Nach einer Meldung aus London hat die indische Regierung der britischen Regierung den Bericht des Untersuchungsausschusses über die **Vorfälle in Amritsar im April 1919** nunmehr übermittelt. Die Truppen des Generals Dyer hatten damals auf eine Volksmenge mehrere Salven abgegeben. Aus dem Bericht geht hervor, daß die **Zahl der Toten 379** und die der **Verwundeten** über 1000 betrug. Die Mehrheit des aus Europäern und Indern zusammengesetzten Ausschusses ist der Ansicht, daß General Dyer feuern ließ, ohne vorher der aus über 10 000 Menschen bestehenden Menge Gelegenheit zum Auseinandergehen zu lassen und daß das Feuer fortgesetzt wurde, als die Menge sich bereits zerstreute.

* * *

Der österreichische Friedensvertrag ist in der französischen Kammer **ratifiziert** worden. Die Sozialdemokraten haben den Vertrag abgelehnt. In der Debatte erklärte der Sozialist Sembat, Österreich könne wirtschaftlich nicht allein existieren, aber man untersage ihm, daß es sich an jemand anlehne. Die Verträge mit Österreich und Deutschland müßten berichtigt werden. Auf ihnen könne sich kein dauernder Frieden aufbauen. Man könne die Völker nicht verhindern, sich aus wirtschaftlicher Solidarität zu vereinigen.

25 000 österreichische Kriegsgefangene sollen nach einer Meldung aus Warschau von den Polen bei ihrem Vormarsch in die Ukraine befreit worden sein. Sie sollen jetzt nach Oesterreich zurückkehren.

Ueber eine Massenflucht aus Petersburg weiß das Kopenhagener Blatt Berlingske Tidende zu berichten. Durchschnittlich sollen 1500 Menschen täglich die Stadt verlassen. Dadurch sei ein bedeutender Mangel an Arbeitskräften entstanden. Die Sowjetbehörden sollen ein Abreiseverbot für Männer von 18 bis 50 Jahren und Frauen zwischen 15 und 40 Jahren angekündigt haben.

Internationale Maßnahmen gegen die Kapitalschieber fordern die französischen Sozialisten. Sie haben in der Kammer eine Entschließung eingebracht, in der sie die Schaffung eines internationalen Organismus durch den Völkerbund verlangen, der gemeinsame Maßnahmen gegen die Kapitalflucht, also gegen die Steuerhinterziehung, trifft. In der Begründung wird gesagt, nur durch die Gemeinsamkeit aller Staaten sei es möglich, Vorkehrungen dagegen zu treffen, daß steuerpflichtige Kapitalien nicht über die Grenze wandern.

Deutschenhetzen in Belgien. Nach Meldungen aus Brüssel nimmt die Agitation gegen die Wiederzulassung der Deutschen in Belgien großen Umfang an. Der Brüsseler Berichterstatter des Temps stellt fest, daß die Bewegung von Antwerpener Mitgliedern der Liga der von Deutschland während der Besetzung Deportierten ausgeht. Man bekämpft hauptsächlich den Justizminister Vandervelde, der sich gegenüber den Deutschen als zu nachgiebig erwiesen habe. Am 13. Juni soll in Antwerpen eine große Kundgebung stattfinden, zu der alle Gesellschaften der Stadt und der Provinz ohne Ausnahme der Partei und Religion aufgefordert wurden.

Arbeiter!
Die Lockspitzel gehen um!
Hütet euch vor angeblichen Radikalen, die euch zu Gewalttätigkeiten verführen wollen!

Als Präsident der tschechischen Nationalversammlung wurde der bisherige Präsident Franz Tomaŝek (Soz.) mit 268 von 281 Stimmen wiedergewählt.

Das Bolschewistengespenst in Argentinien. Wie die Times aus Buenos Aires melden, ist in Argentinien eine **anarchistische Verschwörung entdeckt** worden. Viele Personen wurden verhaftet. Eine Anzahl Bomben und Gewehre sind in der Wohnung eines Russen, der die Bewegung organisiert hatte, beschlagnahmt worden.

Dänische Streikbrecherorganisationen nach deutschem Muster. Gleich der deutschen Technischen Nothilfe ist in Kopenhagen unter Oberlandesgerichtsanwalt Fengers Leitung ein neuer Verein gebildet worden. Der Verein soll in Tätigkeit **treten, wenn bei Ausständen und Aussperrungen** die Versorgung der Bevölkerung bedroht ist oder die Gefahr der Vernichtung wichtiger Werte besteht. Der Verein hebt in seinem Programm seinen angeblich unpolitischen Charakter hervor.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Fehler der Zersplitterung.

Unter den Postangestellten hat sich bis heute noch nicht die Einsicht durchgerungen, daß nur eine geschlossene Organisation aller im Transport und im Verkehr Tätigen die wirtschaftliche Lage der Berufsangehörigen verbessern kann, daß nur eine solche geschlossene Organisation ein Machtfaktor ist gegenüber einer immer noch ziemlich fest im Sattel sitzenden hohen Bureaukratie. Alle möglichen Vereine und Vereinchen werben um die Postangestellten, sauber geschieden nach Knopf und Litze, die der Angestellte jeweilig an seiner Uniform trägt. Das wilhelminische Zeitalter mit seinen Kasten und seinem Kastengeist ist noch lange nicht verschwunden. Die Folge dieses Mangels einer Einheitsorganisation ist die alte Willkür gewisser leitender Beamter, die mit ihrem Denken noch in vorrevolutionärer Zeit leben. Das zeigt sich immer wieder in Entlassungen, wie jüngst im Leipziger Postscheckamt, das 28 Kündigungen gegen Aushilfskräfte wegen „Unfähigkeit" ausgesprochen hatte. Die „Unfähigkeit" bestand darin, daß die Gekündigten während ihrer mehr als zwölfmonatigen Dienstzeit acht bis zehn falsche Buchungen gemacht haben sollen. Dies war der einzige Grund, den das Amt angeben konnte. Es handelte sich namentlich um Kriegsbeschädigte, die zahlreiche Kinder haben, und in zwei Fällen die Niederkunft ihrer Frau erwarten. Eine Versammlung der Aushilfskräfte nahm mit Erbitterung diese Mitteilungen entgegen und eine Entschließung an, in der die Aushelfer des Scheckamts Leipzig aufs schärfste gegen die vom Amt mit Hilfe des Beamtenausschusses (!) ausgesprochenen Kündigungen gegen die 28 Kollegen protestieren. Sie verlangten von der Oberpostdirektion, beim Scheckamt darauf hinzuwirken, daß die ungerechten Kündigungen sofort wieder zurückgezogen und dem neugewählten Betriebsrat sämtliche Unterlagen zur Verfügung gestellt würden, um an Hand der Akten eine gewissenhafte Nachprüfung zu ermöglichen.

Nach der Versammlung begab sich eine Abordnung zur Oberpostdirektion, um die Wünsche der Aushelfer zu unterbreiten. Aber — der Herr Oberpostdirektor Domizlaff war auf Dienstreisen. Der diensttuende Geheime Oberpostrat versprach, die Angelegenheit „an der richtigen Stelle zu unterbreiten" und eine Untersuchung nach Einreichung einer schriftlichen Beschwerde veranlassen zu wollen.

Diese Versammlung war einberufen worden von der Reichs-Interessengemeinschaft der mittleren Postangestellten, die auch nur wieder eine Gruppe der Postangestellten vertritt. Der hohen Postbureaukratie ist solche Gruppenorganisation natürlich höchst angenehm; sie kommt deren Prinzip: Teile und herrsche! durchaus entgegen. Während nun diese Gruppenorganisationen gewissermaßen alle Hände voll mit der Abwehr von Verschlechterungen zu tun haben, arbeitet umgekehrt der Deutsche Transportarbeiterverband für die Postangestellten im positiven Sinne. So hat er jetzt, entsprechend der erzielten Erhöhung der Löhne für die Postaushelfer ab 1. 5. 1920 auch die Löhne der Telegrammbesteller zu regeln gewußt. Während bisher für jugendliche Telegrammbesteller unter 18 Jahren ein Tagelohn von 16 Mk. gezahlt wurde, ist dieser jetzt auf 19.40 Mk. erhöht worden. Der Lohn der über 18 Jahre alten Telegrammbesteller beträgt jetzt pro Tag 25.45 Mk., bisher 20 Mk. Die bestehenden Sätze sind als Abschlagszahlung zu betrachten, da die endgültige Regelung erst nach dem Abschluß der Verhandlungen mit den Eisenbahnern stattfinden kann. Insbesondere wird das noch für die jugendlichen Telegrammbesteller bestehende Prämienlohnsystem beseitigt werden müssen. Es ist dann aber auch Pflicht aller Telegrammbesteller in Leipzig, sich wie in andern Städten dem Transportarbeiterverband anzuschließen, da der Deutsche Transportarbeiterverband für sie als alleiniger Vertragskontrahent in Frage kommt. Der Telegrammbesteller hat ebenso wie alle andern Kategorien der Postangestellten nichts zu erwarten von den sogenannten Fachvereinen und den sonstigen Vereinigungen, deren es in den Reihen der untern Postbeamten allein 21, natürlich mit Vereinsfahnen usw., gibt. Nur die einheitliche gewerkschaftliche Organisation kann den Postangestellten aller Grade die notwendige Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage bringen.

Zur Aufklärung!

In der Freien Presse erschien am 8. März 1920 ein Eingesandt, in welchem in unschöner Weise der Konsumverein Leipzig-Plagwitz wegen der geringen Entlohnung seiner Verkäuferinnen angegriffen wurde. Der Betriebsrat der Genossenschaft bittet, dazu folgendes zu beachten:

Zugegeben muß werden, daß die heutigen Löhne oder Gehälter auch in der Genossenschaft gegenüber der großen Teuerung vollständig unzureichend sind. Dem Einsender müßte aber auch klar sein, daß eine einzelne Firma nicht in der Lage ist, die Löhne so zu gestalten, daß diese als wirklich ausreichend zu bezeichnen wären. Der Konsumverein, dessen Haupteinnahmen aus der Verteilung rationierter Lebensmittel bestehen, geht auf Betreiben des Betriebsrates und der Gewerkschaften in der Lohnfrage schon bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit. Auch die Löhne der Verkäuferinnen erreichen eine Höhe, welche immerhin als vorbildlich für gleichartige bürgerliche Betriebe gelten kann, wie nachstehende Tabelle zeigt:

Der Jahreslohn einer Verkäuferin betrug im März dieses Jahres:

In bürgerlichen Betrieben laut Handelstarif nach zweijähriger Lehrzeit		In der Genossenschaft nach einjähriger Lehrzeit
1025 Mk.	im 1. Verkäuferinnenjahr	2730 Mk.
1500 „	„ 2. „	3211 „
1875 „	„ 3. „	3887 „
2250 „	„ 4. „	4550 „
2625 „	„ 5. „	5005 „

Die bei Einstellung in der Genossenschaft zurückgelegten Berufsjahre in bürgerlichen Betrieben kommen hierbei voll in Anrechnung. Der Lohn im Lehrjahre beläuft sich auf 2210 Mk., übersteigt also die Höhe des Lohnes einer ausgelernten Verkäuferin in bürgerlichen Betrieben um ein Bedeutendes. Die Beiträge zur gesetzlichen Versicherung werden von der Genossenschaft in voller Höhe getragen.

Im übrigen ergibt sich aus obiger Tabelle folgendes Bild: Eine fertige Verkäuferin verdiente nach dem Stande der Löhne im März in den ersten fünf Jahren ihrer Tätigkeit insgesamt 19382 Mk. in der Genossenschaft und 9275 Mk. in gleichartigen bürgerlichen Betrieben. Im Jahresdurchschnitt von fünf Jahren bedeutet dies einen Jahresverdienst von 3875.40 Mk. in der Genossenschaft und einen solchen von 1855 Mk. in bürgerlichen Betrieben. Dies ergibt ein Mehr in der Genossenschaft von 2017.40 Mk. pro Jahr.

Aus diesen Tatsachen geht wohl zur Genüge hervor, daß der Konsumverein in Punkto Bezahlung der Verkäuferinnen die Oeffentlichkeit nicht zu scheuen braucht. Weiter möchten wir bemerken, daß sich obige Löhne in der Genossenschaft ab 8. Mai 1920 um weitere 40 Proz. erhöht haben.

Die Anrempeleien des Einsenders, welche gegen den Betriebsrat gerichtet sind und die Ausdrücke wie: Radikalinskis in der Genossenschaft sollen ihm verziehen sein, denn sie geben nur ein Bild von der geistigen Höhe dieses Menschenkindes.

Der Betriebsrat
des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz.
P. Geßner. H. Schmidt.

Achtung, Zimmerer! Die Sperre über die Fabrik M. Singewald ist für organisierte Zimmerer aufgehoben, da die genannte Firma die beleidigenden Ausdrücke gegen die Organisationsleitung mit Bedauern zurückgenommen hat.

Zentralverband der Zimmerer,
Zahlstelle Leipzig.

*

Die Sektion der Markthelfer und Burschen im Leipziger Buchhandel hat eine den Verhältnissen entsprechend günstige, wenngleich immer noch nicht ausreichende Lohnerhöhung durchgeführt, die bis zum 30. Juni d. J. Geltung hat. Die gegenwärtigen Löhne schwanken zwischen 37.50 bis 150 Mk. für männliche und zwischen 37.50 bis 93.50 Mk. für weibliche Arbeiter. Diese Löhne gehören in Leipzig zu den niedrigsten bei anstrengender und langer Arbeit. Das ist im Buchhandel seit alters her so gewesen. Um so reicher sind aber die Herren Fabrikanten und Vertreiber geistiger Nahrung geworden. Betrugen doch die Löhne für verheiratete Markthelfer im Jahre 1918 noch 30 Mk. Die Ursache dieses Zustandes liegt letzten Endes an der jahrzehntelang sprichwörtlich gewesenen Bedürfnis- und Anspruchslosigkeit der Markthelfer. Es bedurfte vieler Mühe und Arbeit, um einen andern Geist und andres Denken in die Köpfe der Kollegen zu bringen. Wollen unsre Kollegen im Buchhandel die Lohnhöhe der Kollegen in andern Handelszweigen erreichen, so dürfen sie nicht länger Schachfiguren in den Händen der Buchhandelsherren sein, sondern sich zusammenschließen im

Deutschen Transportarbeiterverband,
Sektion Buchhändler-Markthelfer.

Von Nah und Fern.

Explosion in einem Universitäts-Laboratorium.

Münster, 27. Mai. **Ein schweres Unglück ereignete sich am Donnerstagvormittag gegen 9 Uhr im chemischen Laboratorium der Universität Münster in der Johannisstraße. Beim Experimentieren des Professors Schenck entstand eine Explosion, wodurch sechs Studenten getötet und 20 schwer verletzt wurden. Die Explosion ereignete sich bei einem Experiment mit Sprengstoffen, das seit zehn Jahren ohne irgendwelchen Unglücksfall an sämtlichen Universitäten vorgeführt wird.**

Großfeuer durch Blitzschlag.

Hamburg, 27. Mai. Infolge eines Blitzschlages brach gestern abend in der Dynamitfabrik Kruemmel bei Geesthacht Feuer aus. **Mehrere Schuppen mit Sprengstoffen flogen in die Luft.** Das Fabrikgebäude ist verwüstet. Der Schaden beträgt viele Millionen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Heinrich Fleißner in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Piller, Borsdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei-Aktiengesellschaft, Leipzig.
Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200528/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Kontor-Jacketts und -Joppen

Für die Hitze besonders empfehlenswert:

Leichte Wasch-Joppe, hellbraun oder grau **39.–**

Leichtes Wasch-Jackett, hellbraun oder grau **49.–**

Sakkos in Lüster und Tussor in den Preislagen von M. 79.–, 95.–, 125.–, 150.–, 175.– und höher

Mittags von 1–3 geschlossen

Versand nach auswärts nur gegen Nachnahme

H. Hollenkamp & Co

Brühl Nr. 28-32 **Leipzig** Ecke Reichsstr.

Erstes Herren-Bekleidungshaus

Großer öffentlicher

Lichtbilder-Vortrag

Morgen Sonnabend, den 29. Mai, abends 8 Uhr im großen Saale des Volkshauses:

Thema:

Aus den Anfängen der menschlichen Kultur.

(Fortsetzung des Lichtbildervortrags: Die Menschwerdung.)

Referent: Redakteur Genosse Alfred Herre.

Vortragsfolge:

Warum Kulturgeschichte? :: Was ist Kultur? :: Die Kulturperioden: Stein-, Bronze-, Eisenzeit; Einteilung nach Morgan: Wildheit, Barbarei, Zivilisation :: Die Anfänge der menschlichen Kultur: Die frühesten Werkzeuge (Stein, Holz, Knochen als Material); das Feuer; Erweiterung des Nahrungsspielraumes; Ausbreitung des Menschen über die Erde (Bildung der Kontinente, Wanderungsmöglichkeiten) :: Die Anfänge der Technik: Weberei, Töpferei, Wohnung, Metallverarbeitung, Schiffahrt :: Die Anfänge der geistigen Kultur.

Saalöffnung 7 Uhr. Beginn Punkt 8 Uhr. Eintrittskarten in den Volkszeitungsfilialen und ab ½7 Uhr am Saaleingang. Kursusteilnehmer freien Eintritt.

Sonnabend, den 5. Juni, nachm. 3 Uhr, im Gartensaal des Volkshauses, **Fortsetzung des ethischen Jugendunterrichts.** Auskunft wird erteilt. Anmeldungen werden angenommen im Lichtbildervortrag.

Die Bezirksleitung der proletarischen Freidenker Groß-Leipzigs.

Bezirk Markranstädt.

Sonntag, den 30. Mai 1920, nachmittags 3 Uhr

Große öffentl. Wählerversammlung

im Gasthof zum Thüringer Hof.

Tagesordnung: **Die Bedeutung der Reichstagswahl für die Frauen.** Freie Aussprache. Referentin: Genossin **Berta Thiel**, Kandidatin zum Reichstag.

Im Interesse jedes männlichen sowie weiblichen Reichstagswählers liegt es, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Genossen und Genossinnen, sorgt für Massenbesuch. **Der Bezirksvertreter.** *

Licht- und Naturheilverfahren

F. H. Geißler Blutreinigungskuren. Sorgf. Behandlung. Vorausgehende gründl. Untersuchung der inneren Leiden mit Nachprüfung aus den Krankheitszeichen in den Augen. Sprechz. 9-12 3-5. **Pfaffendorfer Str. 14.** *.

Getrag. Herrengarderobe kauft zu höchsten Preisen **Wadewitz** Windmühlenstraße 33, 1. neben Astoria. *

Tapeten

Nr. 1.–, 1.50, 2.– an

Rich. Körner

Eisenstr. 54, Ecke Körnerstr.

Achtung, Genossen!

Sie erhalten eine gute und **billige Zigarre** (da eign. Fabrikat) b. Gen. **Herm. Wallrodt** Löhnig, Bornaische Str. 107 Spezial.: Record, St. 90 ₰

Patente G.M. – W.Z. Ausarbeitg. – Anmeldg. Verwertung besorgt. Broschüre kostenlos. Walter & Co., Weimar.

Trock. Hartholzklötze Meuselwitz. Braunkohlen (markenfr.) verkauft Robert Otto, Lind., Uhlandstr. 27. Telephon 18147. *

Gegen **Haarausfall** dünnen Haarwuchs und Schuppen ist **Heilemanns Haarbalsam** Pr. 8.50 ein wirksames Mittel. Glänzende Heilerfolge. Tägl. Anerkennungen. Allein-Verkauf: **Institut für Haarleiden** Bayrischer Platz Ecke Nürnberger Straße.

Metallarbeiter Verband

Geschäftsstelle: Volkshaus, Zeitzer Str. 30, I. r. Bureaustunden: vormittags 8–12, mittags 12–1, abds. 4–6, Sonnabends nur 8–1 Uhr. Tel. 17364

Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Bureaustunden entliehen werden.

Krankmeldungen müssen gegen Eintragung des Verbandsbuchs innerhalb drei Tagen erfolgen.

Heizungsmonteure und Helfer. Sonnabend, den 29. Mai, abends 7 Uhr, im Volkshaus **Versammlung.** Tagesordnung: Die Antwort der Unternehmer auf unsere Forderungen. Die Branchenleitung.

Elektromonteure und Helfer. Sonntag, den 30. Mai, vormittags 9 Uhr, im Volkshaus **Branchenversammlung.**

Schlosseranschläger. Montag, den 31. Mai, abends 7 Uhr, **Versammlung** im Volkshaus, Zeitzer Straße. Tagesordnung: **Der neue Tarif.** Jeder Kollege muß anwesend sein. Die Tarifkommission.

Osten. Montag, den 31. Mai 1920, abends 7 Uhr, **Vertrauensmänner- und Betriebsräte-Sitzung** in der Silberpappel, Volkmarsdorf, Kirchstraße 17. – Legitimationen mitbringen. Agitationskomitee L.-Ost.

Gelbmetallarbeiter. Betriebsräte und Vertrauensleute. Dienstag, den 1. Juni, abends 7 Uhr, **Sitzung** im Volkshaus.

Brandis u. Umgegend. Dienstag, den 1. Juni, abends 7 Uhr, **Metallarbeiterversammlung** im Parkschlößchen. Agitationskomitee L.-Ost.

U.S.P.D. Groß-Leipzig

Große öffentliche Wähler-Versammlungen:

Freitag, den 28. Mai, abends ½8 Uhr

Portitz, Plaußig, Merkwitz und Segeritz im Gasthof zu Plaußig Referent: Genosse **Paul Plotke.**

Borsdorf im Rosenschlößchen Referent: Volkskammermitglied Genosse **Art. Dennhardt.**

Großzschocher im Gasthof zum Trompeter Referent: Reichstagskandidat Genosse **Artur Lieberasch.**

L.-Eutritzsch im Gosenschlößchen Referent: Redakteur Genosse **Alb. Fichte.**

L.-Lößnig im goldnen Stern Referent: Genosse **Karl Götze.**

Mölkau im Gasthof Referent: Genosse **Edm. Riehl.**

Taucha im goldnen Löwen Referent: Redakteur Genosse **Hermann Müller.**

Sonnabend, den 29. Mai, abends ½8 Uhr

Kleinzschocher in der Terrasse Referent: Stadtverordneter Genosse **Karl Krüger.**

Probstheida im Feldschlößchen Referent: Reichstagskandidat Genosse **Erich Schilling.**

Gerichshain im Gasthof Referent: Volkskammermitglied Genosse **Artur Dennhardt.**

Naunhof im Gasthof zum Stern abends 8 Uhr. Ref.: Reichstagskandidat Genosse **Johannes Schöning.**

Rüssen im Gasthof Referent: Genosse **Karl Götze.**

Böhlen im Bahngasthof abends 8 Uhr, Referent: Volkskammermitglied **Herm. Müller.**

Sehlis, Döbitz, Dewitz, Plösitz im Gasthof Sehlis Referent: Genosse **Alfred Kretzschmar.**

Schönau im Neuen Gasthof Referent: Genosse **Otto Kliks.**

Zöbigker in der Friedenseiche Referent: Stadtverordneter Genosse **Karl Schrörs.**

Sonntag, den 31. Mai, nachmittags ½3 Uhr

Althen bei Borsdorf im Gasthof Referent: Genosse **Bernh. Dietz.**

Ammelshain im Gasthof Referent: Redakteur Genosse **Heinr. Fleißner.**

Zehmen im Gasthof Referent: Genosse **Wildeis**, Leipzig.

Trachenau im Gasthof zu Gaulis Referent: Genosse **Aug. Böhle**, Leipzig.

Thema in allen Versammlungen:

1. **Die Bedeutung der kommenden Reichstagswahl.**
2. **Freie Aussprache.**

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Hauptvorstand.**

Alt-Leipzig, Bezirk Süden. Sonnabend, den 29. Mai 1920, abends 6 Uhr, **wichtige Funktionärsitzung** im Volkshaus, Gesellschaftssaal. Sämtliche Genossen und Genossinnen, die sich an den Wahlarbeiten mit beteiligen wollen, werden hiermit eingeladen. * **Die Bezirksvertreter.**

Alt-Leipzig, Bezirk Westen I. Sonnabend, den 29. Mai, abends ½8 Uhr, **Oeffentl. Wählerversammlung** im Restaurant Johannapark (frühere Morgenröte), Hauptmannstraße 7. Referent: Genosse **P. Plotke.** Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Holzhausen-Zuckelhausen. Sonnabend, den 29. Mai, abends 8 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Gasthof zum Bahnhof. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert dringend das Erscheinen aller Mitglieder. D. V.

Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Montag, den 31. Mai, abends ½8 Uhr, **Frauen-Leseabend** im Restaurant Gambrinus, Lindenau, Obermannstraße 12. Tagesordnung: **Die Frauen und die Reichstagswahlen.** Referent: Genosse **K. Köhn.** Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Möckern. Sonnabend, den 29. Mai, abends ½8 Uhr, im **Carolabad Zusammenkunft** sämtlicher Funktionäre und all der Genossinnen und Genossen, die sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen. Die Genossen der Agitationskommission wollen bereits um 7 Uhr zu einer Besprechung erscheinen.

Alle Genossen, die sich zur Einwohnerwehr gemeldet haben und noch melden wollen, treffen sich am Montag, dem 31. Mai, abends ½8 Uhr im Carolabad. Parteilegitimation und Militärpaß sind mitzubringen. Erscheinen aller ist Pflicht. **Der Vorstand.**

Oetzsch-Gautzsch. Sonnabend, den 29. Mai, abends 8 Uhr, **Mitgliederversammlung** in der Linde. Wichtige Tagesordnung. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Erster Kinderspielnachmittag auf der Spielwiese Oetzsch, Dienstag, den 1. Juni, von 3 Uhr an.

Rückmarsdorf u. Umg. Sonnabend, 29. Mai, abends 8 Uhr, **Mitgliederversammlung.** Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Wahren. Sonnabend, den 29. Mai, abends ½8 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Vereinslokale bei Trabitsch. Tagesordnung: 1. Diskussion. 2. Vereinsangelegenheiten. Die Genossen werden um zahlreichen Besuch gebeten. **Der Vorstand.**

K. P. D.

Lindenthal. Heute Freitag, den 28. Mai, abends ½8 Uhr, **Oeffentl. Versammlung** im Alten Gasthof. Tagesordnung: **Spartakus und die Reichstagswahlen.** Referent: Gen. **Urban-Leipzig.**

Thekla-Portitz. Sonnabend, den 29. Mai, abends 7 Uhr, **Oeffentl. Versammlung** im Gasthof Thekla. Tagesordnung: **Spartakus und die Reichstagswahlen.** Referent: Gen. **Langrock-Leipzig.**

Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) Bezirk Leipzig-Nord.

Hühneraugen Hornhaut, Schwielen und Warzen beseitigt das bestempfohlene **Kukirol.** Kukirol ist in allen Apotheken und besseren Drogerien zum Preise von 2.50 Mk. erhältlich. **König-Salomon-Apotheke,** Grimmaische Straße 17. *

Gewerkverein der deutschen Metallarbeiter (H.-D.)

Ortsverein Leipzig I.

Sonnabend, den 29. Mai, abends 7 Uhr, im Vereinslokal L.-Lindenau, Bühner Straße 14

Mitglieder-Versammlung.

Vorschläge eines Vertreters zum Delegiertentag. Aufnahme neuer Mitglieder.

F. d. Ausschuß: **M. Sorge,** Kassierer.

Weingroßhandlung Volkshaus.

Ia Qualität

Maingau-Apfelwein

Flasche 6.00 Mk.

Verkaufsstellen:

Hotel Viktoria am Hauptbahnhof. **Vereinshof** Zeitzer Straße 30.

Leere Flaschen sind mitzubringen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200528/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 28. Mai.

Parteiangelegenheiten.

Achtung, Parteigenossen!

Mit dem Flugblatt müssen gleichzeitig Stimmzettel verteilt werden. Das Wahlkomitee der U. S. P. D.

•

Parteileitung und Gewerkschaftskartellausschuß.

Montag, den 31. Mai, nachmittags 2 Uhr, im Volkshaus, Café links, gemeinsame Sitzung. Pünktlich erscheinen.

Bezirksleitung der USP. Leipzig.

•

Alt-Leipzig, Bezirk Osten. Sämtliche Genossinnen und Genossen treffen sich Sonnabend, den 29. Mai, abends 5 Uhr, im Restaurant Goldner Ring, Glockenstraße 4.

Stötteritz. Einwohnerwehr. Sonnabend, abends 6 Uhr, in der Weintraube.

Leipzig-Connewitz. Die Flugblattausgabe am Sonnabend, dem 29. Mai, findet von nachmittags 4 Uhr an in der Bibliothek statt.

Ortsverein Dölitz-Dösen. Sonnabend, den 29. Mai, abends ½8 Uhr, Funktionärsitzung im Gasthof zur Friedenseiche. Wichtige Tagesordnung.

Schönefeld. Sonnabend, den 29. Mai, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung im Jugendheim. Alle Mitglieder, die sich an den Wahlarbeiten beteiligen wollen, sind mit eingeladen.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Leipzig. Sonntag, den 30. Mai 1920, vormittags 9 Uhr, Ausschußsitzung im Volkshause. Tagesordnung: Generalversammlung des Bundes in Kassel. Wahl von 2 Delegierten. Der Vorstand.

Existenzminimum.

1. Die Höhe des Existenzminimums.

Die von Dr. R. Kuczynski, dem Direktor des Statistischen Amts der Stadt Berlin-Schöneberg, seit Februar d. J. ermittelten und in Monatsabständen veröffentlichten Zahlen für die Höhe des wöchentlichen Groß-Berliner Existenzminimums machen ihren Weg regelmäßig durch die gesamte Gewerkschafts- und sozialdemokratische Parteipresse und darüber hinaus bis weit in die bürgerlichen Zeitungen hinein. Es wird also, so scheint es, allseitig erkannt, von welch grundlegender Bedeutung für die praktische Lohnpolitik dieser auf sorgfältigsten Untersuchungen beruhende Versuch einer abschließenden Zusammenfassung ist. Die von andern Gelehrten schon seit langem immer wieder errechneten „Indexziffern" dagegen sind im großen und ganzen ohne äußere Wirkung geblieben, da sie nicht ohne weiteres einen realen Wert angeben, der unmittelbar anschaulich und verständlich ist, vielmehr, soweit sie überhaupt die Gesamtlebenshaltung erfassen, nur Vergleichszahlen bieten, die, als solche, mehr den Theoretiker, den historischen Nationalökonomen interessieren als den Gewerkschaftler.

Die (in ihrer absoluten Höhe allerdings nur für Berlin gültigen) Kuczynskischen Zahlen müssen auch im Reich namentlich in den übrigen Großstädten, als methodisches Muster und als vorläufige Berechnungsgrundlage dienen, da Gleichwertiges bisher nirgends erschienen ist.

Die im Statistischen Amt der Stadt Leipzig von Dr. F. Lübstorff bearbeiteten und Ende April d. J. herausgegebenen „Preise und Kosten der Lebenshaltung unter besonderer Berücksichtigung Leipzigs" (38 S. und 1 graphische Tafel; Ladenpreis 3.60 Mk.; Verlag Duncker u. Humblot, Leipzig) sind „nach der gegenwärtig gebräuchlichen reichsstatistischen Anleitung berechnet und erfassen nur den Mindestbedarf an Nahrungsmitteln, Heizung, Beleuchtung und Wohnung" unter ausdrücklichem einstweiligem Verzicht auf die Berücksichtigung von Posten, die bei Kuczynski in seinen Aprilzahlen 50 Prozent der Gesamtausgaben ausmachen: die Leipziger amtliche Veröffentlichung spricht zunächst von Bekleidung, dann von „Kulturzwecken, Vergnügungen usw."), wobei unter letzterem wohl neben anderem mitgedacht werden sollen: Kleiderreinigung (Waschmittel), Instandhaltung und Ergänzung des notwendigsten Hausrats, die gesetzlichen und „freiwilligen" Versicherungs- und Gewerkschaftsbeiträge, Steuern, die vorgeschriebenen Lehrmittel der Kinder. Es ist zu wünschen, damit unbeabsichtigte Irreführungen vermieden werden, daß die vom Leipziger Statistischen Amt (u. a. „wegen der ständigen Nachfrage nach den neuesten Ziffern") angekündigten fortlaufenden Wochenveröffentlichungen fortan mit der richtigen Ueberschrift „Teil-Teuerungszahlen für Leipzig" versehen werden, bis die geplanten „Teuerungszahlen auf erweiterter Grundlage" herauskommen. Als exakt durchgerechnete Einzelbeispiele für einen Teil der unbedingt notwendigen Lebensbedürfnisse sind die Leipziger Zahlen (neben den entsprechenden Kuczynskischen Berliner Zahlen) brauchbar. Die Ergebnisse sind, soweit sie vergleichbar sind, in beiden Fällen nahezu gleich.

Schwerwiegender ist ein zweiter Mangel der Leipziger Veröffentlichung. Die Teil-Teuerungszahlen sind (wieder im Anschluß an die amtliche Reichsstatistik) nur für eine Normalfamilie ermittelt, für „eine fünfköpfige Familie von zwei Erwachsenen und drei Kindern von 12, 7 und 1½ Jahren". Um den Mindestbedarf der wirklich vorhandenen und bei der Lohnzahlung bisher zugrunde gelegten „Haushaltungen" (Ledige, Ehepaare ohne Kinder, mit 1, 2, . . . Kindern) festzustellen, müßten mit den Leipziger Zahlen erst komplizierte Umrechnungen vorgenommen werden, für deren Durchführung aber keinerlei Anhaltspunkte gegeben werden. Es ist Kuczynskis wichtigste und vorbildliche Neuerung, daß er den bis jetzt (auch bei den Indexziffernberechnungen) üblichen Begriff der Durchschnittsgröße einer Familie fallen gelassen und seine Berechnungen unmittelbar für die alltägliche Wirklichkeit fertig gemacht hat. Wenn der Leipziger Statistiker, der mehr als die Hälfte seines Textteiles den „Indexziffern" widmet, die Arbeiten Kuczynskis nicht kennt, die doch seit Februar erscheinen und die im April zur Berufung Kuczynskis in die Deutsche Sozialisierungskommission geführt haben, so ist das nicht Kuczynskis Schuld. Die Warnung in der Leipziger Schrift (Seite 24) vor „Teuerungszahlen anderer Gemeinden", die auf Kuczynski bezogen werden kann, ist in ihrer Allgemeinheit inhaltslos, deshalb überflüssig.

Wöchentliches Berliner Existenzminimum für die Monate Februar bis April 1920 nach Kuczynski.
(Als Muster und vorläufige Berechnungsgrundlage für das Reich.)

	Grundbedarf für jeden Haushalt Mark	Persönlicher Mehrbedarf für den Mann Mark	Persönlicher Mehrbedarf für die Frau Mark	Persönlicher Mehrbedarf für jedes Kind (u. 6—10 Jahren) Mark	Als Beispiel: Gesamtbedarf einer 5köpfigen Familie (Kinder: 6, 10, 14 J.) Mark
Wohnung					
Februar	8	—	—	—	8
März	8	—	—	—	8
April	9	—	—	—	9
Heizg., Beleucht.					
Februar	13	—	—	—	13
März	20	—	—	—	20
April	22	—	—	—	22
Ernährung					
Februar	—	50	28	12	114
März	—	59	31	16.50	139.50
April	—	70	40	20	170
Bekleidung					
Februar	—	35	23	12	94
März	—	45	30	15	120
April	—	48	32	16	128
Sonstiges					
Februar	—	27	12	6	57
März	—	33	15	8	72
April	—	37	18	9	82
Gesamtsumme					
Februar	21	112	63	30	266
März	28	137	76	38.50	339.50
April	31	155	90	45	411

2. Die Forderung des Existenzminimums.

Wie aus den Zahlen der amtlichen Statistik unzweideutig ersichtlich ist, steigt die Hungersterblichkeit in Deutschland vor allem in den Großstädten. Es handelt sich nicht mehr, wie vor dem Kriege, um bessere oder schlechtere Lebenshaltung der einzelnen Volkskreise, sondern es geht jetzt um Leben oder Sterben des Volkes. Daher muß im Interesse des ganzen Volkes den Arbeitern dieses Existenzminimum gesichert werden.

13.10 Mark für 1 Pfund Auslandgefrierrindfleisch

soll morgen der Leipziger Verbraucher bezahlen. Viele werden deshalb am Sonntag auf den **Fleischgenuß verzichten** müssen, weil für sie das Fleisch zu teuer ist.

Auslandfleisch erhält der Verbraucher, weil das Inlandfleisch zum größten Teil **nicht abgeliefert** wird. Insbesondere wird fast nie inländisches **Schweinefleisch** verteilt. **Das verzehren die Reichen, die Schieber, die Agrarier und die Reichswehr.** Wer arm ist und das Schweinefleisch, das bereits reichlich vorhanden, aber nur im „freien" Handel zu haben ist, nicht kaufen kann, **muß fasten!!**

Der **Regierung** sind diese unerhörten Zustände seit langer Zeit bekannt. Sie rührt keinen Finger, um dem Skandal ein Ende zu machen. Und die Koalitionsparteien, **Rechtssozialisten, Zentrum und Demokraten,** haben daran nichts auszusetzen.

Männer und Frauen! Am 6. Juni habt ihr Gelegenheit, diesen Parteien die gebührende Antwort zu erteilen.

Wählt sie nicht!

Wählt auch nicht die Parteien, die noch weiter rechts stehen. Denn sie erstreben erst recht die völlige Ausplünderung und Unterjochung der arbeitenden Bevölkerung.

Wählt nur die Liste der USP., denn unsre Partei ist die einzige, die energisch das kapitalistische Ausbeutersystem bekämpft.

Ratsbeschlüsse.

Einschränkung des Straßenreinigungsbetriebes. Die Kosten für die Straßenreinigung sind infolge der bedeutenden Steigerung der Löhne und durch die hohen Kosten für Geschirre und Materialien auf rund 13 Millionen Mark jährlich gestiegen. Die Straßenreinigung kann deshalb in dem bisherigen Umfang nicht mehr durchgeführt werden. Entsprechend dem Vorschlag des Tiefbau- und Finanzausschusses wurde beschlossen, den Straßenreinigungsbetrieb derart einzuschränken, daß nach Abzug der von den Anliegern für Vornahme der Straßenreinigung zu entrichtenden Abgaben der Gesamtaufwand der Stadt noch rund 2,3 Millionen Mark fürs Jahr beträgt, und in dieser Höhe die Kosten für Straßenreinigung künftig in den Haushaltplan einzustellen.

Bei der beschlossenen Einschränkung des Straßenreinigungsbetriebes läßt sich eine entsprechende Streckung der Arbeit sowie die Entlassung einer Anzahl entbehrlich werdender Arbeiter leider nicht umgehen.

Keine Nachfrage nach Landbezugsbriketts.

Da ein Zentner Landbezugkohle 25—30 Mk. kostet, besteht wenig Neigung in Leipzig, diese teuren Brennstoffe zu beziehen; es fehlt eben an Geld. Nur wenige sind in der Lage, diese Landbezugkohle zu bezahlen. Wie uns die Ortskohlenstelle schreibt, hat sie in diesem Hausbrandjahr beim Reichskommissar für die Kohlenverteilung erreicht, daß die Menge, die auf dem Landwege bezogen werden kann, von 5000 Tonnen des Vorjahres auf 30 000 Tonnen erhöht worden ist. Die amtlichen Verteilungsstellen des Reichskommissars haben die genannte Landbezugsmenge bei einer großen Zahl von Werken der naheliegenden Kohlenreviere in Monatsmengen sichergestellt. Die Nachfrage der Haushaltungen nach Landbezugsbriketts hat indes nicht den Erwartungen entsprochen, die die Ortskohlenstelle nach der bisherigen Stellungnahme der Verbraucherschaft in der Landbezugsfrage hegen mußte. Es hat bisher nur ein verhältnismäßig geringfügiger Teil der Haushaltungen von der Landbezugsmöglichkeit Gebrauch gemacht. Die Ortskohlenstelle hat bereits die Beobachtung gemacht, daß die Nachfrage nach Landbezugskohlen teilweise ins Stocken geraten ist. Da es im Interesse der Verbraucherschaft liegt, daß die überwiesene Landbezugsmenge bis zum Herbst hereingeholt wird, muß die Ortskohlenstelle darauf bedacht sein, daß die hierzu erforderlichen Anträge der Haushaltungen rechtzeitig bei ihr eingehen. Sollte sich in der nächsten Zeit die Nachfrage nach Landbezugsbriketts in den Kreisen der Haushaltungen nicht heben, so müßte die Ortskohlenstelle, um die im Interesse der Haushaltungen dem Reichskommissar gegenüber übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, daran denken, auch andre Verbraucherkreise am Landbezug teilnehmen zu lassen, was natürlich nur auf Kosten der Haushaltungen geschehen könnte.

Da haben wir die Bescherung. Jetzt soll die Landbezugskohle, weil sie nicht gekauft werden kann, dem Haushalt verloren gehen und wahrscheinlich der Industrie abgegeben werden. Also Mißwirtschaft auf allen Gebieten.

Leistungen der Volksfürsorge.

Die kapitalistischen Versicherungsunternehmungen sind im Grunde nichts andres als Institute zur Gewinnung von Profit, sind letzten Endes nichts weiter als vorzügliche Versicherungen der Aktionäre gegen die Gefahr, ihren Lebensunterhalt durch der eigenen Hände Arbeit zu verdienen. Anders die Volksfürsorge, die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft in Hamburg. Ihre Leistungen im ersten Vierteljahr 1920 zeigen den wesentlichen Unterschied zwischen ihr und den kapitalistischen Versicherungsunternehmungen. Die neueste Nummer der Volksfürsorge berichtet darüber: Es ereigneten sich 299 Todesfälle; die eingezahlte Prämie belief sich auf 24 342.17 Mk., die ausgezahlte Versicherungssumme auf 111 780 Mk. Davon waren im ersten Versicherungsjahr stehende Unfälle 18, die eingezahlte Prämie 330.50 Mk., die ausgezahlte Versicherungssumme 15 282.50 Mk. Es kommt somit auf jeden Unfall durchschnittlich an eingezahlter Prämie 18.36 Mk., an ausgezahlter Versicherungssumme 849 Mk. Im vollen Versicherungsjahr 1919 betrug die Zahl der Todesfälle 896, die darauf eingezahlte Prämie 79 221 Mk., die ausgezahlte Versicherungssumme 269 654 Mk. Von diesen Todesfällen waren Unfälle im ersten Versicherungsjahr 38, die eingezahlte Prämie betrug 750 Mk., die ausgezahlte Versicherungssumme 24 702 Mk. Das sind durchschnittlich für jeden Unfall eingezahlte Prämie 19.74 Mk., ausgezahlte Versicherungssumme 652.42 Mk.

Damit vergleiche man die Leistungen der kapitalistischen Versicherungsunternehmungen, und es wird den Angestellten und Arbeitern nicht schwer fallen, sich zu entscheiden, wo sie eine Versicherung eingehen müssen.

Achtung! Gerichtliche Strafbefehle! Genossen, die aus Anlaß des Kapp-Putschs gerichtliche Strafbefehle erhalten, können Antrag auf gerichtliche Entscheidung

nur innerhalb 7 Tagen stellen.

Wer diese Frist verstreichen läßt, erkennt diese Strafe an und ist rechtsgültig verurteilt. In Zweifelsfällen wollen sich die Genossen nach Zustellung des Strafbefehls im eigenen Interesse im Bezirkssekretariat, Tauchaer Straße 19/21, I., erkundigen.

Arbeiterbildungsinstitut. Spielleiterinnenkursus. Die bestellten Spielbücher sind eingetroffen und in unsrer Geschäftsstelle abzuholen.

Ein Millionen-Schiebergeschäft. Zu unserm Artikel, den wir am 26. Mai unter dieser Spitzmarke brachten, ersucht uns Rechtsanwalt Dr. Münch, richtigzustellen, daß er den Verkauf der 110 Zentner Margarine nicht auf eigene Rechnung vorgenommen habe, sondern für den von ihm vertretenen Verband der Keksfabrikanten. Die Erhöhung des Margarinepreises von 12.50 Mk. auf 16 Mk. beim Verkauf habe sich notwendig gemacht durch Verluste, die beim Transport eingetreten seien. Durch die als Gewinn angegebenen 38 500 Mk. würde der Verlust noch nicht einmal gedeckt. Das Geschäft sei übrigens kein Schiebergeschäft gewesen, sondern korrekt durch die Bücher gegangen. Es sei auch nicht die Absicht gewesen, den Rest der Margarine ebenso zu verkaufen wie die 110 Zentner. Die unverkaufte Margarine solle vielmehr umgeschmolzen werden. Besonderen Wert legt Herr Rechtsanwalt Münch darauf, festzustellen, daß er bei dem Verkauf keinen persönlichen Vorteil erzielt hat.

Trotz dieser Darstellung bleiben unsre Angaben über die maßlose Verteuerung der Margarine von 12.50 Mk. auf 25 Mk. unerschüttert. Soweit aus unserm Artikel herausgelesen werden konnte, daß Dr. Münch persönlichen Gewinn erzielt habe, war unsre Darstellung nicht richtig. Dr. Münch erklärt übrigens, daß der Verband etwaige Gewinne aus der Vermittlung von Rohstoffen herausgeben müsse, sie würden zu wohltätigen Zwecken verwendet. Da das Verfahren noch schwebt, wird sich ja zeigen, ob die Behörden gegen das Geschäft etwas einzuwenden haben.

Schlechte Kartoffeln. Der Preis der Kartoffeln beträgt zur Zeit 45 Pfg. für das Pfund. Die ausgehungerte Bevölkerung, die bei den hohen Lebensmittelpreisen auf den Verbrauch der Kartoffeln angewiesen ist, muß für diesen hohen Preis eine gute, ausgelesene Kartoffel verlangen. Eine Arbeitersfrau überbrachte uns ca. 5 Pfund Kartoffeln, die als völlig ungenießbar aus einer Familienration von 25 Pfund ausgelesen waren. Der Rat muß veranlassen, daß bei der vorgerückten Jahreszeit die Kartoffeln vor dem Verkaufe ausgelesen werden, denn die Löhne reichen zum Ankaufe des Nötigsten ohnehin nicht aus.

Elternratswahl in Stötteritz. Die Elternratswahl in der 30. Volksschule am Mittwoch brachte unsrer Partei nach der Verhältniswahl einen schönen Erfolg. Wir musterten 451 Stimmen, die „Unpolitischen" 126, während die „Mehrheits"sozialisten 40 Stimmen zu verzeichnen hatten. Demgemäß erfolgte die Verteilung der Mandate. Von unsrer Liste sind 7 Kandidaten ge-

Achtung, Parteigenossen!

Sonnabend, den 29. Mai

Flugblatt-Verbreitung für Groß-Leipzig.

Die Genossen und Genossinnen wollen sich in den bekannten Ausgabestellen einfinden.

Das Wahlkomitee U. S. P. D.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200528/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

wählt, die „Unpolitischen erhielten 2 Mandate, leer gingen die „Mehrheits"sozialisten aus. Bemerkenswert ist das unsaubere Gebaren der hinter den „Unpolitischen" stehenden Kreise. Am Eingang des Wahllokals verteilten sie ein Flugblatt, dessen Inhalt von Verdrehungen strotzt.

ha. **Von Berlin über Leipzig nach Kassel.** Die Eisenbahnverbindungen zwischen Berlin und Kassel nehmen in der Hauptsache ihren Weg über Halle und Erfurt. Den lebhaften Wünschen der Leipziger Interessentenvertretungen, Leipzig in den durchgehenden Verkehren zwischen Berlin und Thüringen einzubeziehen, will die Eisenbahnverwaltung mit dem 1. Juni mit der Einführung des Sommerfahrplans entsprechen. Zwei ehemalige Schnellzüge und jetzige Personenzüge zwischen Berlin und Kassel werden nicht mehr über Halle, sondern über Leipzig geführt. Es wird so auch eine neue Frühverbindung nach Leipzig geschaffen. Man fährt von Berlin 6,20 vormittags und ist in Leipzig 9,37, in Erfurt 12,49, in Kassel 5,13 nachmittags. Der Gegenzug geht von Kassel 6,33 vormittags, von Erfurt 10,29 und ist in Leipzig 1,10, in Berlin 4,30 nachmittags. Die Züge führen nur die zweite und die dritte Klasse. Es wäre zu wünschen, daß auch die vierte Klasse eingestellt würde.

„Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen." Ein Freund unsres Blattes schreibt uns: Als Bewohner der Göschenstraße kann ich in letzter Zeit öfter ein herrliches Schauspiel beobachten: Gegen Abend zieht manchmal eine wohlorganisierte, mit allen Emblemen wilhelminischer Aera, wie Schärpen (grün-weiß), Fahnen (blau-gelb) und Schwalbennestern ausgestattete jugendliche Musikkapelle unter Trommel- und Pfeifenklang durch die Straßen, festen Trittes und kühnen Blickes. Die Kapelle spielt: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen . . . ." Mehr zu sehen und zu hören braucht man nicht, um zu wissen, wes Geistes Kind die Urheber dieser Veranstaltung sind, und welcher Geist den unmündigen Kindern hier eingedrillt wird. Unter denen, die dieser „Musi" folgen, kann man viel bunte Mützen sehen, Schüler „höherer" Lehranstalten, leider aber auch Arbeiterkinder, die sich hinsichtlich Kleidung und unterernährten Aussehens „wirkungsvoll" von den „Buntmützigen" abheben. Lehrt eure Kinder den Tritt der Arbeiterbataillone! Es gibt so viele gute proletarische Jugendzeitschriften. Beschafft sie, lest sie, gebt sie euren Kindern! Laßt es nicht zu, daß eure Kinder später euren Henkern Frondienste leisten!

Der Stammwürzegehalt des Bieres ist nach einer Verordnung des Reichsernährungsministers vom 15. April auf 2—4,5 v. H. festgesetzt worden, wovon die ganz überwiegende Menge sich zwischen 2 und 3,5 v. H. zu halten hat. — In Dänemark ist eine Bestimmung in Kraft, wonach die Herstellung von Bier mit mehr als 3 v. H. Alkoholgehalt verboten ist. Ferner ist es den Brauereien untersagt, im Ausland Rohstoffe für die Bierbereitung zu kaufen.

Wie sich der Mammon häuft. Zu der Notiz, die wir am 18. Mai unter obiger Spitzmarke brachten, ersucht uns der Töpfermeister B., mitzuteilen, daß er kein solches Gespräch geführt hat.

Funktelegraphischer Pressedienst. Der im Februar unterbrochene Versuch eines funktelegraphischen Pressedienstes soll demnächst auf breiterer Grundlage fortgesetzt werden. Als Sendestelle ist wieder die Hauptfunkstelle Königswusterhausen vorgesehen. Die zu befördernden Nachrichten werden drei Berliner Nachrichtenbureaus liefern. Empfangsstellen befinden sich zur Zeit in folgenden 24 Orten: Braunschweig, Breslau, Chemnitz, Kottbus, Darmstadt, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld, Essen, Frankfurt (Main), Halle (Saale), Hamburg, Hannover, Konstanz, Königsberg (Preußen), Leipzig, Liegnitz, Görlitz, Magdeburg, Halberstadt, Rostock und Stettin. Empfänger der Nachrichten sind die Agenturen der Nachrichtenbureaus und Zeitungen. Die Funkpressenachrichten (jedesmal bis 250 Wörter) werden bei der Funkleitung des Haupttelegraphenamts in Berlin aufgegeben werden. Außer den genannten Orten sind Empfangseinrichtungen noch an anderen Orten, auch auf bayerischem und württembergischem Gebiet geplant, so daß die Zahl der schließlich in den Versuch einbezogenen Orte über 120 betragen wird.

ha. **Die Einnahmen und Ausgaben der deutschen Eisenbahnen seit 1913.** Ueber die Betriebseinnahmen und Ausgaben der deutschen Eisenbahnen unter den Wirkungen des Krieges und der staatlichen Umwälzung ist soeben eine lehrreiche amtliche Aufstellung fertiggestellt worden: Im letzten Friedensjahr 1913 kamen auf 3347 Millionen Einnahmen nur 2945 Mill. Ausgaben. Der Krieg verringerte die Einnahmen im Jahre 1914 auf 2281 Mill., während die Ausgaben etwa auf 2872 Mill. stiegen. In den drei folgenden Kriegsjahren erhöhten sich Einnahmen wie Ausgaben, so daß immer noch ein gewisser Ueberschuß blieb. 1915 wurden 3268 Mill. vereinnahmt und 2938 Mill. ausgegeben. 1916 waren es 3805 Mill. gegen 2724 Mill., 1917 wurden 4435 Mill. eingenommen und 3948 Mill. ausgegeben. Das Jahr der staatlichen Umwälzung 1918 brachte zwar wiederum eine Steigerung der Einnahmen auf 4617 Mill., die aber die Ausgaben mit 5041 Mill. nicht mehr deckten. Infolge der Tariferhöhungen wurden 1919 zwar 6674 Mill. vereinnahmt, aber nicht weniger als 11 040 Mill. verausgabt. Für das laufende Jahr werden die Einnahmen auf 14 344 Mill., die Ausgaben auf 16 035 Mill. geschätzt. Die Abrechnung dürfte aber diese Zahlen wesentlich ändern.

Was die Polizei nicht meldet. Am 13. Mai kamen in der Weinkellerei Dittrichring 18a vermutlich durch giftige Gase zwei Menschen um ihr Leben. Der sofort aufgenommene Polizeibericht ist bis heute der Oeffentlichkeit vorenthalten worden. Nimmt man Rücksicht auf die exklusive Weinstube, um dem Inhaber das Geschäft nicht zu verderben? Was liegen sonst für Gründe vor? Vielleicht äußert sich das Polizeiamt dazu.

Die Feuerwehr in Tätigkeit. Gegen 9 Uhr abends wurde die Feuerwehr nach der Alberstraße 14 gerufen. Dort war ein Zimmer ausgeschwefelt worden. Die Dämpfe hatten sich in die übrigen Räume verteilt, sodaß deren Betreten unmöglich war. Die Feuerwehr mußte mit Rauchhelmen vordringen und für Ablüftung sorgen. Nachts nach 11 Uhr waren in einer Seifenfabrik in der Moritzstraße Chemikalien (Zinkpulver) durch Selbstentzündung in Brand geraten. Die Feuerwehr beseitigte auch hier weitere Gefahr.

Den Tod in den Fluten der Elster oberhalb von Park Schleußig fand am 24. Mai, nachmittags gegen ½1 Uhr, ein 21 Jahre alter Drogist aus Kleinzschocher bei der Gondelfahrt mit einem sogen. Grönländer. Er hat einen Anfall von Krämpfen erlitten, ist ins Wasser gefallen und ertrunken. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Rasch tritt der Tod den Menschen an! Am 24. Mai, nachmittags ¼5 Uhr, ist auf einem Ausgange in der Kirchstraße in Volkmarsdorf ein 63jähriger Schlosser infolge Herzschlages plötzlich verstorben.

In den 17 städtischen Speiseanstalten belief sich in der Woche vom 10. bis 15. Mai die Speisenausgabe auf rund 52 100 Mahlzeiten gegenüber rund 62 300 in der Woche zuvor.

Die Wiesen im Rosentale dürfen außerhalb der gebahnten Wege nicht betreten und erst recht nicht zum Hinlegen oder als Spielplatz benutzt werden. Dieses Verbot, das die Schonung der Wiesen bezweckt, erscheint um so gerechtfertigter, wenn man bedenkt, daß die Wiesen der Grasnutzung wegen verpachtet sind. Wer sich also keinen Ungelegenheiten aussetzen will, der beachte die vorhandenen Verbotstafeln und weiche nicht von den gebahnten Wegen ab.

Heimatschutz-Vorträge. Heute Freitagabend, Punkt ½8 Uhr, spricht im großen Festsaal des Zentral Theaters im letzten diesjährigen Heimatschutz-Vortrag unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder Dr. Schmidt-Breitung, Meißen, über Die sächsische Dorfheimat vor 150 Jahren.

Erwerbslose. Montag, den 30. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Auguste-Schmidt-Haus Vorstellung für die Kinder: Die Zauberinsel. Freikarten sind auf den Arbeitsnachweisen zu haben.

Knochen- und Kleinfleischverkauf. Freibank I Nr. 9511—10860 (10861—10960), Freibank II Nr. 5701—6500 (6501—6580) Hädrich, Plagwitz von 8—½10 Uhr, Nr. 751—875 zum Höchstpreis.

Lebensmittelkalender für Sonnabend, den 29. Mai.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Inlandmargarine: Letzter Tag — abzugeben Landesfettmarke P 1 (100 Gramm); Fettmarke 12 für Kriegsgefangene (50 Gramm).

Fleisch: abzugeben Fleischmarken 8.

Ausgabe: Zuckerkarten Reihe 17: Nr. 1201—1600.

Margarine und Zucker für Bäckereien: Ausgabe Stadthaus, Untergeschoß, Zimmer 622. Bezugsberechtigte R—Z.

Fleisch: bestellt mit Q 1—10 (180 Gramm Auslandgefrierrindfleisch oder frisches Kalbfleisch mit Knochen); Q 1—5 (90 Gramm desgl.); Q 1—5 (Kranke 125 Gramm desgl.).

Für Händler.

Marmelade: Warenentnahme in den 6 Lagerstellen.

Der Sächsische Gemeindetag.

Am 27. Mai tagte in Dresden unter dem Vorsitz des Dresdner Oberbürgermeisters Blüher der Sächsische Gemeindetag, der sehr stark besucht war. Seit dem Februar 1912 war der Gemeindetag nicht mehr zusammengetreten, die für den September 1914 angesetzte Tagung fiel wegen des Krieges aus. Den Hauptgegenstand der Tagung bildete ein Referat von Dr. Naumann aus Dresden über die Lage der sächsischen Gemeinden mit anschließender Aussprache. Aus dem Referat seien einige der wichtigsten Gegenstände hervorgehoben. Dr. Naumann wies auf die großen Aufgaben hin, die der Krieg den Gemeinden gebracht hat. Er meinte unter anderm, es müsse uns ein Grauen ankommen vor dem großen Heer der Beamten, das geschaffen worden ist; der unbeschränkten Vermehrung der Beamten müßten die Gemeinden nach Kräften entgegenwirken. Die Selbständigkeit der Gemeinden werde stark beschränkt, wenn ihnen durch Gesetz die Gemeindebeamtenbesoldung vorgeschrieben würde. Es müsse erwartet werden, daß es genügt, moralisch auf die Gemeinden einzuwirken, daß sie die staatlichen Sätze der Beamtengehalte auch den Gemeindebeamten zubilligen. Die Arbeitslosenunterstützung müsse eigentlich ganz vom Reiche getragen werden. Viele Gemeinden seien überhaupt nicht in der Lage, die Unterstützung zu tragen.

Die Kandidaten der U.S.P.D.

für den 32. Reichstagswahlkreis sind:

Friedrich Geyer
Fritz Seger
Richard Lipinski
Karl Nyssel
Artur Lieberasch
Joh. Schöning
Frau Thiel
Richard Reimer
Kurt Geyer
Erich Schilling
Paul Gey
Hermann Liebmann.

Wähler! Werbt in allen Kreisen für die Liste der U. S. P. D.

Auf Sachsen sind 25 Prozent der gesamten Erwerbslosenunterstützung entfallen, auf Mecklenburg nur 6 Prozent.

Das Reich hat den Antrag des Deutschen Städtetags, die volle Arbeitslosenunterstützung auf das Reich zu übernehmen, abgelehnt. Dabei deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit in der Zukunft noch wachsen wird.

Zu den Verhandlungen der Gemeinden mit den Gemeindearbeitern über Lohn- und Arbeitsverhältnisse empfahl der Redner, keine Sonderverhandlungen mit den Arbeitern zu pflegen, sondern durch den Vorstand des Arbeitgeberverbands sächsischer Gemeinden zu verhandeln.

Die Wohnungsnot könne durch kleinere Hilfsmittel wie Zivileinquartierung usw. nicht beseitigt werden, das sei nur möglich durch den Bau neuer Wohnungen. Das Reich habe auf diesem Gebiete die Zügel schleifen lassen. Die Baugeldzuschüsse dürfen nicht auf die Dauer durch Anleihe aufgenommen werden. Dauernd ließe sich die weitere Steigerung der Wohnungsmieten auch durch die Mieterschutzgesetze nicht aufhalten. Der Wertzuwachs müsse aber dem Bau neuer Wohnungen nutzbar gemacht werden. Mit diesen Gedanken hätten sich auch weite Kreise abgefunden. Die Baustoffpreise müßten gesenkt werden, der Staat könne daran mitwirken, z. B. durch die Senkung der Holzpreise.

Zu der Frage, ob in den Gemeinden das **Einkammersystem oder das Zweikammersystem** gelten solle, vertrat Dr. Naumann die Auffassung, die der Vorstand des Sächsischen Gemeindetags in einem Gutachten an die Regierung zugunsten des Zweikammersystems abgegeben hat. Man könne nicht sagen, daß der demokratische Gedanke schlechthin das Einkammersystem fordert. Die jetzige Ordnung habe sich bewährt. Ablehnen möchte ich auch, daß die Gemeinden selbst entscheiden sollen, ob sie das eine oder das andre System annehmen können. Das staatliche Aufsichtsrecht solle sich beschränken auf die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und auf die Finanzgebarung der Gemeinden. Die Aufsicht müsse erfolgen in viel demokratischerer Weise als bisher.

Eine größere Einheitlichkeit in den jetzigen fünf Gemeindeverfassungen sei zu begrüßen, es sei aber nicht angängig, für alle Gemeinden nur eine Verfassung vorzuschreiben. Die finanzielle Lage der sächsischen Gemeinden war vor dem Kriege gut. Durch den Krieg ist das anders geworden, besonders durch die Reichseinkommensteuer, durch die die sächsischen Gemeinden besonders schwer getroffen worden sind. Die Notlage der Gemeinden droht für kleinere Gemeinden zu einer Katastrophe zu führen. Der Staat muß dringend helfen. Unbedingt müssen an die Gemeinden unverzinsliche Darlehen gewährt werden auf die zukünftigen Steueranteile. Das Finanzministerium will den Betrag schleunigst überweisen, der den Gemeinden zusteht.

Von dem auf den Staat und auf die Gemeinden entfallenden Steuerteil müßten die Gemeinden ⅔, der Staat ⅓ erhalten. Der Staat müsse die persönlichen Schullasten, die Polizeikosten und die Armenlasten übernehmen.

Hatte schon die Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten zu Beginn der Tagung gezeigt, daß die Versammlung nicht gerade von fortschrittlichem Geiste erfüllt war, so trat dies noch mehr in der Aussprache hervor. Die Klagen über die schwierigen finanziellen Verhältnisse der Gemeinden brachte ein Redner auf die knappste Form, indem er sagte: Erzberger hat den Reichsbankrott auf die Gemeinden abgewälzt. In diesem Zusammenhange spielte auch die Frage der Beamtenbesoldung eine wesentliche Rolle in der Debatte. Ihren besonderen Charakter erhielt aber die Aussprache durch die Auseinandersetzung über die Fragen: Einkammer- oder Zweikammersystem und über die Wohnungsfrage. Pfarrer Jeremias aus Leipzig eröffnete den Reigen der Redner, die mit dem Referenten für das Zweikammersystem eintraten, weil beim Einkammersystem in den Ausschüssen die Vorlagen nicht so gründlich bearbeitet würden und weil mit dem Einkammersystem die Schäden des parlamentarischen Systems" in die Gemeindeverwaltung getragen würden; alles würde bestimmt durch Fraktionsbeschluß der Parteien. Bezeichnend ist, daß die Ausführungen des Pfarrers von der Versammlung mit starkem Bravo aufgenommen wurden.

Genosse Liebmann trat dem Referenten und dem Pfarrer entgegen. Der Wohnungsnot könne nur gesteuert werden, wenn nicht mehr dem Privatkapital der Bau von Wohnungen überlassen würde. Reich, Staat und Gemeinden müssen Wohnungen bauen. Alle Vorbedingungen für den Bau von Wohnungen sind erfüllt, alle Rohstoffe, Holz, Steine, Sand, Lehm, Grund und Boden sind vorhanden, nur der gute Wille fehlt, weil das Bauen den Privatkapitalisten überlassen werden soll. Statt Ziegeleien in Betrieb zu setzen, genehmigt die Regierung den Abbruch betriebsfähiger Ziegeleien, wie in Großzschocher und Knautkleeberg, andre werden stillgelegt. In der Amtshauptmannschaft Leipzig sind von 13 Ziegeleien nur 2 im Betrieb. Statt die Holzpreise zu senken, will der Finanzminister die Staatswälder abschlagen und meistbietend versteigern lassen, was nur zu weiteren Preissteigerungen führen muß. Die Gemeinden müssen vom Staat und vom Reich verlangen, daß der Wohnungsbau auf Kosten der Allgemeinheit durchgeführt wird. Von den Gemeinden muß überhaupt der Staat und das Reich zu sozialistischer Wirtschaft gedrängt werden. Zu der Frage des Ein- oder Zweikammersystems erhob Genosse Liebmann Einspruch gegen das Gutachten des Gemeindetags. Der Referent habe alle Gründe für das Zweikammersystem angeführt, in der Regierungsvorlage über die Neuordnung der Gemeindeverfassung seien auch Gutachten, die sich für das Einkammersystem aussprachen, diese hat aber der Referent nicht erwähnt. Wer sich demokratisch nenne, der müsse auch für das Einkammersystem eintreten, denn das Zweikammersystem werde in der erwähnten Vorlage von Otto Mayer mit Recht als ein Nachklang der mittelalterlichen Städteverfassung bezeichnet.

Der Vorstoß für das Einkammersystem rief eine Anzahl Redner auf den Plan; die Diskussion wurde stark von der Frage, ob Einkammer- oder Zweikammersystem, beherrscht. Es fanden sich auch noch einige Befürworter des Einkammersystems, aber die Anhänger des Zweikammersystems überwogen in der Versammlung offensichtlich. Besonders tat sich dabei Herr Pfarrer Jeremias aus Leipzig hervor, der in seiner reaktionären Verblendung behauptete, wenn Leipzig das Einkammersystem gehabt hätte, wäre es längst bankrott und nicht nur finanziell. Auch sonst hat Herr Jeremias Behauptungen über die Leipziger Verhältnisse im allgemeinen und über die Sozialdemokraten im Stadtverordnetenkollegium im besonderen aufgestellt, die es notwendig machen, daß wir uns noch einmal besonders mit dem streitbaren Gottesmann beschäftigen.

Der Vertreter des Finanzministeriums Dr. Hedrich erklärte, der Finanzminister habe sich entschlossen, die persönlichen Schullasten auf die Staatskasse zu übernehmen. Die Gemeinden sollen auch Vorschüsse auf ihren Steueranteil erhalten. Dr. Hedrich klagte: Wir stehen vor einer vollkommenen Zerrüttung unsrer Steuerverwaltung. Durch die Uebernahme der persönlichen Schullasten auf den Staat, würde das Defizit des Staates auf 400 bis 500 Millionen steigen. Gemeinden und Staat müßten finanziell gegen das Reich zusammenstehen.

Ein Vortrag über die Haftpflichtversicherung der Gemeinden wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Oberbürgermeister Blüher kündigte an, daß eine besondere Tagung sich mit der Frage Einkammer oder Zweikammersystem beschäftigen soll. In den Vorstand des Gemeindetages wurden gewählt: Oberbürgermeister Blüher-Dresden, Dr. Rothe-Leipzig, Dr. Hübschmann-Chemnitz, Dr. Külz-Zittau, Dr. Polster-Reichenbach, Freier-Mittweida, ferner Schröter-Frohburg und die Gemeindevorstände Kleinhempel-Wilkau und Werner-Radebeul. Von den nichtamtlichen Vertretern der Städte: Stadtverordnetenvorsteher Nitzsche-Dresden, Seger-Leipzig, Straube-Chemnitz. Unter den 8 Mitgliedern, die von dem gewählten Vorstand berufen werden, sollen sich auch solche befinden, die nicht hauptamtlich in einer Gemeinde tätig sind.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Rötha. Wohnungswucher. Zu welchen wunderlichen Blüten die Wohnungsknappheit führt, soll am nachfolgenden Mietvertrag gezeigt werden. Zuvor soll noch darauf hingewiesen werden, daß der Vermieter selbst nur als Mieter im Grundstück wohnt und für das ganze Haus mit sehr großem Garten einen jährlichen Mietpreis von 600 Mk. bezahlt. Er hat noch eine Wohnung in Leipzig inne und hat nur das Grundstück in Rötha als Sommerwohnung benutzt. In den letzten Jahren hat er dann nur in Rötha gewohnt. Der Mietvertrag, wie er ursprünglich vorlag, ist von der Stadtgemeinde verworfen worden. Die Bestimmungen, welche die Stadt erfüllen sollte, sind dann zum Teil abgeändert bezw. weggelassen worden. Als Mietpreis sollten nach dem ersten Entwurf für ein halbes Jahr 400 Mk. bezahlt werden, also für das ganze Jahr berechnet 200 Mk. mehr, als er selbst bezahlt, und, was das schlimmste ist, nur für drei Räume, während der Vermieter alle andern Räume und den großen Garten noch selber behält. Die Kritik, welche im Stadtverordnetenbericht wegen diesem Vertrag geführt war, scheint dem guten Mann auf die Nerven gefallen zu sein, denn nach Mitteilungen soll er nach dem Einsender recherchieren. Der ganze Vertrag atmet so richtig die Allüren eines echten Hauspaschas. Das Kulturdokument soll deshalb der Nachwelt erhalten bleiben. Es lautet:

Mietvertrag.

Zwischen Dr. med. Wilh. Kühn, Rötha, Marienstraße 145, und Herrn Lehrer Müller ist am heutigen Tage folgender Mietvertrag vereinbart worden:

1. Herr Lehrer Müller erhält als Untermieter von Dr. Kühn die im Erdgeschoß des Grundstücks Marienstraße 145 (Diakonatsgrundstück) links von der Hausflur gelegenen Räumlichkeiten in

---

Mitglieder sämtlicher Krankenkassen!

Aerztliche Hilfe nur in den **dringendsten Fällen** in Anspruch nehmen!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200528/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Untermiete, und zwar 1 große Stube, 1 kleine Stube, 1 Küche. Außerdem steht ihm frei die Mitbenutzung des großen Bodens, der sich über dem nach der Straße zu gelegenen Teil des Hauses befindet, ferner der Waschküche bezw. des Bades. — 2. Die Mitbenutzung oder alleinige Benutzung andrer Räume unterliegt einer jedesmaligen weiteren Vereinbarung. Der Vermieter behält sich vor, die Genehmigung in diesem Falle bei unerlaubtem Gebrauch oder bei Uebergriffen sofort zurückzuziehen und die Räumung der betreffenden Teile zu verlangen, was sofort zu geschehen hat. Die Scheune insbesondere kann nicht freigegeben werden. — 3. Gartenteile können vorläufig nicht zur Verfügung gestellt werden, auch bleiben sämtliche Erzeugnisse des Gartens, besonders Obst oder Baumfrüchte jeder Art zur **alleinigen Verwertung des Vermieters**. Der Hof steht zur Familienbenutzung, nicht zur Aufbewahrung von Gegenständen nach gegenseitiger Verständigung der Benutzung (bei Besuchen usw.) frei. — 4. Bei **Nichtanwesenheit** des Vermieters oder dessen Gattin steht dem Aufenthalt des Mieters auf Hausflur oder Diele, sowie der Benutzung des Bades selbst nichts im Wege. Haushaltungsgegenstände oder Möbel sind auf dem Hausflur nicht aufzustellen. **Das Betreten des Wohnzimmers seitens des Vermieters zum Zwecke der Benutzung des Fernsprechers ist vom Abmieter zu gestatten.** Weigert er sich, so muß es auf seine Kosten verlegt werden. Wünscht er es zu benutzen, so hat er die Einzelgespräche dem Vermieter mitzuteilen und einzeln zu bezahlen. — (§§ 5 und 6 unwesentlich.) — 7. Seitens der Besucher des Abmieters sind die oberen Räumlichkeiten, sowie der Garten nicht zu betreten. — 8. Der Mietzins beträgt für das halbe Jahr vom 1. April bis 1. Oktober 1920 400 Mk. (Vierhundert Mark) (im abgeschlossenen Vertrag beträgt der Mietpreis 300 Mk.) und ist vierteljährlich zu zahlen. Es handelt sich dabei um die nicht unbedeutenden Unannehmlichkeiten, die dem Vermieter aus der Aufnahme des Abmieters erwachsen. (Letzterer hat für alle durch die häuslichen Veränderungen entstehenden Kosten, auch außergewöhnliche, wie Ferngespräche, Rechtsanwaltsberatungen, Ausfertigung des Mietvertrags durch den Rechtsanwalt, Reisespesen, aufzukommen. — Im endgültigen Vertrag fällt dieser Satz weg.) — 9. **Die Stadtgemeinde Rötha verpflichtet sich, auf ihre Rechnung eine wohnliche Aenderung der Räumlichkeiten für den Vermieter zu veranlassen, die Küche so herzustellen, daß sie ordnungsgemäß benutzt werden kann (Herd, Gasherd, Wasserleitung). Gas des Epheuzimmers zugen und alle Gasflammen in gebrauchsfähigen Zustand setzen zu lassen, sowie Leute zum Transport der Möbel und andrer Gegenstände kostenlos zu stellen. Die Leute sind anzuweisen, sich gesittet zu betragen. — Bauliche Aenderungen für den Abmieter sind nicht eher zu beginnen, bis der Vermieter voll und ganz in den Wohnungsverhältnissen befriedigt ist.**

Die Wünsche des Vermieters in bezug auf die Zeit der Ausführung der baulichen Veränderungen, sowie einer Schonung mit Vermeidung von Aufregungen wegen des Gesundheitszustandes der Gattin des Vermieters sind unbedingt zu berücksichtigen.

Der Vertreter der Stadtgemeinde Rötha verpflichtet sich, eine Gewähr für die strikte Durchführung des Vertrages seitens des Mieters zu übernehmen.

Der § 9 wurde wie folgt geändert: Zur Deckung aller persönlichen Ausgaben des Vermieters, die durch den Abschluß dieses Vertrages erwachsen sind, **insbesondere Reisekosten des Vermieters, Fernsprechgebühren und Rechtsanwaltskosten zahlt Mieter sofort an den Vermieter einen Betrag von 200 Mk., dessen Erstattung durch die politische oder Schulgemeinde Rötha ihm überlassen bleibt.**

Zum § 2 wurde folgender Nachtrag gemacht: Auf Grund der Bestimmungen des § 2 überläßt Vermieter dem Mieter einen Teil des Kellers und den nach dem Vorgarten zu gelegenen Teil der Scheunenpanse unter der Voraussetzung, daß seitens der Stadtgemeinde Rötha beide Kellerteile gesondert verschließbar gemacht und der dem Mieter überlassene Teil der Panse vom übrigen Teil abgetrennt und durch eine vom Vorgarten ausgehende Tür zugänglich gemacht wird.

Will noch jemand behaupten, daß Herr Dr. med. Wilhelm Kühn an allzu großer Bescheidenheit leidet und Rücksicht auf seine Mitmenschen nimmt?

Thekla. Elternrat. **Die Elternversammlung beschloß nach** einem Vortrag des Herrn Lehrer Burkert, einen Elternrat nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu wählen. Ein fünfgliedriger Ausschuß sollte die Vorarbeiten leisten. Am 30. Mai sollte die Wahl stattfinden, bis 27. Mai aber Verschlagslisten eingereicht werden. Da nun aber nur eine Vorschlagsliste eingegangen ist, erübrigt sich die Wahl und die eingereichte Liste gilt als gewählt. Es sind dies, Genosse Fritz Büchner, Genossin Frau Martha Friedrich, Genosse Alwin Matthes, Genossin Frau Hecht, Genosse Albert Schulze, Richard Kaiser, Genossin Frau Martha Jöhrmann, Genosse Bernhard Hecht und Gen. Richard Läppchen. Nach dem Besuch der Elternversammlung konnte es ja auch keinem Zweifel unterliegen, wer der Schule das meiste Interesse entgegenbringt.

Gautzsch. Elternratswahl. Sonntag, den 30. Mai, von nachmittags 1 bis 4 Uhr, findet in der Schule die Elternratswahl statt. Wahlberechtigt sind alle Eltern von Schulkindern und Fortbildungsschülern. Genossen und Genossinnen, kommt alle zur Wahl. Unsere Liste beginnt mit dem Namen Münze.

Sächsische Angelegenheiten.

Eine Wahlrede des sächsischen Finanzministers Dr. Reinhold.

Herr Dr. Reinhold, Sachsens gegenwärtiger „demokratischer" Finanzminister, hatte in einer Wählerversammlung in Dresden-Blasewitz das Bedürfnis, zu beweisen, daß die Demokraten sich sozusagen von den Deutschnationalen gar nicht unterscheiden, was übrigens politisch Denkende längst wissen. Er stellte fest, daß die Demokraten im März d. J. **gegen den Generalstreikaufruf** in der Reichsregierung gestimmt haben. Er behauptete, die demokratischen Mitglieder der Reichsregierung standen nur durch einen Irrtum unter dem Aufruf. Sie hätten den Generalstreik **nur dort gebilligt, wo Kapp in Macht war. Den Leipziger Zeitfreiwilligen, die „so Wunderbares geleistet haben", sprach Dr. Reinhold in pathetischer Weise seinen Dank aus.** Ob der Herr Finanzminister durch seine Rede erreichen wird, daß die Deutschnationalen die Demokraten als gleichberechtigte Bundesgenossen anerkennen, ist sehr die Frage. Diese werden die Demokraten erst recht an die Wand drücken, daß sie „quietschen". Zu der politischen Gegensätzlichkeit muß in der Tat bei allen politisch ehrlichen Menschen auch noch der Ekel über die Selbstentmannung der „Demokraten" treten. Die traurigen Helden haben keinerlei Ideale mehr. Wer ihnen den Geldsack am besten zu schützen verspricht, dem werfen sie sich an den Hals. Ihre Verfassungstreue hört dort auf, wo ihr Profit gefährdet ist. Der Eifer, mit dem sie sich schützend vor die hochverratslüsternen Leipziger Zeitfreiwilligen stellen, beweist dies zur Genüge. Vielleicht wollte Dr. Reinhold auch schon für kommende Rechtsputsche vorbauen.

Am 6. Juni bietet sich Gelegenheit, den „Demokraten" die Quittung für ihr Verhalten auszustellen. Wer es mit der Demokratie wirklich ernst meint, kann nur die Liste der USP. wählen.

Gründung einer sächsischen Gemeindelehranstalt.

Vom Ministerium des Innern ist die Satzung eines Gemeindeverbandes mit dem Namen „Sächsische Gemeindelehranstalt" genehmigt worden. Sitz des Verbandes ist Dresden. Sein Zweck ist, den in der Selbstverwaltung berufsmäßig und ehrenamtlich tätigen Personen die zur Ausübung ihres Wirkungskreises erforderlichen und nützlichen Kenntnisse zu vermitteln. Mitglied können jede bürgerliche Gemeinde und jeder Bezirks- oder Gemeindeverband werden. Die Verwaltung und Vertretung der Verbandsgeschäfte liegen teils der Verbandsversammlung, in der die Mitglieder je nach Einwohnerzahl 1 bis 5 Stimmen haben, teils dem aus 9 Mitgliedern bestehenden Vorstand ob. Zur Deckung der Verbandsverbindlichkeiten sind die Mitglieder zu Zuschüssen an den Verband in unbeschränkter Höhe verpflichtet. Das Beitragsverhältnis der Mitglieder untereinander richtet sich teils nach der Einwohnerzahl, teils nach dem Steueraufkommen. Aufsichtsbehörde ist das Ministerium des Innern.

Verkehrseinschränkungen bei Straßenbahnen und Privatbahnen **werden** jetzt immer häufiger. So wurde in Altenburg der **Straßenbahnbetrieb ganz eingestellt, seitdem nach** Einführung des **60-Pfg.-Tarifs die Benutzung der Straßenbahn** gleich Null geworden war. — **Die Angestellten** sämtlicher thüringischer Privatbahnen traten in den Ausstand, um ihre Gleichstellung mit den Staatsbahnbeamten durchzusetzen. Als Antwort wollen die Berlin-Halberstädter Industriewerke A. G., denen in der Hauptsache die Bahnen gehören, den Betrieb in Zukunft stark einschränken und Arbeiter und Beamte entlassen, da der außerordentlich ungünstige finanzielle Stand des Unternehmens nicht anders zu beheben sei.

Heftige Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen gingen gestern über weite Teile Sachsens nieder. In Dresden wurde in der Nähe der Friedrich-August-Brücke ein Mann vom Blitz erschlagen. In Plauen i. V. schlug der Blitz in ein Wohnhaus ein, in Herlasgrün i. V. äscherte ein Blitzstrahl ein Bauerngut ein.

* * *

Meißen, 26. Mai. In der deutsch-amerikanischen Blumenkultur in Coswig verunglückte am vergangenen Sonnabend ein Arbeiter dadurch, daß er mit seinem Spaten beim Umgraben auf eine im Boden vergrabene Handgranate stieß, die explodierte und ihm Verletzungen an den Oberschenkeln beibrachte und seine Ueberführung nach dem Krankenhause Meißen notwendig machte. Man vermutet, daß die Handgranate von früher dort beschäftigt gewesenen französischen Kriegsgefangenen vergraben oder von eigenen Truppen im Vorbeiziehen dorthin geworfen worden ist.

Platin Brennstifte Zahngebisse kauft [*
Süssmann
Löhrstrasse 15, I.

Quecksilber
Alle Metalle
Lumpen
Papier, Flaschen, kauft
Jordan, Stöckartstr. 19

Kaufe
Gold- und Silberwaren
Uhren
Schmuckgegenstände
M. Israel Uhrmacher-Laden
Promenadenstr. 5. *

Inserate sind nicht an die Redaktion sondern a. d. **Expedition** d. Leipz. Volkszeitg. zu richten.

KAUF HAUS **BRÜHL**
Circa **9000** Pfund
Feiner reiner
Stangen-Käse
Pfund **5.70** Mark.
Kisten à 12 Pfund Inhalt **65.-** Mark.

Lichtspiele Zschocher
Telephon 40960 Inh.: M. Raschke
Ab Freitag bis Montag:
Fortsetzung des Abenteurerfilms
Der Fürst 8. Teil
Die Schlange mit dem Mädchenkopf
Detektiv-Abenteuer in 5 Akten.
(4. Teil: Der Schuß aus dem Fenster ab Dienstag)
Die Brüder Karamasoff
Der überall mit größtem Erfolg aufgenommene Maxim-Film. Drama in **7 Akten** nach dem vielgelesenen Roman von Dostojewski.
Leben u. Treiben in Tanger
Einlaß 5 Uhr

Lichtspiele Alberthalle

Krystall-Palast
Morgen Sonnabend unwiderruflich letzter Tag!
3 Schlager! Die größte Sensation Deutschlands! 3 Schlager!
Sensations - Detektiv - Riesen - Programm!
Original - Stier - Kämpfe
Aufsehenerregend! **in Spanien** Aufsehenerregend!
2 Akte Im Verlauf des **Stierkampfes** werden 10 Stiere und zirka 40 Pferde getötet. **2 Akte**
Das größte Ereignis der Gegenwart. Vor zirka 30000 Zuschauern ausgeführt mit den fabelhaftesten Stierkämpfern Spaniens. Eine Attraktion, wie sie nie wieder gezeigt werden wird.
Außerdem:
Der Plan der Drei
1. Film der Detektiv-**Mortens**-Serie
5 atemberaubende Akte. Fess. Detektiv-Tricks.
Hanne entlobt sich
Tolles Lustspiel in 2 Akten.
Trotz des gewalt. Programms keine erh. Preise.
Von 1/4 4—6 Uhr: Gr. Kinder-Jugend-Vorstellung.

Johann Gottfried Seume
Ein literarisches Porträt
Ausgewählte Werke Seumes
Herausgegeben u. eingeleitet von **Wilhelm Hausenstein.**
Preis geb. 7.00, brosch. 6.00.
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abteilung Buchhandlung
Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.
Postscheckkonto Nr. 53477.
Die Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Sekt- Wein- Kognak- Burgunder- Milch- Flaschen
kauft jeden Posten hier und von auswärts
Zwicker
(früher **Falck**)
Eisenbahnstraße 133
Telephon 1102. *

Gasthof Maus. Beliebt. Ausflugsort im **Schnauderwiesental am Kammerforst.**
Empfehlen werten Vereinen, Gesellschaften, Klubs bei Ausflügen unsere geräumigen Lokalitäten. — Zum Abhalten von Tanzkränzchen reservierter Saal kostenlos zur Verfügung. Vorherige Anmeldung erwünscht.
Reichhaltige Auswahl in Küche und Keller.
Selbstgebackenen Kuchen.
Um gütige Unterstützung bitten **Karl Rabe und Frau.**
NB. Jeden Sonntag flotte Ballmusik. *

Günstige Kaufgelegenheit
so lange der Vorrat reicht!
Wilhelm Raabe, Die Akten des Vogelsangs geb. Mk. 6.—

— Fünf Erzählungen	" "	6.—
— Der Hungerpastor	" "	6.—
— Die Leute aus dem Walde	" "	6.—
— Alte Nester	" "	6.—
— Der Schüdderump	" "	6.—
— Abu Telfan	" "	6.—
— Deutscher Adel	" "	4.—
— Höxter und Corvey	" "	4.—
— Die Innerste	" "	4.—
— Vom alten Proteus	" "	4.—
— Wunnigel	" "	4.—

Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.
Leipziger Buchdruckerei Akt.-Ges.
Abteilung Buchhandlung
Leipzig, Tauchaer Strasse 19-21.

LUNA-Lichtspiele Lu-Li Leipzig Eutritzsch Schiebestr.
Von Freitag, den 28. bis Montag, den 31. Mai:
Herrin der Welt, IV. Teil.
Einlaß 6 U., Anfang 6.30 bzw. 8.15. Ende geg. 1/2 11 U.

Licht- U.T. Spiele im Künzel
Doppel- Programm!
Nur Erstaufführungen:
Der neueste
Bruno-Kastner- Film

„Allerseelen"
Ein Liebesabenteuer
5 Akte
Nur UT
hat das alleinige Erstaufführungsrecht der Bruno-Kastner-Filme von 1918 bis 1921.
Telef. 3187 Hainstr. 19 Durchgang Riebeckbräu
Rich. Eichberg Monumental-Film-Werk
Sklaven fremden Willens
6 Akte Gesellschafts-Tragödie 6 Akte
In den Hauptrollen:
Lee Parry
Violette Napierska
Anfang 4 Uhr
Ende 10½ Uhr
Im Herzen der Stadt

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200528/7
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Neues Theater.

Augustusplatz. (Fernruf 1415.)

Freitag, den 28. Mai 1920

124. Anrechts-Vorstellung (4. Folge, braun)

Der Freischütz.

Romantische Oper in 4 Akten von Friedrich Kind.
Musik von C. M. von Weber.
Musikalische Leitung: Dr. Ralph Meyer.
Bühnenleitung: Paul Methleder.

Personen: Ottokar, böhmischer Fürst (Stefan Kapoß); Kuno, fürstlicher Erbförster (Emil Hervelina); Agathe, seine Tochter (Paula Enghert); Aennchen, seine Verwandte (Gertrud Röhner); Kaspar, Max, Jäger (Hans Müller, Rudolf Jäger); Kilian, ein reicher Bauer (Alfred Voigt); Samiel, der schwarze Jäger (Adolf Reiser); Ein Eremit (Ernst Overlack); Brautjungfern (Lotte Barth, Lotte Zuroff, Lene Eichler, Carla Ulbricht); Erster, Zweiter Jäger (Wilh. Schumm, P. Mehlhorn).
Jäger und Gefolge, Bauern und Bäuerinnen, Musikanten, Brautjungfern.

Pause nach dem 2. und 3. Akt.
Besetzungsänderungen vorbehalten.
Opernpreise.

Einlaß 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Sonnabend, den 29. Mai: 125. Anrechts-Vorstellung (5. Folge, blau): Parsifal. Anfang 5½ Uhr.

Sonntag, den 30. Mai: 126. Anrechts-Vorstellung (6. Folge, gelb): La Traviata. Anfang 7 Uhr.

Die Tageskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Bayerische Straße 49. **Leipziger Volksbühne.** Fernruf 1111.

Leitung: Robert Overweg Künstlerische Leitung: Fritz Viehweg

Sonnabend, den 29. Mai, abends 7 Uhr
Serie 10
Wilhelm Tell.

Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich von Schiller.

Einlaß 6½ Uhr Anfang 7 Uhr Ende ¾11 Uhr
Karten an der Tageskasse sowie bei F. A. Coppius, Petersstraße 15

Spielplan: Sonntag: Serie 11: Wilhelm Tell. Montag: Serie 12: Wilhelm Tell.

„Königs-Pavillon"

Promenadenstrasse 8 (Thomasring)
Fernruf 19271 Fernruf 19271

Vom 28. Mai bis 3. Juni

2 Erstaufführungen 2

Bruno Kastner

in:

Der Konkurrenzkampf

Großes Gesellschafts-Drama in 6 Akten

Manja Tzatschewa

(Die reizende junge Bulgarin)
in:

HASS

Der II. Teil nach dem hier mit kolossalem Beifall aufgenommenen Drama

LIEBE

Wochentags:
Einlaß 3½, Anfang 4, Ende 10½ Uhr.

Kasino-Lichtspiele

Neumarkt Fernruf 19050

Spielplan vom **28. Mai bis 3. Juni**
Das erstklassige Elite-Programm!

Lotte Neumann

in:

„Der Pierrot"

Spannendes Sensations-Drama in 4 Akten.

Mady Christians

in dem gewaltigen 5aktigen Lebens- und Sitten-Drama

Schön Elgas schwerste Stunden

oder:

Nacht des Grauens.

Anfang der Vorstellungen:
Nachm. 4 u. 6¼ Uhr u. abends 8½ Uhr.

„Welt-Theater"

Barfußgasse (am Markt) Fernruf 4870

Vom 28. Mai bis 3. Juni:
2 Sensations-Schlager 2

Stuart Webbs

in seinem nervenspannenden gewaltig. **Detektiv-Abenteuer**

„Die geheimnisvolle Villa"

In 4 Akten.

Der jetzt verfilmte hochinteressante Roman von Maurus Jokai

„Cypra"

(Das Verhängnis der Familie Arenffy)

Großes Sensations-Abenteuer-Drama in 6 Akten.

Wochentags Anfang 4, 6¼ u. 8½ Uhr.

WESTEND-HALLEN.

Heute Freitag, ab 7 Uhr **Gr. ELITE-BALL.**

Ballschau

Felsenkeller

Morgen Sonnabend von 6 Uhr ab

öffentlicher Ball.

Ballmusik:
Leipzigs bestes Tanzorchester.
Hervorragende grosse Besetzung.

9³⁰ Uhr tanzen Erich Mietzschke und Partnerin die erfolgreichen Amateurtänzer.

Die

Weiße Wand

bringt heute
2 große Kanonen!

Apachenrache

John Hopkins im Kampfe mit Verbrechern
5 Akte voll Spannung und Sensationen.

Der Todessattel

4 Akte a. Wildwest m. **Texas Jack.**
Zeitig. Kommen sichert Platz.

Vom 28. bis 31. Mai:

Das **erste** gr. **Original-Wildwest-** u. **Farmerdrama** mit echten Cowboys, Präriebanditen und Desperados

Der Mord in der mexikan. Apachenkneipe

Naturgetreue Schilderung des Cowboylebens.
: : : : : Tollkühne Reiterszenen : : : : :
Steigernde Spannung von Akt zu Akt.
Das spannendste Filmwerk, das Menschenauge je gesehen.

Hierzu:

Der Tanz in den Abgrund.

Der Roman einer Plätterin und eines Auswanderers nach den Diamantfeldern Kaliforniens.
Kultur- und Sittendrama in 4 Akten.
In der Hauptrolle **Charlotte Böcklin.**
Tägl. Einl. 5 Uhr, Anf. ½6 Uhr, Sonnt. nachm. ¼4 Uhr.
Jugend-Vorstellung.

Lichtschauspielhaus, Eisenbahnstraße 74

Geöffnete Fürstengräber!

Als vor einiger Zeit das erste Filmwerk: **„Kronprinz Rudolf"** erschien, war das Interesse an derartigen Darbietungen so gross, dass wir uns entschlossen haben, auch den zweiten Teil dieser Serie zu erwerben, welcher das Ende und tragische Schicksal

Ludwig II. von Bayern

behandelt **Kein trauriger Ruhm blutigen Schlachtenlorbeers.** Der Titanenkampf dieses Märtyrers der Schönheit, der sich schon damals in bewussten Gegensatz stellte und

Keine Millionen für Kanonen und sonstige zerstörende Kriegswerkzeuge

verschwendete.

Das Schweigen des Starnberger Sees wurde gelüftet

durch die seltsamen Enthüllungen der Baronin Brucks-Wallersee. Wir erleben die schaurige Nacht vom 12. zum 13. Juni 1886, als der Unglückliche entflieht und im Starnberger See sein Grab findet.

Dieses Filmwerk wurde in **6** grossen Akten an historischer Stätte aufgebaut.

Von Freitag, den 28. Mai, bis Donnerstag, den 3. Juni

Kammer-Lichtspiele

Am Königsplatz Windmühlenstr. 7 Am Königsplatz

Zeitungen und Altpapier Lumpen Strumpfwolle kauft

Weiglers Rohprodukten-Lager

Berliner Straße 30

Achtung! Hausfrauen!

Kaufe
Lumpen
Zeitungen u. Bücher
Alte Strumpfwolle

Buchaster.

Nordstraße 3 :: Tel. 16700

Zeitungen
Bücher
Zeitschriften
Lumpen
Flaschen
sämtliche Altmetalle
sowie **sämtliche Rohprodukte**
kauft auch von außerhalb

Altenburg

Hospitalstraße 2
Telephon 9709

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz. (Fernruf 1416.)

Freitag, den 28. Mai 1920

Oeffentliche Vorstellung — Zugleich Schillerverein 5a

Der Liebestrank.

Schwank in 3 Akten von Frank Wedekind.
In Szene gesetzt von Karl Huth.

Personen: Fürst Iwan Michailowitsch Rogoschin (Karl Ebert); Lisaweta Nikolajewna, seine Gemahlin (Lilly Hesse); Enjuscha, Aljoscha, ihre Kinder (Herta von Walter, Josefa Morgen); Katharina Alexandrowna Gräfin Tolsky, Verwandte des Fürsten (Käthe Wittenberg); Fritz Schwigerling (Herbert Hübner); Cölestin Leboeuf, Kammerdiener (Fritz Reiff); Tatjana, Kammermädchen (Marianne Berger); Ritja, Kolja, Reitknechte (Hans Wehler, Wilhelm Engst).

Pause nach dem 2. Akt.
Besetzungsänderungen vorbehalten.
Gewöhnliche Preise.

Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Sonnabend, den 29. Mai: Don Carlos. Anfang 6½ Uhr.

Sonntag, den 30. Mai: Minna Fehn die Hofschauspielerin. Anfang 7½ Uhr.

Ausführliche Tageszettel mit genauem und vollständigem Personenverzeichnis usw. sind nur bei den Schließern erhältlich.

Die Tageskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Neues Operetten-Theater.

Bis einschließlich 29. Juni Operettenferien.

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstr. 17/19 Direktion: Fritz Viehweg. Fernruf 1060

Freitag, den 28. Mai 1920

Femina.

Ein psychopathisches Lustspiel in 3 Aufzügen von C. A. van Rossem und J. F. Soesman. Deutsch von Else Otten.

In Szene gesetzt vom Oberspielleiter Otto Stoeckel.

Personen: Dr. Jan van Tricht (Bernd. Wildenhain); Egbert Hoesbrecht (Otto Stoeckel); Jeanne Hoesbrecht (Maria Koch); Betty, ihre Haushälterin (Wiel. Krüger-Michaelis); Ein Stubenmädchen bei Dr. van Tricht (A. Riemann).

Spielt im Haag. Zeit: Gegenwart.
Pause nach dem 2. Akt.
Gewöhnliche Preise.

Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende 9¾ Uhr.
Dutzend- und Jahreskarten haben Gültigkeit.

Sonnabend, den 29. Mai: Literarischer Abend. Erstaufführung: Der Geschlagene. Anfang 7½ Uhr.

Sonntag, den 30. Mai, nachm. 3½ Uhr: Die Pfarrhauskomödie. Vorher: Eine Abrechnung (Einheitspreise). Abends 7½ Uhr: Kater Lampe.

Bestellte Eintrittskarten müssen bis mittags 12 Uhr abgeholt sein, andernfalls wird darüber verfügt.

Die Tageskasse ist geöffnet wochentags von 10—2 Uhr, Sonntags von 11—2 Uhr.

Vorverkauf bei F. A. Coppius, Petersstraße 15 und bei Aug. Polich, Petersstraße.

Theater in der Elsterstraße (Kammerspiele)

Fernr. 12300.

Freitag, den 28. Mai, abends 7½ Uhr (zum 40. Male)

Der Großstadt-Kavalier.

Spielplan: Sonnabend: Der Großstadt-Kavalier; Sonntag, den 30. Mai, nachm. 3½ Uhr (kl. Preise): Der Großstadt-Kavalier.

Wünsch's Marionettentheater

Mehlplatz-Hauptrestaurant. — Dir.: Prof. Kollmann-Bück. Täglich 4 Uhr: **Hänsel und Gretel** (Musikmärchen). 8 Uhr: **Karl Stülpner.** — Vorverk.: Warenh. Althoff.

Krystall Palast

Fernruf 2071

Gastspiel

Curt Olfers Operetten-Gesellschaft
in ihrer neuen Operette:

Der Puszta-Kavalier

Operette in 3 Akten von K. von Bakony.
Musik von Albert Szirmai.
Künstlerische Leitung: **Curt Olfers.**
Musikalische Leitung: **Curt Pastor.**
Haupt-Darsteller:
Lydia Petry :: Else Tima :: Lisa Schwarzburger
Hans Forstner :: Robert Luther :: Paul Maletzki
Georg Krönlein.

Anfang ½8 Uhr. Anfang ½8 Uhr.

Vorverkauf { Aug. Polich, H. Pressler, Augustusplatz, H. Dittrich, Hallische Strasse.

Battenberg

Varieté.	Theater.
Abends 7.30 Uhr	Abends 7.30 Uhr
Verlängertes Gastspiel	Uraufführung:
Blatzheim	**Arbeit u. Kapital.**
Die Sache hat geklappt.	Morgen: **Arbeit und Kapital.**

Vorverk.: Tagesk. 10-2 u. Zig.-Gesch. Katharinenstr. 6.

Drei Linden

Heute:

Vereinsvorstellung

Kein Kartenverkauf.

Schwarzer Jäger, Leutzsch.

Morgen Sonnabend, den 29. Mai, Anfang ½8 Uhr

Krystall-Palast-Sänger

Film-Palast

L.-Lindenau, Gundorfer Strasse 31.

Nur 4 Tage bis Montag

Lillys — Else

Sitten-Drama aus Berlin W in 5 Akten.

Auf allseitigen Wunsch

Das Panzer-Gewölbe

Der beste **Stuart Webbs**-Film

Berichtigung. Im gestrigen Inserat

Hella Moja

mußte es heißen:
Der vom „Königspavillon" inserierte **Hella-Moja-Film** „Die Glasprinzessin" ist fälschlicherweise als 1. Film der Hella-Moja-Serie 1920/21 gekennzeichnet. Dieser Film entstammt der älteren Hella-Moja-Serie **1919/20.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200528/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Nummer 7
Freitag,
28. Mai 1920

Wahlzeitung

Der 6. Juni ist Wahltag!

Beilage
der Leipziger
Volkszeitung

Ein Plan zur Knebelung des Proletariats!

Das Zwangsschiedsgericht.

Die Koalitionsregierung hat unter Führung des Arbeitsministers Schlicke, einstigem Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes, einen Entwurf zu einem neuen Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse geschaffen, der dem deutschen Proletariat noch vor den Wahlen zur genauen Besichtigung unterbreitet werden muß. Es ist ein Anti-Streikgesetz, ein Entwurf über Zwangsschiedsgerichte.

Gehen wir in eine nähere Prüfung der Vorlage ein, so müssen wir erkennen, daß die kühnsten Erwartungen der Vertreter der Konterrevolution noch übertroffen werden.

In Nachstehendem seien der Aufbau und die wichtigsten Bestimmungne kurz skizziert:

Das Gesetz gliedert sich in fünf Teile, von denen der erste die Organisation behandelt. Zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten sind berufen:

1. die Schlichtungsausschüsse,
2. die Landesschlichtungsausschüsse,
3. das Reichs-Einigungsamt.

Die Schlichtungsausschüsse sollen für jeden oder mehrere Bezirke der unteren Verwaltungsbehörden errichtet werden. Bei jedem Schlichtungsausschuß muß je eine besondere Kammer für Arbeiter (Arbeiter-Schlichtungskammer) und für Angestellte (Angestellten-Schlichtungskammer) gebildet werden. Für Differenzen, die das Verhältnis sowohl von Arbeitern wie Angestellten betreffen, ist eine gemischte Kammer zu bilden.

Man erkennt also auch hier wiederum das Bestreben der Aufrichtung einer künstlichen Scheidewand zwischen Hand- und Kopfarbeitern, deren Interessen faktisch vollkommen indentisch sind; doch dauert das reaktionäre Streben an, die Gefahr der wachsenden Klassensolidarität durch Trennung der Stehkragenproletarier von den Handarbeitern zu bannen!

Obendrein sollen für bestimmte Gewerbezweige nach Bedarf besondere Kammern (Fachkammern) gebildet und nötigenfalls abermals in besondere Arbeiter-, Angestellten- und gemischte Kammern gegliedert werden!

Arbeitgeber und Arbeitnehmer entsenden für die allgemeinen Kammern je zwei ständige und je einen unständigen Beisitzer. Die Vorsitzenden und ihre Stellvertreter indessen werden von der obersten Landesverwaltungsbehörde bestellt.

Die Wahl der Beisitzer und ihrer Ersatzmänner erfolgt auf die Dauer von nur 3 Jahren (!) in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl.

Wählbar und wahlberechtigt sind nur volljährige Deutsche.

(Ein neuer Rückschritt selbst gegenüber dem Betriebsrätegesetz, das allen 18jährigen Arbeitnehmern wenigstens das Wahlrecht verlieh. Natürlich sind ausländische Arbeiter in unserm freien Staat vollkommen rechtlos!)

Der § 4 regelt die Errichtung von Landesschlichtungsausschüssen wie folgt:

Für jedes Land wird ein Landesschlichtungsausschuß errichtet.
Die oberste Landesverwaltungsbehörde kann nach Bedarf mehrere Landesschlichtungsausschüsse errichten.
Mehrere Länder können für ihre Gebiete oder Teile davon einen gemeinsamen Landesschlichtungsausschuß errichten.

Die gleiche Gliederung nach Arbeiter-, Angestellten- und gemischten Kammern wiederholt sich hier, daneben aber werden bei den Landesschlichtungsausschüssen noch sogenannte Revisionskammern gebildet. Je höher hinauf, desto reaktionärer!

Die Revisionskammer soll gebildet werden aus dem Vorsitzenden, der wiederum von der obersten Landesbehörde ernannt wird zwei richterlichen Beamten und je zwei ständigen Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Eine weitere Bestimmung verlangt, daß die zu ernennenden Vorsitzenden und ihre Stellvertreter zum höheren Justiz- und Verwaltungsdienst befähigt sein müssen.

Die höchste Behörde ist das Reichseinigungsamt, das beim Reichsarbeitsministerium zu errichten ist. Hierbei bestimmt auch das Reichsarbeitsministerum neben dem Vorsitzenden noch die Zahl der Stellvertreter und die der ständigen Beisitzer. Auch beim Reichseinigungsamt werden, in gleicher Weise wie bei den Landesschlichtungsausschüssen, Revisionskammern gebildet.

Eine Sonderstellung nehmen die Unternehmungen und Verwaltungen des Reiches oder der einzelnen Länder ein; für sie werden besondere Schlichtungsstellen errichtet.

Am wichtigsten und zugleich am charakteristischsten ist der zweite Teil des Gesetzentwurfes, der das Verfahren regelt. Danach soll in der Weise vorgegangen werden, daß bei Streitigkeiten zunächst die vereinbarte Schlichtungsstelle (z. B. auf Grund eines Tarifvertrages) angerufen werden muß. Führen die Verhandlungen weder zu einer Verständigung noch zu einem Schiedsspruch, so ist der amtliche Schlichtungsausschuß verpflichtet einzugreifen.

Dann aber besagt der § 80: „Die Anrufung des Schlichtungsausschusses muß erfolgen von Arbeitgeber-, wenn eine Aussperrung, von Arbeitnehmerseite, wenn eine Arbeitseinstellung beabsichtigt wird. Aussperrungen und Arbeitseinstellungen sind unzulässig, bevor der Schlichtungsausschuß angerufen und eine Einigung zustandegekommen oder ein Schiedsspruch gefällt ist."

Dies ist hier der Kern der ganzen Vorlage, eingewickelt in ein Konvolut von 37½ Paragraphen. Unterwerfen sich die Parteien dem Schiedsspruch, so ist dieser bindend. Bei Ablehnung des Schiedsspruches darf jedoch eine Arbeitseinstellung erst dann erfolgen, wenn in **geheimer Abstimmung** ¾ der Beteiligten sich dafür erklärten.

Einen besonderen Streich leistete sich der Geheimratsgeist durch die folgende Bestimmung:

Soweit durch die Aussperrung und Arbeitseinstellung die Gesundheit oder die Sicherheit der Bevölkerung oder ihre Versorgung mit dem notwendigsten Lebensbedarf gefährdet ist, setzt ihr Beginn außerdem voraus, daß der Beschluß über die Aussperrung oder die Arbeitseinstellung der höheren Verwaltungsbehörde schriftlich mitgeteilt und seit dem Eingang der Mitteilung mindestens eine Woche verstrichen ist.

Fehlt nur noch die Vorschrift, daß die allergnädigste Sanktion einer hochwohllöblichen Behörde innerhalb einer in deren Belieben stehenden Frist gehorsamst abzuwarten ist!

Aber nein, das hat man gar nicht einmal nötig, denn selbst von dieser etwaigen Unbequemlichkeit entbindet der § 138, der besagt:

„Soweit die Parteien sich dem Schiedsspruch nicht unterwerfen, kann die fehlende Unterwerfung dadurch ersetzt werden, daß der Schiedsspruch für verbindlich erklärt wird. Die Verbindlicherklärung erfolgt auf Antrag oder von Amtswegen durch die Verwaltungsbehörde."

Das oben geschilderte Verfahren bezieht sich auf die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse. Der Landesschlichtungsausschuß ist zuständig für die Schlichtung von Gesamtstreitigkeiten, wenn die Beteiligten im Bereich mehrerer Schlichtungsausschüsse tätig sind, erstrecken sich die Streitigkeiten über mehrere Länder, so entscheidet das Reichseinigungsamt.

Wer aber eine im Schlichtungsverfahren zustande gekommene Einigung oder einen verbindlich erklärten Schiedsspruch nicht erfüllt oder gar zur Nichterfüllung einer solchen Einigung oder eines solchen Schiedsspruches zu einer nach dem Gesetz unzulässigen Aussperrung oder Arbeitseinstellung oder zu ihrer Fortsetzung auffordert oder anreizt, kann zu einer Geldbuße verurteilt werden. Der Höchstbetrag einer gegen Arbeitnehmer festzusetzenden Geldbuße ist 3000 Mk. Gegen Personen, die an der Gesamtstreitigkeit der Aussperrung oder Arbeitseinstellung weder als Arbeitgeber noch als Arbeitnehmer beteiligt sind, ist der Höchstbetrag der festzusetzenden Buße 100 000 Mark.

Damit aber auch noch der letzte Spalt, durch den ein Entschlüpfen gelingen könnte, noch gründlich vermauert werde, richtet der § 261 folgenden Galgen auf:

„Bezieht ein Vorstandsmitglied oder sonstiger Vertreter, Angestellter oder Vertrauensmann einer wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern innerhalb der ihm zustehenden Befugnisse oder auf Veranlassung, mit Unterstützung oder mit Zustimmung der Vereinigung eine der im § 260 bezeichneten Handlungen, so kann außer gegen ihn auch gegen die Vereinigung auf eine Geldbuße erkannt werden. Die Höhe der Buße ist unter Berücksichtigung der Zahl der durch die Gesamtstreitigkeit, die Aussperrung oder die Arbeitseinstellung betroffenen Arbeitsverhältnisse und der Höhe der Löhne der beteiligten Arbeitnehmer zu bemessen; ihr Höchstbetrag ist einhunderttausend Mark."

Der Ring ist geschlossen, der neue, dauerhafte Ketten für alle Nichtbesitzenden schmieden soll. Das innigste Zusammenarbeiten zwischen Staatsgewalt und Ausbeutertum findet darin seinen allerhöchsten Ausdruck.

Das ist ein Versuch zur Entrechtung der Arbeiterschaft, der in seiner Wirkung eher dem Attentat gleichkommt, das im Jahre 1898 durch die bekannte Zuchthausvorlage, das Lieblingsprojekt Wilhelms II., unternommen ward und die bekanntlich selbst im kaiserlichen Deutschland nicht Gesetz werden konnte. Es ist der Versuch zur Abwürgung des Streikrechts, des wichtigsten Rechtes der Notwehr, das der Arbeiter in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nie entbehren darf, wenn er nicht zum Heloten, zum Sklaven degradiert werden soll. Darauf aber ist alles in diesem Gesetzentwurf angelegt. Die Parteilichkeit der Instanzen gegen das Proletariat ist von vornherein dadurch gesichert, daß nur die auf Grund der heutigen Besitzverhältnisse aus Bourgeoiskreisen hervorgegangenen Herren Juristen und Akademiker das Amt des Vorsitzenden auszuüben für würdig befunden werden. Von vornherein hat der aus der Klasse der Besitzenden hervorgegangene und noch obendrein von der Landesbehörde ernannte „unparteiische" Herr Vorsitzende und damit das Unternehmertum selbst sich die Macht dadurch gesichert daß bei Stimmengleichheit der ernannte Vorsitzende den Ausschlag gibt. — Die Arbeiter brauchen sich danach wirklich nicht besonders den Kopf darüber zu zerbrechen, wen sie in diese sogenannten Schlichtungsstellen delegieren sollen; ihre Vertreter sind ja doch nur Dekoration und durch das Uebergewicht des Vorsitzenden, auf dessen Wahl sie keinerlei Einfluß haben, völlig machtlos!

Bis in alle Einzelbestimmungen hinein ist der Geist des Betriebsrätegesetzes noch bei weitem übertroffen; Man begnügt sich nicht mehr mit der Trennung der Arbeiter und Angestellten, mit der Ablehnung der Rückberufung durch Erteilung eines Mißtrauensvotums an einen Beisitzer; dieser wird jetzt sogar anstatt auf ein, **auf drei Jahre unwiderruflich** gewählt, und alle Schaffenden, die noch nicht das Alter der Volljährigkeit erreicht haben, werden wie Idioten oder geistig Minderwertige selbst von den Scheinrechten ausgeschlossen!

Aber das ungeheuerlichste leistet sich der böse Geist des Herrn Schlicke in der Bestimmung, die überhaupt jedes Eintreten in eine Bewegung oder einen Streik als ein mit hohen Strafen zu belegendes Verbrechen stempelt, wenn nicht vorher das Schiedsgericht als der von den Unternehmern gewünschte Obervormund angerufen worden ist. Aber auch dieses Anrufen ist ja letzten Endes nichts als eine Farce, steht es doch vollkommen im Belieben der Landesbehörde jeden — von der Arbeitnehmerschaft auch als noch so ungeheuerlich empfundenen — Schiedsspruch glattweg als verbindlich zu erklären. Daß aber die Verbindlicherklärung trotz aller vielen Worte und Verklausulierungen in allen Fällen der von der Bureaukratie beliebten Willkür erfolgen kann, das garantiert die Bestimmung, daß eine Verbindlicherklärung des Schiedsspruches stets dann zulässig sein soll, wenn seine Durchführung zur Abwendung von Nachteilen für die Allgemeinheit erforderlich ist.

Da sich aber für diese Regierung, die sich vollkommen als Sachwalterin und Vollstreckerin der die Produktionsmittel besitzenden Klassen fühlt, die Interessen der Allgemeinheit und die Interessen der Volkswirtschaft vollkommen mit den Interessen des Unternehmertums identifizieren, so hat sie vollkommen freie Bahn, unter Berufung auf das Gesetz durch Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche ihre kapitalistischen Schützlinge „vor Nachteilen" zu bewahren.

Wahrlich, die Regierung samt der sie stützenden schwarz-rosa-goldnen Koalition hätte sich die Sache viel einfacher machen können; sie brauchten nur die Bestimmung in die Verfassung der freiesten Republik der Welt aufzunehmen:

Streiks sind verboten!

Denn dies und nichts anderes ist der Zweck dieses Gesetzes, der auch durch die hunderte Paragraphen nicht verhüllt werden kann. Ein Gesetz, das nicht nur gegen die einzelnen Arbeiter, sondern gegen die freie Gewerkschaftsbewegung überhaupt gerichtet ist. Denn in den Strafbestimmungen werden nicht nur den einzelnen Arbeitern, sondern selbst den Vertretern der Gewerkschaften Fußangeln gelegt, die, wenn sie in Ausübung ihres Amtes in berechtigter Vertretung der Arbeitnehmerinteressen es wagen sollten, zur Nichtbefolgung eines unannehmbaren Schiedsspruches „aufzurizen", eine Strafe von tage und schreibe hunderttausend Mark auferlegt bekommen sollen. Das ist genau dieselbe Summe, die das Strafmaß für den Unternehmer oder seine Organisation darstellt; was aber für den allmächtigen Unternehmer oder gar die noch mächtigeren Wirtschaftsverbände eine lächerliche Lappalie darstellt, könnte den Ruin für eine aus Arbeitergroschen gespeiste gewerkschaftliche Lokalkasse bedeuten.

Und das wagt man einer Arbeiterschaft zu bieten, die eben durch den Generalstreik die Republik gerettet hat!

Man wagts, denn die Koalition empfindet die Macht, die dieser Generalstreik gezeigt hat, als eine Bedrohung. Die Forderungen, die die Arbeiter- und Angestellten-Organisationen nach dem Kapp-Putsch erhoben, werden als höchst unbequem empfunden. Den Gewerkschaften soll das Rückgrat gebrochen, jede revolutionäre Bewegung soll im Keime erstickt und der Arbeiterschaft ihre letzte, stärkste Waffe aus der Hand genommen werden.

Arbeiter, Angestellte! Für diesen schändlichen Plan sind alle **bürgerlichen Parteien** und die **Rechtssozialisten** mitschuldig.

Gebt ihnen am 6. Juni die gebührende Antwort!

Zerschmettert den neuen Knebelungsplan, das Antistreikgesetz durch die Abstimmung für die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Geyer-Zeger!

Wir treffen uns schon einmal wieder!

Wie oft ist im Verlauf der fünf Kriegsjahre dieses Wort gefallen! Wie häufig hat sich diese Drohung der Brust eines vom Militarismus Gepeinigten entrungen.. Wenn auf dem Kasernenhofe ein vertierter Unteroffizier oder Feldwebel nach allen Regeln der militaristischen Kunst „schliff", wenn im Felde ein schneidiger Kompanieführer vom Schlage eines Hiller — und es gab viele Hillers — seine Leute im Angesichte des Todes schikanierte und peinigte, wenn die Soldaten oft regimenterweise in Kugelregen und sicheren Tod getrieben wurden, nur um den militärischen Ehrgeiz und die Ruhmsucht irgendeines höheren Offiziers zu befriedigen, dann schwur sich so mancher der Gequälten im tiefsten Ingrimm: Wir treffen uns schon einmal wieder, dann wollen wir Abrechnung halten, aber gründlich!

Es waren damals meist einzelne Personen — Unteroffiziere, Feldwebel, Kompanieführer —, denen der Racheschwur galt, mit ihnen sollte bei passender Gelegenheit abgerechnet werden. In Wirklichkeit war aber meist weniger der einzelne, als das ganze militaristische System für die Schandtaten der Menschenschinder verantwortlich. Nur unter einem System, das die Vaterlandsverteidiger schutzlos den oftmals entmenschten Vorgesetzten auslieferte, waren derartige Schindereien möglich. Wenn also Rache für die militaristischen Verbrechen genommen werden soll, muß weniger mit den einzelnen Vertretern des Militarismus als mit dem ganzen verruchten militaristischen System selbst abgerechnet werden. Die Gelegenheit dazu ist jetzt wieder einmal geboten. In den Kriegs- und Revolutionsstürmen war der alte deutsche Militarismus zusammengebrochen, aber die jetzigen Machthaber in der deutschen Republik haben dafür gesorgt, daß er in neuem Gewande wieder auferstehen konnte. Die ganz vom alten preußisch-deutschen Militärgeist beseelten Offiziere Wilhelms II. haben das neue Söldnerheer ganz in ihrer Hand. Unter ihrem Einfluß ist das moderne Landsknechtsheer eine fast noch größere Gefahr für das Proletariat geworden als das alte stehende Heer. Wie die Ereignisse der letzten Zeit bewiesen haben, ist das Kollegium in Berlin, das sich noch immer deutsche Regierung nennt, dem Treiben der Militaristen gegenüber machtlos. In aller Oeffentlichkeit bereiten die Militaristen und Reaktionäre aller Schattierungen den neuen Staatsstreich vor. Die seit Monaten drohende Gefahr der Errichtung einer neuen Militärdiktatur und einer militaristischen Schreckensherrschaft nach ungarischem Muster ist heute größer als je. Die brutalste Abschlachtung der revolutionären Arbeiterschaft und die Vernichtung aller errungenen Freiheiten im Innern sowie neue kriegerische Verwicklungen mit dem Ausland würden die nächsten Folgen der Diktatur des Militarismus und des reaktionären Bürgertums sein. Riesengroß ist die Gefahr, in der das deutsche Volk wieder einmal schwebt.

Männer und Frauen des gesamten werktätigen Volkes, erinnert euch der Leidenszeit, da ihr unter dem Regime des Militarismus während des Krieges durchleben mußtet. Denkt an die Schreckens- und Elendsbilder, die ihr während des Kriegs im Felde wie in der Heimat erlebt habt. Ihr Männer, denkt an die Qualen, die ihr und eure hingeschlachteten und verstümmelten Kameraden im Felde ertragen mußte. Ihr Frauen, denkt an die Sorgen und Entbehrungen, die ihr samt euern Kindern während der Kriegszeit erdulden mußtet. Den Kriegspolitikern und dem Militarismus dankt ihr eure damalige Not und euer jetziges Elend. Jetzt ist

die Stunde der Abrechnung gekommen,

nicht mit den einzelnen Personen, die Träger und Vertreter des militaristischen Systems waren, sondern mit dem ganzen fluchbeladenen System selbst muß abgerechnet werden. Eine neue Herrschaft der Militaristen und Monarchisten müßte eure jetzt schon unerträgliche Not ins Ungemessene steigern. Auf den neuen, ganz vom alten Geiste durchwehten Militarismus stützt sich heute die ganze Reaktion. Die Rechtsparteien arbeiten — trotz

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200528/9
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

aller offiziellen Ableugnungsversuche — mit den militaristischen Putschisten Hand in Hand. Die **Koalitionsparteien haben durch ihre schwächliche Haltung die Wiedererstarkung des Militarismus mit verschuldet. Sie alle sind mit verantwortlich für die jetzigen Zustände, die dem ganzen deutschen Volke zum Verhängnis zu werden drohen.**

Wähler und Wählerinnen, **ihr seid gewarnt! Wenn ihr nicht mit Blindheit geschlagen seid, müßt ihr erkennen, daß es die höchste Zeit ist, dem unheilbringenden Treiben der Militaristen und Gegenrevolutionäre endlich ein Ende zu machen. Bei den kommenden Wahlen steht ihr euren Feinden, den ihr oftmals Rache geschworen habt, Auge in Auge gegenüber. Bereitet der ganzen reaktionären Gesellschaft bei der Wahl eine vernichtende Niederlage. Gebt eure Stimmen am Wahltage nur den Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratie. Ihr stärkt damit die Partei, die die Todfeinde des Militarismus und aller Reaktionäre ist. Ihr schafft damit die Möglichkeit, daß Deutschland endlich von den furchtbaren Gefahren, die dem deutschen Volke immer wieder drohen, solange der Militarismus nicht überwunden ist, befreit wird.**

Das Doppelspiel der Deutschnationalen.

„Kapp wollte dasselbe, was wir auch wollen", so sagte kürzlich ein ehrlicher Deutschnationaler, Herr Nikolaus Schäfer in einer Versammlung in Halle. Herr Schäfer hat damit keineswegs ein Geheimnis verraten. Jeder nur einigermaßen politisch Urteilsfähige wußte längst, daß die Kapp und Traub und Lüttwitz und Bauer Fleisch vom Fleische der Deutschnationalen sind, daß sie alle die gleichen Ziele haben. Weil aber die deutschnationalen Helden zu feig sind, zu ihren Taten zu stehen, weil sie, als der Kapp-Streich mißlang, gar nichts von den Plänen der Kapp und Lüttwitz wissen wollten, ist es notwendig, vor der Oeffentlichkeit immer wieder ihre Mitschuld festzustellen. Einen neuen Beweis für die Tatsache, daß die deutschnationalen Führer über alle Einzelheiten unterrichtet waren, erbringt jetzt der Rechtssozialist Heilmann. Dieser hatte am 13. März, also am Tage des Putsches, mit dem Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, dem früheren Minister Hergt, eine Unterredung, über die er jetzt im Vorwärts ausführlich berichtet. Heilmann legte nach seinem Bericht Hergt nahe, seinen Einfluß auf die Kapp und Lüttwitz geltend zu machen, damit sie zurücktreten sollten, ehe der Generalstreik einsetzte. Hergt antwortete darauf:

Sie überschätzen bei weitem meinen Einfluß, wenn Sie glauben, daß ich Kapp und Lüttwitz zum Rücktritt veranlassen könnte. Ich habe auch **keine unmittelbare Beziehung** zu ihnen, sondern **informiere mich nur fortlaufend** durch Leute, die ich in die Reichskanzlei schicke, über das, was dort vorgeht. **Kapp und Lüttwitz sind zum Aeußersten entschlossen und werden vor nichts, aber auch vor gar nichts zurückschrecken. Die Einmischung der Entente brauchen wir nicht zu fürchten. Mit den fremden Militärmissionen sind wir schon seit Monaten einig.** Unter „wir" verstehe ich natürlich die Putschisten, denn die Deutschnationale Volkspartei als solche hat mit dem Putsch und seiner Vorbereitung direkt nicht das geringste zu tun. Wir werden sogar (!) **diejenigen unsrer Mitglieder, die in die Kapp-Lüttwitz-Regierung eintreten wollen, veranlassen, vorher formell ihren Austritt aus der Partei zu vollziehen.** An einen allgemeinen Generalstreik glaube ich nicht. Dazu wäre die gestürzte Regierung viel zu unpopulär .... Sicherlich wird es hier und da zu revolutionären Aufwallungen kommen, aber die werden schnell zusammenbrechen. Ich habe da als Regierungspräsident in Oppeln **meine Erfahrungen gemacht, wie schnell man einen Arbeiterstreik durch Verweigerung der Lebensmittel brechen kann,** bei mir hat stets schon die bloße Drohung damit genügt. **Wir haben die Waffen und die Lebensmittel, das genügt.** Ich möchte nicht, daß später einmal von mir in der Presse steht, ich hätte das bekannte Bismarckwort zitiert; aber Sie werden wissen, wieviel Wahrheit darin steckt?

Heilmann: In dem Wort von Zuckerbrot und Peitsche.

Hergt: Sie haben das gesagt, nicht ich.

Es entspann sich dann zwischen den beiden das folgende interessante Frage- und Antwortspiel:

Heilmann: Und wie denken Sie sich nach dem Kapp-Putsch die Zukunft der Arbeiterbewegung?

Hergt: Es wird sich schon **ein Weg finden, die Sozialdemokratie zu retten. Wenn der Generalstreik vor dem Zusammenbruch steht, dann können wir vermitteln,** daß die Regierung Kapp-Lüttwitz unzweideutig erklärt, daß sie nur **bis** zu den Wahlen im Amte bleiben wird. Als Garantie dafür und für die Freiheit der Wahlen könnte vielleicht **sogar ein Sozialdemokrat in die Regierung mit eintreten.** Dann könnte die Sozialdemokratie den Kampf abbrechen, **und die Unabhängigen würden die Niederlage allein erleiden.**

Heilmann: Das sind ja ganz unwirkliche Vorstellungen. Kein Sozialdemokrat wird je in die Regierung Kapp-Lüttwitz eintreten, und wer es persönlich täte, wäre für die Arbeiterklasse sofort erledigt. Auf diese Weise kann und will die Sozialdemokratie nicht „gerettet" werden. Es bleibt dann eben bei Kampf und Bürgerkrieg und bei all den Folgen, die ich dargelegt habe. Aber ich hätte nach Ihren früheren Erklärungen gedacht, daß wenigstens Sie in der schärfsten Weise gegen den Kapp-Putsch Stellung nehmen würden. Wie in bezug auf das Offizierkorps bin ich um eine große Illusion ärmer.

Hergt: Sie müssen doch unsre Lage begreifen. Kapp und Lüttwitz haben die Macht und werden sie vorläufig behalten. Da können wir uns natürlich nicht rein negativ verhalten, sondern müssen auf dem Boden der jetzt gegebenen Tatsachen mitarbeiten. Etwas anderes wird ja letzten Endes auch Ihrer Partei nicht übrigbleiben. Sie können mir glauben, daß wir dafür sorgen werden, daß diese Regierung wirklich nur ein Provisorium bleibt und daß die entscheidenden Neuwahlen bald stattfinden.

Heilmann: Das ist ein wenig tröstliches Ergebnis unsrer Unterredung.

Hergt: **Ich will noch einmal mit meinen Freunden vom Vorstand über Ihre Anregung sprechen; aber ich glaube nicht, daß wir zu einem andern Ergebnis kommen werden.** (Herr Dr. Helfferich war inzwischen in das Zimmer gekommen, hatte es aber alsbald wieder verlassen.)

Heilmann: Wenn die Rechtsparteien sich wirklich zu dem Kapp-Putsch so stellen, wie Sie sagen, dann ist dieser Tag unsrer Unterredung meines Erachtens der letzte Tag Deutschlands; dann bricht es unter den Stürmen des Bürgerkriegs zusammen und auseinander.

Hergt: Sie sehen zu schwarz. **Die Sache wird rascher in Ordnung kommen, als Sie denken.**

Deutlicher, als es hier durch den Vorsitzenden der Deutschnationalen Partei geschehen ist, kann wohl nicht gezeigt werden, welche innigen Beziehungen zwischen den Parteiführern und Kapp-Putschisten bestanden haben. Die Aeußerungen Hergts beweisen auch, daß er zuversichtlich mit dem Sieg des Kappschen Vorstoßes gerechnet hat. Man muß schon mit der Tugend der besonderen deutschnationalen — Ehrlichkeit und der bekannten Junkerfrechheit ausgerüstet sein, um nach solchen Eingeständnissen alles öffentlich zu leugnen, wie es dann Hergt in der preußischen Landesversammlung getan hat: **Dort erklärte er kaum vierzehn** Tage später, am 30. März:

„Wir haben von den Vorgängen am 13. März nicht **die geringste Kenntnis gehabt.** Sie werden mir doch zu guter Letzt **die Ehrlichkeit nicht abstreiten wollen!** Unser Standpunkt gegenüber den Vorgängen ergibt sich aus dem grundsätzlichen Standpunkt, den wir **gegen jede Revolution** einnehmen. Wir haben die Revolution am 9. November beurteilt und verurteilen auch jede neue Revolution; denn **wir sind eine Partei des Rechts.**

Zunächst meine ich, daß unser aller Aufgabe gewesen wäre, die Sache tagelang früher zum Abschluß zu bringen, als es tatsächlich geschehen ist. Nicht der Mittwoch dürfte der entscheidende Tag der Erlösung sein, sondern schon der Montag hätte die Lösung bringen müssen. . . . **Die sogenannte Kapp-Regierung war unmöglich. Davon sind wir alle überzeugt gewesen, dem haben wir alle Ausdruck verliehen. . . .** Dieses Andre mußte unter dem Gesichtspunkt geschaffen werden, daß man der Gefahr der Linksradikalisierung rechtzeitig vorbeugte, auch **daß man die gesamten Ordnungselemente zusammenfaßte."**

Diese Gegenüberstellung beleuchtet das nichtswürdige Doppelspiel, das die Deutschnationalen treiben. Wenn sie könnten, wie sie wollten, würden sie die nackte Diktatur der Junker und der Militaristen und die schlimmste Schreckensherrschaft etablieren. Das ist ihr Ideal. Da sie sich aber noch nicht stark genug fühlen, buhlen sie jetzt um die Stimmen der Massen, der Volksmassen, die sie in ihrem Innersten aufs tiefste verachten. So sehen die Leute aus, die sich immer als die alleinigen Hüter der deutschen nationalen Ehre aufspielen, die Leute, die immer von sich behaupten, daß sie die deutschen Tugenden der Tapferkeit, Wahrheit, Treue und Ehrlichkeit besonders pflegen. Angesichts der Attacke der Deutschnationalen um Kapp und Traub und Lüttwitz und des kläglichen Rückzugs der Deutschnationalen um Hergt wird man an das alte Sprüchlein erinnert, das einst den Geistesverwandten der Deutschnationalen, den Antisemiten ins Stammbuch geschrieben wurde: „Sie sind nicht deutsch, nicht treu, nicht ritterlich, nicht ehrlich, aber unbegreiflich dumm und — darf man hinzufügen — unbeschreiblich frech, und das macht sie gefährlich." Gefährlich besonders deshalb, weil es ja leider in Deutschland immer noch so viele Dumme gibt, die immer wieder auf die alldeutschen Phrasen und den deutschnationalen Schwindel hineinfallen.

Die Erschöpfung der weiblichen Volkskraft.

Schon dem Laien fällt es gegenwärtig allgemein auf, wie sehr die körperliche Leistungsfähigkeit der Frauen zurückgegangen ist. Selbst zu leichteren stundenweisen Arbeiten als Aufwärterinnen sind sehr viele Frauen heute nicht mehr imstande. Fragt man solche Frauen, ob sie in der Rüstungsindustrie tätig gewesen sind, so erhält man in der Regel eine bejahende Antwort. Die den Frauen zugemuteten Arbeiten waren so ungewohnt und schwer oder gefährlich, die Arbeitszeit so lang, die Nachtarbeit so ausgedehnt — in Preußen allein wurden im Jahre 1917 über 44 Millionen, im Jahre 1918 über 47 Millionen Nachtschichten für Arbeiterinnen bewilligt —, kurz, die weibliche Arbeitskraft wurde unter dem Drucke des Militarismus in einem Grade ausgenutzt, daß bei der elenden Ernährung ein physischer Zusammenbruch aller, die nicht von ganz robuster Gesundheit waren, selbstverständlich erfolgen mußte. Geradezu typisch dürften die Erfahrungen sein, die Dr. Pryll in Charlottenburg als Frauenarzt von drei großen Spandauer Staatsbetrieben mit etwa 25 000 Arbeiterinnen machen konnte. Er stellt fest, daß die Arbeiterinnen meist ohne jede Würdigung ihrer körperlichen Eignung zur Arbeit herangezogen wurden. Von 80 vom Lande kommenden Arbeiterinnen war im ersten Arbeitsjahre keine, die nicht behandlungsbedürftig war. Unter den Fällen von virginellen Prolapsen (Vorfall von Gebärmutter oder Scheide bei jungfräulichen Arbeiterinnen) betrafen 63 Prozent Landkinder. Aus einer Untersuchungsreihe von ziemlich gleichaltrigen und mittelkräftigen Mädchen aus Berlin, die bei der genaueren Einstellungsuntersuchung keinerlei von der Regel abweichenden Organbefund zeigten, erkrankten, nachdem sie an Maschinenarbeit gestellt worden waren, 37 an verschiedenen Unterleibsstörungen nicht geschlechtlichen Ursprungs, wie Eierstockerkrankungen und Gebärmuttervorlagerungen. Von ihren männlichen Mitarbeitern meldete sich keiner krank. Auch der Schwangerschaftsverlauf bei Botinnen, Transportarbeiterinnen, Arbeiterinnen an der Maschine und solchen mit sitzender Beschäftigung war außerordentlich häufig nicht normal. Bei der Beobachtung und Behandlung der Schwangeren ist Dr. Pryll der Mangel einer vernünftigen Schwangerenberatung in der Fabrik selbst als sehr bedenklich aufgefallen. Immer wieder wurden sie zu derselben schädlichen Arbeit verwendet und oft fand er Frauen, denen er wegen ihres Unterleibsleidens eine geeignete Arbeit in einer Fabrik erwirkt hatte, bei einer gesundheitsschädlichen Beschäftigung in dem Nachbarbetriebe. Wenn Dr. Pryll schließlich auf Grund seiner Erfahrungen zu dem Schluß kam, daß in solchen Großbetrieben der fabrikärztliche Dienst ebenso dringend geboten sei, wie die Beschäftigung von Fabrikpflegerinnen, so können wir den nur lebhaft zustimmen. In den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten für die Jahre 1914 bis 1918 werden Fabrikärzte nur ganz vereinzelt erwähnt. Die spärlichen Kontrollbesuche der Gewerbeärzte in den Fabriken genügen nicht, ganz besonders jetzt nicht, wo so viele neue oft sehr gesundheitsschädliche Ersatzstoffe verarbeitet werden, deren Wirkung auf den Organismus der Arbeiterschaft sorgsam studiert werden muß. Darüber hinaus ist insbesondere für die Arbeiterinnen weitestgehender Schutz ihrer Arbeitskraft zu fordern Denn unser Volk braucht in erster Linie gesunde Mütter gesunder Kinder.

Proletarische Frauen, Arbeiterinnen! Helft diese Zustände ändern. Nützt euer Wahlrecht! Erfüllt eure Wahlpflicht. Stimmt am 6. Juni für die Liste Geyer-Seger!

Das Werk der „Freiheit und Gerechtigkeit".

III.

Einer der wichtigsten Abschnitte der Verfassung ist der über das Wirtschaftsleben. Bei der Festlegung dieses Abschnittes in der Verfassung mußte es sich zeigen, ob die alte kapitalistische Ausbeutungswirtschaft durch die Verfassung neu gestützt würde, oder ob eine Wirtschaftsweise angestrebt wird, die zum Sozialismus führt, in der nicht mehr das Interesse der besitzenden Schichten, sondern das aller Volksangehörigen ausschlaggebend ist. Um die Nationalversammlung vor die Entscheidung zu stellen, entweder den Kapitalismus in der Verfassung neu zu verankern oder die sozialistische Wirtschaftsweise anzuerkennen, beantragte die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie in der Sitzung vom 21. Juli 1919 folgendes:

Das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln wird in gesellschaftliches Eigentum und die Warenproduktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion umgewandelt, um der Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung.

Daß die bürgerlichen Vertreter diesen Antrag ablehnen würden, war klar. Dagegen war es ein starkes Stück, daß auch die Rechtssozialisten dagegen waren, sie, die doch immer so stark auf das Erfurter Programm pochen. Genosse Henke nagelte diese sozialismusfeindliche Haltung der Rechtssozialisten fest, was diese veranlaßte, persönlich gegen den Genossen Henke vorzugehen. Sie fühlten aber selbst, daß sie mit der Ablehnung dieses Antrags den stärksten Verrat am Sozialismus begangen hatten. Bei diesem Antrage handelt es sich nicht um irgendeinen Grundsatz des Programms, sondern um den Sozialismus selbst, um den Schritt vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die rechtssozialistische Fraktion suchte diesen Verrat durch einen Antrag zu verwischen, den sie bei andrer Gelegenheit, bei der Beratung des Artikels 152 einbrachte; ihr Antrag lautet: „Alle Bodenschätze und Naturkräfte sind in das Gemeineigentum überzuführen. Private Regale und Mutungsrechte sind aufgehoben." Der Abgeordnete Osterroth suchte seine Partei von dem Vorwurf des Verrats am Sozialismus reinzuwaschen, und er tat es mit folgenden Sätzen in der Sitzung vom 21. Juli:

Herr Henke hat gemeint, daß wir Mehrheitssozialdemokraten bei der Schaffung der Verfassung das sozialistische Prinzip preisgegeben hätten. Herr Henke, hier mit unserm Antrag beweisen wir, daß es uns mehr als Ihnen auf die Wahrung sozialistischer Prinzipien ankommt. Wir können Sie nur ersuchen, diesem Antrag zuzustimmen, der die Fassade des ganzen wirtschaftlichen Abschnittes der Verfassung wesentlich ändert. Wenn aber Herr Henke meint, daß man mit Reden und Phrasen den Kapitalismus beseitigen und den Sozialismus ausbauen kann, . . . dann ist das in Wirklichkeit eine Verkennung der Tatsachen. Sozialismus ist aufbauende, organische Arbeit. Die macht man nicht im Handumdrehen. Sozialismus verwirklicht man nicht durch sinnlose Generalstreiks, durch Plünderungen, durch Erpressungen, durch Putsche. Sozialismus verwirklicht man durch Arbeit, durch Hebung der Produktion, durch Sicherung des Gemeineigentums für die Gemeinwirtschaft. Nach der Richtung tun wir voll unsre Schuldigkeit und verbitten es uns, bei jeder Gelegenheit als Renegaten und Verräter am Sozialismus hingestellt zu werden.

Wir stellen uns den Sozialismus in Wirklichkeit ein ganz klein bißchen anders vor. Wir sprechen Herrn Henke und seinen Freunden das sozialistische Prinzip nicht ab; wer aber den Sozialismus bringen will, darf nicht mutwillig die praktische Einheitsfront zertrümmern.

Die schöne Fassade, von der Herr Osterroth spricht, ist aber nicht an das Gebäude gekommen, sondern die folgende, die in den Artikeln 155 und 156 also beschrieben wird:

Alle Bodenschätze und alle wirtschaftlich nutzbaren Naturkräfte stehen unter der Aufsicht des Staates. Private Regale sind im Wege der Gesetzgebung auf den Staat zu überführen.

Und im Artikel 156 heißt es:

Das Reich kann ferner im Falle dringenden Bedürfnisses zum Zwecke der Gemeinwirtschaft durch Gesetz wirtschaftliche Unternehmungen und Verbände auf der Grundlage der Selbstverwaltung zusammenschließen mit dem Ziele, die Mitwirkung aller schaffenden Volksteile zu sichern, Unternehmer und Arbeiter an der Verwaltung zu beteiligen und Erzeugung, Herstellung, Verteilung, Verwendung, Preisgestaltung sowie Ein- und Ausfuhr der Wirtschaftsgüter nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen regeln.

Und Artikel 151 sagt:

Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen zu sichern.

Im Artikel 153 wird dann noch die Enteignungsfrage behandelt, und zwar ganz im kapitalistischen Sinne. So ist der Abschnitt über das Wirtschaftsleben eine völlige Sicherung der privatkapitalistischen Eigentumsordnung. In den angezogenen Artikeln wird nämlich immer nur davon gesprochen, daß durch Gesetz dieses oder jenes an der kapitalistischen Eigentumsordnung geändert werden kann. Das Muß ist ausdrücklich ausgeschlossen; ganz zu schweigen davon, daß das Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln nicht auf die Gesamtheit übertragen wird.

Die Rechtssozialisten wurden von ihren Bundesgenossen weidlich verhöhnt und die Verfassung so beschlossen, wie sie heute vorliegt: als eine Schutzwehr gegen sozialistische Angriffe. Die kapitalistischen Vertreter verstanden in jener Zeit unter Sozialisierung nichts andres, als daß die Arbeiter wieder willige Ausbeutungsobjekte für den Kapitalismus zu sein hätten. Weshalb sie das Lied vom arbeiten, arbeiten und nochmals arbeiten aufbrachten, in das die Rechtssozialisten ein Jahr lang begeistert eingestimmt haben.

Wie wird nun das Eigentum des Arbeiters, seine Arbeitskraft, durch die Verfassung geschützt? Der Artikel 157 sagt: „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reiches," und der Artikel 159 regelt die Vereinigungsfreiheit, also das Koalitionsrecht.

Was heißt nun: die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutze des Reiches? Es soll ein einheitliches Arbeiterrecht geschaffen werden, ein Arbeiterrecht, das den Arbeiter vor allzu großer Ausbeutung schützt, d. h. es soll erst geschaffen werden. In der Verfassung selber ist nur immer von dem Willen zum Schutze der Arbeitskraft die Rede, nicht aber, worin dieser Schutz zu bestehen hat. Der Verfassung wurde dann noch ein Artikel eingefügt, der die Rechte der Arbeiter und Angestellten im Produktionsprozeß festlegen soll, es ist der über die Betriebsräte. Der entscheidende Absatz aus dem Artikel sagt: „Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in den Betriebsarbeiterräten, sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat."

Was aus dem Betriebsrätegesetz geworden ist, das ist noch in zu frischer Erinnerung und wird den Arbeitern und Angestellten jeden Tag praktisch vor Augen geführt. Es ist nicht der Schutz der Arbeitskraft, sondern die Betriebsräte sollen dazu beitragen, daß möglichst viel aus den Arbeitskräften herausgeholt wird.

Auch der Regelung der Wirtschaftsfragen durch die Verfassung kann das Urteil gesprochen werden: Sieg des Kapitalismus über die Interessen der Arbeiter!

Die Wahlzeitung soll ein Flugblatt an die Nichtleser der Leipziger Volkszeitung sein! Verbreitet sie nach Kräften. Gebt sie weiter!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200528/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Volkszeitung.

Feuilleton

Freitag, 28. Mai 1920

98]

Der Jahrmarkt des Lebens.

Ein Roman ohne Helden von William Makepeace Thackeray.

Frau Rawdon Crawley war, wie gewöhnlich äußerst nett und raffend gekleidet; ihr ruhiger Schlaf nach Rawdons Abmarsch hatte sie erfrischt, und ihre rosigen lächelnden Wangen waren in einer Stadt und an einem Tage, wo alle Gesichter die größte Angst und Bestürzung zeigten, eine wahre Wohltat. Sie lachte über die Attitüde, in der sich Joseph befand, und die Mühe und Konvulsionen, die ihr dicker Freund anwenden mußte, um sich in den Schnurrock zu bringen.

„Sind das Vorbereitungen, um zur Armee zu stoßen, Herr Joseph?" fragte sie. „Bleibt denn niemand in Brüssel, um uns arme Frauen zu beschützen?"

Joseph war mittlerweile in seinen Rock gelangt und schritt nun, errötend und Entschuldigungen stotternd, seiner schönen Besucherin entgegen; während er fragte, wie sie sich nach den Anstrengungen der Nacht und den Ereignissen des Morgens befinde, verschwand Isidor mit dem geblümten Schlafrock seines Herrn in dem nebenanliegenden Schlafzimmer.

„Wie gütig ist es von Ihnen, danach zu fragen," sagte sie, eine seiner Hände zwischen ihren beiden drückend. „Wie kaltblütig und gesammelt Sie aussehen, während jeder andre in Schrecken ist! Wie geht es unserm lieben Malchen? Es muß ein schrecklicher Abschied gewesen sein."

„Entsetzlich!" erwiderte Joseph.

„Ihr Männer könnt alles ertragen," sagte die Dame. „Trennung und Gefahr kümmern euch gar nicht. Gestehen Sie nur, daß Sie im Begriff waren, sich dem Heere anzuschließen und uns unserm Schicksale zu überlassen. Ich bin überzeugt, daß es so ist. Ein gewisses Etwas flüstert mir dies zu. Ich war so entsetzt, als mir der Gedanke in den Kopf kam (denn wissen Sie, Herr Sedley, ich denke zuweilen an Sie, wenn ich allein bin), daß ich sogleich vom Hause fortrannte, um Sie zu bitten und zu beschwören, uns nicht im Stiche zu lassen."

Diese Worte ließen sich ungefähr verdolmetschen: „Mein lieber Herr, wenn der Armee ein Unglück zustoßen und es notwendig werden sollte, zu fliehen, so haben Sie einen bequemen Wagen, in dem ich gern einen Sitz einnehmen möchte." Ich weiß nicht, ob Joseph die Worte in diesem Sinne verstand; er war jedoch sehr ärgerlich über die Aufmerksamkeit der Dame gegen ihn während seines Aufenthaltes in Brüssel. Er war kaum von Rawdon Crawleys vornehmen Bekannten vorgestellt worden und hatte fast nur eine Einladung zu Rebekkas Gesellschaften erhalten, denn er war zu scheu, um viel zu spielen, und seine Gegenwart langweilte Rawdon ebensosehr, wie Georg, die wahrscheinlich beide nicht gern einen Zeugen ihrer Vergnügungen sahen. „Aha," dachte Joseph, „jetzt, wo sie mich braucht, kann sie kommen. Wenn kein andrer in der Nähe ist, so kann sie an den alten Joseph Sedley denken!"

Trotz dieser Zweifel fühlte er sich durch die Absicht, die Rebekka über seinen Mut kundgab, geschmeichelt.

Er errötete heftig und nahm eine wichtige Miene an. „Ich möchte allerdings gern das Treffen sehen; jeder Mann von Mut würde das tun, wissen Sie. Ich habe in Ostindien allerdings manche Kriegsabenteuer erlebt, aber nicht in diesem großen Maßstabe."

„Ihr Männer, geht alles für euer Vergnügen auf. Kapitän Crawley verließ mich heute früh, als ob er auf die Jagd ginge; was kümmert er sich um uns? Was kümmert sich einer von euch um die Schmerzen und Qualen einer armen, verlassenen Frau, (ich möchte doch wissen, ob der große, faule Gourmand wirklich die Absicht hatte, zu der Armee zu gehen?) o, teurer Herr Sedley, ich komme zu Ihnen, um mir Trost und Beruhigung zu holen. Ich habe den ganzen Morgen auf meinen Knien gelegen. Ich zittere bei dem Gedanken an die entsetzlichen Gefahren, denen unsre Gatten, unsre Freunde, unsre braven Truppen und Verbündeten zueilen, und ich komme hierher, um Schutz zu suchen, und finde einen andern von meinen Freunden — den letzten, der mir noch geblieben ist — entschlossen, sich auch in diese entsetzlichen Szenen zu stürzen!"

„Meine liebe Madame," entgegnete Joseph, jetzt ganz besänftigt, „ängstigen Sie sich nicht. Ich sage nur, daß ich gern gehen möchte, und welcher Brite würde dies auch nicht? Aber meine Pflicht hält mich hier zurück. Ich kann das arme Geschöpf im nächsten Zimmer nicht verlassen." Hiermit deutete er mit dem Finger nach dem nächsten Zimmer, in dem sich Amalie befand.

„Guter, edler Bruder," sagte Rebekka, ihr Taschentuch an die Augen haltend, und an das Eau de Cologne, womit es parfümiert war, riechend. „Ich habe Ihnen Unrecht getan. Sie haben ein Herz, und ich glaubte, Sie besäßen keins."

„O, auf mein Wort," sagte Joseph mit einer Bewegung, als wollte er seine Hand auf die fragliche Stelle legen, „Sie sind ungerecht gegen mich, Frau Crawley."

„Allerdings, jetzt ist Ihr Herz Ihrer Schwester treu. Aber ich dachte da gewisser Ereignisse vor zwei Jahren, wo es mir untreu war!" sagte Rebekka, ihre Augen einen Moment auf ihn heftend, und sodann hinweg nach dem Fenster sehend.

Joseph errötete heftig. Das Organ, welches er nach Rebekkas Anklage nicht besitzen sollte, begann mit der größten Aufgeregtheit zu klopfen. Er dachte an die Tage, wo er ihr entflohen war, und an die Leidenschaft, von welcher er damals glühte — die Tage, wo er sie in seinem Wagen gefahren und von ihr die grüne Börse erhalten, wo er ihre weißen Arme und glänzenden Augen bezaubert betrachtet hatte.

„Ich weiß, daß Sie mich für undankbar halten," fuhr Rebekka, aus dem Fenster tretend und ihn von neuem anblickend, mit leiser Stimme fort. „Ihre Kälte, Ihre abgewendeten Blicke, Ihr Wesen, wenn wir in neuerer Zeit zusammentrafen, und noch eben jetzt, als ich hereinkam; dies alles sind Beweise dafür. Gab es aber keine Gründe, weshalb ich Sie meiden mußte? Lassen Sie diese Frage von Ihrem eigenen Herzen beantworten. Glauben Sie, daß mein Gatte sehr geneigt war, Sie willkommen zu heißen? Die einzigen bösen Worte, (die Gerechtigkeit muß ich meinem Gatten angedeihen lassen), welche ich je von ihm erhielt, betrafen Sie, und es waren grausame, grausame Worte."

„Gütiger Himmel, was habe ich getan?" fragte Joseph mit einem Gemisch von Vergnügen und Verwunderung. „Was habe ich getan, um — um?"

„Ist Eifersucht nichts?" sagte Rebekka. „Er macht mich Ihretwegen unglücklich. Und wie dem auch einst gewesen sein möge, jetzt gehört mein Herz ihm. Ich bin jetzt unschuldig, nicht wahr, Herr Sedley?"

Josephs Blut wallte entzückt auf, als er dieses Opfer seiner Reize betrachtete. Einige geschickte Worte, einige schlau angebrachte zärtliche Blicke, und sein Herz stand wieder in vollen Flammen, und alle seine Zweifel und Verdachtsgründe waren vergessen. Sind seit Salomos Zeiten nicht schon weisere Männer als er von Frauen kajoliert und betört worden? „Wenn das Schlimmste eintreten sollte," dachte Rebekka, „so ist doch mein Rückzug wenigstens jetzt gesichert, und ich erhalte den besten Platz in der Barutsche."

Man kann nicht wissen, zu welchen Liebesbeteuerungen Herr Joseph Sedley noch von seinem aufgeregten Blute gebracht worden wäre, wenn nicht in diesem Augenblicke sein Diener Isidor hereingekommen wäre, und sich mit häuslichen Geschäften zu tun gemacht hätte. Joseph, der auf dem Punkte war, ein Geständnis herauszustottern, erschrickt fast an der Anstrengung, die ihm dessen Zurückhaltung kostete. Auch Rebekka dachte daran, daß es Zeit sei, hineinzugehen und ihre teuerste Amalie zu trösten. „Au revoir," sagte sie, ihre Hand gegen Herrn Joseph küssend, und klopfte leise an die Tür seiner Schwester. Als sie bei jener eintrat und die Tür hinter sich schloß, sank er auf einen Stuhl und blies seine Aufregung mit sehr wichtiger Miene von sich. „Der Rock ist sehr enge für Mylord," sagte Isidor, noch immer mit einem Auge auf die Schnüre. Sein Herr hörte ihn jedoch nicht, seine Gedanken waren anderswo, bald in blühende wahnsinnige Betrachtung der zauberischen Rebekka versunken, bald schuldbewußt vor dem eifersüchtigen Rawdon Crawley, dessen gekräuseltem, grimmigem Schnurrbart und furchtbar geladenen und gespannten Duellpistolen zusammenschreckend.

(Fortsetzung folgt.)

Der „Hoffende".

Ein Mitglied des Arbeiter-Esperantisten-Vereins (in dem übrigens kostenloser Esperanto-Unterricht erteilt wird), sendet uns diesen Appell, dem wir Raum geben, obwohl wir den starken Hoffnungen auf allgemeine Durchsetzung des Esperanto und auf deren politische Wirkungen mit einiger Skepsis gegenüberstehen. Vor allem ist zu bedenken, daß die Völkerverständigung zur Voraussetzung hat den Ausgleich der wirtschaftlichen und politischen Interessengegensätze, wobei eine Weltsprache gewiß gute Dienste leisten kann. Daß aber die gleiche Sprache zwei Völker nicht hindert, einander die Schädel einzuschlagen, hat nicht nur das Jahr 1866 erwiesen.

Red. d. L. V.

Wir hatten die letzte Verbindung mit der Heimat, den mit der Sackstation Ruma (einige Stunden vor der serbischen Grenze) endigenden Eisenbahnstrang hinter uns und marschierten in glühender Sonne, feldmarschmäßig beladen, durch fußtiefen Staub dahin, vor uns eine bleigraue, undurchdringliche Zukunft. Nur die zum Brudermord nötigen Anhängsel an den Leibriemen und Tornistern klapperten im Marschtempo ihr unerträglich höhnisches: „Du J-di-ot, du J-di-ot . . ."

Die mannshohen Maispflanzen rechts und links der Landstraße schüttelten leise und traurig ihre reifen Köpfe, und ein banges Raunen ging durch die unübersehbare Versammlung ihrer langblättrigen Schwestern.

Rechts im Straßengraben wälzt sich der erste Hitzschlagkranke, im Fieber wimmernd, Mutter, Vater, Schwestern, Brüder um Hilfe anflehend.

Kurz vor Mitrowitza Halt und Rast. Wasserkommandos gehen und kommen. Feldflaschen werden gefüllt und geleert und von neuem gefüllt. Ein schlammiger Tümpel, sonst der Tummelplatz schnatternder Enten und Gänse, nimmt schweißtriefende, der grauen Hülle entledigte Leiber auf.

Versammlung der Mannschaft um die Herren Kompanieführer — „Instruktion": Wir seien zwar noch auf österreichischem Boden, aber dem Zivilgesindel hier sei nicht zu trauen. Alles Spione und Räuber. Niemand solle allein ausgehen; keine Gespräche anknüpfen. Sobald wir dann auf serbisches Gebiet kämen, ganz und gar jede Rücksicht fallen lassen. Jeder Serbe sei ein Räuber, Mörder und Kinder-Schießer aus dem Hinterhalt usw. . . .

So gegen Harmlosigkeit, ruhige Ueberlegung und Menschlichkeit präpariert, gingen wir endlich in die Quartiere. Der fremde Menschentyp, die „komische" Kleidung der Einwohner, der starke ungewohnte Wein taten ein übriges. — Sie verstanden kein Deutsch, wir kein Kroatisch oder Serbisch. Dummheit schuf Haß, Mißtrauen und Brutalität auf der einen, Angst und Erbitterung auf der andern Seite.

*

Die Bestie hat ausgetobt. Der Bann ist gewichen. Es war ein langer, böser Traum. Fast verblutete Völker suchen in der Morgendämmerung die Scherben internationaler Verbrüderung zusammen und rufen von Ufer zu Ufer hinüber das befreiende Wort: Bruder, Bruder! Und verstehen sich doch noch nicht. Die Brücke fehlt. Wer wird die Brücke bauen?

Der „Hoffende"! — Der Hoffende?? — Ja, der „Hoffende"! Denn er ist Idealist, seine Wiege stand im Lande eines Tolstoi, wo auch der größte Teil seiner Brüder, Schwestern und Kinder leben. Ein andrer, auch schon großer Teil ist über die ganze Welt verstreut. Sie alle helfen mit. Sie fügen mühsam und ohne Rast einen Stein an den andern zu dem großen Bau. Und rechnen nicht auf Dank und Lohn. Es ist ihnen Lohn genug, wenn ihnen ein neuer Helfer ersteht; dann leuchten ihre Augen zukunftsfroher.

Und ihr, die ihr am 1. Mai für Völkerverbrüderung und Befreiung vom kapitalistischen Joch demonstriert habt, von einem Joch, das ihr euch selbst vergrößert, wenn ihr am 2. Mai wieder die Kinos füllt, — ihr alle solltet mitbauen an der Brücke — Esperanto! Fürchtet euch nicht! Ihr seid weder zu dumm, noch zu gescheit. Ihr werdet euch nicht langweilen, sofern noch ein Fünkchen Schaffensfreude in euch schlummert.

Esperi heißt hoffen, la espero: die Hoffnung, la esperanto: der Hoffende.

Hermann Kranz.

Bücher.

Ferdinand Schrey: Wie werde und bleibe ich gesund? Verlag von Ferdinand Schrey, Berlin SW. 19, Beuthstraße 2/3. Preis broschiert 2.50 Mk., gebunden 4 Mk. und 10 Prozent Teuerungszuschlag.

Wenn ein alter Praktiker aus seinen Lebenserfahrungen schöpft, um seinen Mitmenschen ratend und helfend an die Hand zu gehen, so braucht er nicht Arzt zu sein, um auch in Gesundheitsverhältnissen ein Wort mitsprechen zu können. Ein gut Teil persönlicher Vorliebe für weitestgehende naturgemäße Lebensweise stimmt den Verfasser zur Begeisterung, die sich im Ausdruck wohltuend kennzeichnet. Mag man auch im einzelnen nicht allen Ausführungen zustimmen, so ist der Inhalt des Buches doch wertvoll genug, ihn zur Beherzigung und Befolgung zu empfehlen. Besonders beachtenswert sind die Abschnitte über den Alkoholgenuß und die Verwendung andrer Reiz- und Genußmittel. Wenn auch nur kurz, so doch inhaltlich reich an Gedanken ist auch die Frage der geschlechtlichen Gesundheitspflege behandelt. Es gibt zwar schon viele Bücher, die sich mit der allgemeinen Gesundheitspflege beschäftigen, aber da sie nur spärlich gelesen werden und noch spärlicher ihre Anweisungen befolgt werden, so schadet es nie, wenn noch ein gutes Buch ihre Reihe vermehrt. Denn der Gedanke, daß jedem einzelnen die Pflicht erwachse, seine Gesundheit als das kostbarste Gut nicht nur für sich, sondern erst recht für die Gesellschaft einzuschätzen und zu bewahren, muß, wie alle guten Gedanken, die verlangen, daß man mit alten, liebgewonnenen Neigungen und Gewohnheiten bricht, weil sie schädlich sind, tausend- und abertausendmal laut ausgesprochen werden, damit er Anklang findet. Und das will und kann der Verfasser mit seinem Buche: Wie werde und bleibe ich gesund?

Artur Bergmann: Die Ärztefrage im Lichte der sozialen Medizin und Gesundheitspflege. Verlag Volkswachsbuchhandlung, Breslau-III. Preis 2 Mk.

Als ein „Weckruf an das deutsche Volk" bezeichnet sich die Arbeit des in Krankenkassenfragen erfahrenen Verfassers, der im Sinne der Sozialisierung des Gesundheitswesens wirken möchte. Ob dazu eine so starke Hervorhebung des angeblichen Widerstandes der im Leipziger wirtschaftlichen Verband organisierten Aerzte notwendig war, wie sie der Verfasser zum Ausdruck bringt, ist zweifelhaft, aber vom Standpunkte des Beamten in der Verwaltung begreiflich. Wenn die notwendige Sozialisierung des Aerztestandes erfolgen soll, so muß der organisierten Aerzteschaft doch auch eine Stimme als Fachleuten des zu sozialisierenden Berufes eingeräumt werden. Es ist richtig, daß zur Zeit und bisher der Leipziger Verband die wirtschaftlichen Interessen der Aerzte unter der Einwirkung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verfochten hat. Aber wenn der Verfasser ehrlich sein will, dann muß er zugeben, daß diese ärztliche Gewerkschaft gar nicht anders arbeiten konnte, wenn ihm das Zugeständnis auch unbequem sein sollte. Wie sich die Richtlinien für die Aerztegewerkschaft für die Zukunft einstellen werden, hängt von den Entwicklungsmöglichkeiten und dem Zwange derselben ab. Ob auf der andern Seite die Entwicklung der Krankenkassenorganisationen die Zukunft der Sozialisierung der Versorgung mit ärztlicher Hilfe die gesamte Bevölkerung darstellen kann, ist aber ebenfalls fraglich, wenn schon dieser Weg ohne großes Nachdenken beschritten werden kann, wie ja die Versuche jetzt schon zeigen. Den Organisationen der Krankenkassen haftet eine Reihe von Schönheitsfehlern an, unter denen der Bureaukratismus in erster Linie zu nennen wäre.

Der Grundgedanke der Schrift Bergmanns, den Aerztestand aus dem Kleinkrämerelend herauszuheben und auf den ihm gebührenden Platz im Arbeiten für die Gesundheit des Volkes zu stellen, muß unbedingt anerkannt werden. Wie freilich der Weg aussehen wird, der den Arzt zum Diener der Volksgesundheit machen soll, der unabhängig von Alltagssorgen nicht aus dem Kranksein der Menschen seine Gewerbeeinnahme bezieht, sondern das höchste Ziel jedes mit Kopf und Herz für seine Mitmenschen eintretenden Volksgenossen unverrückbar im Auge behält, läßt sich aus der Schrift Bergmanns nicht erkennen. Vielleicht könnte der Verfasser auch nach dieser Seite hin praktische Fingerzeige geben. Das Ziel der Sozialisierung erblickt er sehr richtig in der Lösung der Aufgabe, den Schwerpunkt der ärztlichen Arbeit in die vorbeugende, Krankheiten verhütende Tätigkeit zu verlegen. Dazu bedarf es vieler sozialhygienisch geschulter Kräfte, bedarf es aber auch eines sozialgeschulten Volkskörpers, dem das Verständnis für die Bedürfnisse und Forderungen der Gesamtheit klar vor Augen stehen. Die Krankheiten werden ja dadurch noch lange nicht aus der Welt geschafft, und deshalb ist auch die ärztliche Tätigkeit mit der sozialhygienischen Leistung nicht erschöpft. Die neue Aerztegeneration, die sich für die Sozialisierung eignet, d. h. die praktisch fördernd an ihr mitarbeiten wird, muß erst noch erzogen und herangebildet werden, damit sie auch allen an sie zu stellenden Anforderungen gerecht werden kann. Wenn erst einmal der Zeitpunkt da ist, wo mit den Großbetrieben in der Industrie usw. die Gesundheitsfürsorge vergesellschaftet wird, dann liegt auch kein Grund vor, an der Bereitwilligkeit der Aerzteschaft zur Mitarbeit am sozialistischen Programm Zweifel zu hegen.

Dr. Popitz.

Kleine Chronik.

Städtische Theater. In der für Sonnabend angesetzten Parsifal-Aufführung singt Walter Soomer zum erstenmal den Gurnemanz, ebenso in den beiden folgenden Aufführungen am 31. Mai und 1. Juni. — Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß die Parsifal-Aufführungen nunmehr — also auch bereits am Sonnabend — um 5½ Uhr beginnen.

Theater in der Elsterstraße. Von dem Schwank Der Großstadt-Kavalier finden nur noch wenige Vorstellungen statt. In Vorbereitung ist das Lustspiel Der reizende Adrian von Hans Müller, das mit Hans Leibelt in der Titelrolle am Mittwoch zur Aufführung gelangt.

Glühende Kohlen. In Berlin werden jetzt die Studenten durch englische Quäker gespeist. Wohlgemerkt: nicht durch amerikanische, wie die Schulkinder, sondern durch englische Quäker. Niemand hat im Rassenhaß und besonders in der Beschimpfung der Engländer mehr geleistet als, unter Führung ihrer Professoren, die deutschen Studenten. Allenthalben hetzt man noch jetzt gegen den Besuch deutscher Universitäten durch Ausländer. Goethe könnte heute dichten:

Ein echter deutscher Mann mag keinen Briten leiden,
Doch seine Speisen ißt er gern.

Eingelaufene Schriften.

Georg Hörmann, Alldeutscher Narrenspiegel. Ein Vademecum für zukünftige Wahlen. Verlag H. R. Engelmann, Berlin W. 15.

Dr. Walter Schätzel, Nationalismus, Bolschewismus, Völkerbund. Verlag H. R. Engelmann, Berlin W. 15.

F. K. L. Hartmann, Nur ein kleines Stück Himmelsblau. Neue Gedichte. Verlagsbuchhdlg. Fritzsche u. Schmidt, Leipzig.

E. Müller-Sturmheim, Der Narr der Liebe. Roman. Anzengruber-Verlag, Wien, 10,1. Preis 20 Kr.

Max Eck-Troll, Die neue Erziehung. Verlag Das neue Geschlecht, Gonsenheim-Mainz.

Emil Kloth, Sozialdemokratie und Zentrum. Deutscher Volksverlag, München. Preis 2.40 Mk.

Staatsbürgerliche Erziehung an den deutschen Universitäten. Denkschrift vom Zentralausschuß für staatsbürgerliche Erziehung an der Universität Marburg. Verlag der Vertretung der deutschen Studentenschaft, Göttingen, Jüdenstraße 21.

Emil Lederer, Deutschlands Wiederaufbau und weltwirtschaftliche Neueingliederung durch Sozialisierung. Verlag von J. C. B. Mohr, Tübingen. Preis 10.50 Mk.

Georg Yvetot, Das A-B-C des Syndikalismus. Ins Deutsche übersetzt von J. Kreisberg. Verlag „Neue Erde", Wien 7. Preis 2.50 Mk.

Oskar Maurus Fontana, Empörer. Novellen. Verlag von E. P. Tal u. Co., Wien. Preis 6 Mk., geb. 9 Mk.

R. Schmidt, Aus goldenen Tagen. Heitere Liebesgedichte. Verlag P. Beutel, L.-Lindenau. Preis 2 Mk.

Bruno Bauch, Anfangsgründe der Philosophie. Erstes Heft der „Hilfsbücher für Volkshochschulen". Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Gotha. Preis 4 Mk.

Hans Grünewald, Die Kohle als Grundlage unseres Wirtschaftslebens. Zentralverlag Berlin.

Der „Dolchstoß". Warum das deutsche Heer zusammenbrach. Zentralverlag Berlin. Preis 1.20 Mk.

Otto Schön, Bolschewismus contra Bolschewismus. Die Führer des Bolschewismus über die Lage in Rußland. Zentralverlag Berlin. Preis 1.10 Mk.

L. Bergsträßer, Das alte System über sich selbst. Zentralverlag, Berlin. Preis 90 Pfg.

Hans Kirchsteiger, Der tote Teufel. Roman. Anzengruber-Verlag, Wien 10, 1. Preis 15 Kr.

Joh. Ferch, Liebe ohne Kinder. Das Recht auf Glück. Anzengruber-Verlag, Wien 10, 1.

W. Lamszus, Das Menschenschlachthaus. Bilder vom kommenden Krieg. Pfadweiserverlag, Hamburg 1.

W. Lamszus, Das Irrenhaus. Visionen vom Krieg. 2. Teil. Pfadweiserverlag, Hamburg 1. Preis 3.60 Mk.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200528/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Amtliche Bekanntmachungen.

Fleischverteilung.

Ausgabe: Am 29. Mai auf die Fleischmarken Q 1—10 (Erwachsene) 180 g Auslandgefrierrindfleisch oder frisches Kalbfleisch mit Knochen,
Q 1—5 (Kinder) 90 g desgl.
Q 1—5 (Kranke) 125 g desgleichen.
ohne Wahlrecht für den Käufer. In den Fleischereien mit Ausweisnummern 351—543 gelangen 130 g Fleisch und 50 g frische Wurst zur Verteilung.

Preis: Gefrierrindfleisch 13.10 Mk. das Pfund (180 g 4.72 Mk., 130 g 3.31 Mk., 125 g 3.28 Mk., 90 g 2.36 Mk.).
Kalbfleisch 7 Mk. das Pfund (180 g 2.52 Mk., 130 g 1.82 Mk., 125 g 1.75 Mk., 90 g 1.26 Mk.).
Frischwurst 6.50 Mk. das Pfund (50 g 65 Pfg.).

Anmeldung: Fleischmarken S bis Donnerstag, den 3. Juni, beim Fleischer abgeben.

Leipzig, am 27. Mai 1920.
Ern.-A. III. **Der Rat der Stadt Leipzig.**

Enthra.

Leichenfrau gesucht.

Für den aus den Ortschaften Enthra, Bösdorf, Großdalzig, Kleindalzig und Tellschütz und den hierzu gehörigen drei selbständigen Gutsbezirken Enthra, Enthra-Neuhof und Maußitz bestehenden Leichenfrauenbezirk wird zur baldigen Übernahme dieses Amtes eine geeignete Person gesucht. Meldungen an den Unterzeichneten.

Enthra, am 27. Mai 1920.
Der Gemeindevorstand.

Taucha.

1. 150 Gramm Margarine (4.20), 2. 140 Gramm mex. Schweinefleisch. Kinder die Hälfte. Pfundpreis 16 Mk. 3. Für die Woche vom 1.—7. Juni werden ausgegeben: Bis 2 Pfund Haferflocken, 1 Pfund Bohnenmehl und ½ Pfund Marmelade. Preise: 4 Mk., 3.70 Mk. und 3.70 Mk. f. d. Pfd.
Der Stadtrat zu Taucha.

Markranstädt.

Die Ausgabe der neuen Milchkarten erfolgt **Sonnabend, den 29. Mai,** von vormittags ½9 Uhr bis nachmittags ½3 Uhr, in den bekannten Ausgabestellen, die der Zuckerkarten am **Montag, den 31. Mai,** gegen Vorlegung der Ausweiskarte.

Markranstädt, am 28. Mai 1920.
Der Stadtrat.

Zwenkau.

Quäker-Speisung. Die nachgemeldeten Kinder von 2—6 Jahren sowie die noch nicht untersuchten Schulkinder werden Sonnabend, den 29. Mai 1920, vorm. 11—12 Uhr, im Rathaus — Zimmer 7 — ärztlich untersucht. Zur Untersuchung nicht gestellte Kinder bleiben von der Speisung ausgeschlossen.
Der Stadtrat.

Sparkasse Paunsdorf.

Geschäftszeit:
Montags bis Freitags 8—2 Uhr,
Sonnabends 8—1 Uhr.
Tägliche Verzinsung mit 3½ Prozent.
Postscheckkonto Leipzig Nr. 41390.
Kontrollmarken.

Politische Parteien
und Verfassungskämpfe in Sachsen
von der Märzrevolution bis zum Ausbruch des Mai-Aufstandes 1848—1849
von **Dr. Curt Geyer**
Preis broschiert 3.— Mark
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abteilung Buchhandlung
Leipzig, Tauchaer Str 19 21
Postscheckkonto Nr. 53477.
Die Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Trauringe massiv Gold
Gustav Kaniss
Tauchaer Str. 6. |*

Der Klassenkampf in Rußland.
Von **Paul Böttcher.** Preis **50 Pfg.**
Leipziger Buchdruckerei A. G.

Familien-Nachrichten

Heute morgen verschied ganz plötzlich und unerwartet, im Alter von 41 Jahren, meine heißgeliebte treusorgende Frau, unsre herzensgute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Ida Noritzsch geb. Thurm.

L.-Stünz, Zweenfurther Straße 6
In tiefstem Schmerze
Reinhold Noritzsch und Kinder.

Die Beerdigung findet Montag, d. 31. 5., nachm. ½3 Uhr, von der Leichenhalle Sellerhausen aus statt.

Am 26. Mai verschied nach kurzer Krankheit im Alter von fast 65 Jahren unser lieber Kollege

Adolf Hänsel.

Wir werden sein Andenken allezeit in Ehren halten!
L.-Anger-Cr., den 27. Mai 1920.
Die Kollegen der Firma Preuße & Co.
Maschinenfabrik.

Danksagung. Zurückgekehrt vom Grabe unsres teuren Entschlafenen, Herrn

Franz Pinther

sagen wir für die erwiesene Ehrung allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank. Besondern Dank der Fa. nebst Personal der Reparaturwerkstatt Leipziger Wollkämmerei.
L.-Schönefeld. **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Hierdurch die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber herzensguter Mann, Vater, Sohn, Bruder und Schwager

Traugott Karl Edlich

im Alter von 34 Jahren sanft entschlafen ist.
Paunsdorf, Paulinenstraße 16, I.
Die tiefbetrübte Gattin
Martha Edlich geb. Wille und Kind
nebst allen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Die allgemeine Volksschule und der Religionsunterricht in der Republik Sachsen
mit ausführlichen Erläuterungen von **Richard Lipinski.**
Preis **1.25 Mk.**
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.

Kleiner Anzeiger

Spielwaren — Puppenmöbel Sitz- und Kleinmöbel
Rührige bestempfohlene Vertreter von leistungsfähiger Firma, die stets mit Neuheiten an den Markt kommt, **gesucht.**
Homegla G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
Löwengasse 27/37. Telephon: Hansa 2333.

Preiswertes Angebot!

Herrenstiefel	Mk. 170.50
Herren-Lackstiefel	„ 240.00
Damen-Lackstiefel Hochschaft	„ 204.75
Damenstiefel	„ 142 75
Damen-Halbschuhe Schnür- u. Spangen-	„ 120.00
Knabenstiefel	„ 156.25
Wß. Leinen-Schnür- u. Bindeschuhe	„ 41.50
Leder-Niedertreter	„ 18.50
Hausschuhe früher 12,40 jetzt	„ 8.05
Holzsandalen	„ 2.50
Strümpfe schwarz, braun und weiß	Mk. 17.50 u. 16.75
Socken schwarz und farbig von	Mk. 8.50 an

Schuh-Haus **Neptun** Hainstraße 20/24 ... Windmühlenstraße 31

Gerade
weil die Stiefel so teuer sind, darf man zur Pflege nur das anerkannt beste nehmen
und das ist
Erdal
schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinherst.: Werner & Mertz, Mainz

Frauen
zum Austragen unf. Familienzeitschrift sofort gesucht
Allgemeiner Wegweiser
Lindenstraße 12.

Hausiererinnen
finden guten Verdienst
Neust. Hallische Str. 22, p. r.
Vorm. 8—12, nachm. 3—5.

Jung. Mädchen a. Aufwartg. f. vorm. ges. Eilenstr. 56, I.

Kräft. Schulmädch. a. Aufw. ges. Lind., Kaiserstr. 8, II. r.

Verkäufe

Prima holländ. **Süßrahm-Margarine** per Pfd. **22.50** M. Vollborn, L.-Neust., Wißmannstr. 24, I.*

R. holl. Kakao 25. M f. Wiederverk. Posadowsky-Anl. 1, III. r.*

Garantiert rein:

Jägertabak	50 gr	3.90
Feinst. Rauchtabak	50 „	3.50
Portorico	50 „	4.50
Columbia	50 „	4.50
Völkerfakel	50 „	4.00
Hamburg. Wappen	50 „	3.50
Rheinland	100 „	6.50
Jägertabak	100 „	5.00

Elisabeth Müller, Zig.-Gesch., Zeitzer St. 39 (vis à vis Volksh.)

Feuerholz (Kiefer)

1 Meter lang	12.50
geschnitten	14.50
Stakholz	12.50
gespalten	14.50
ofenfertig	17.— |*

Gustav Koch, L.-Eutritzsch Schönefeld. Str. Lagerpl. 1b.

Billig. Brennholz
Zentner **12.50 Mk.** |*
E. Glauche, Lagerplatz Ecke Jahn- u. Gießerstraße

Mil.-Schaftst., Gr. 28, Überz., mittl. Fig. Karolinenstr. 12, I. r.

1 P. Mil.-Stiefel, neu, Gr. 27, z. verk. Schrebergäßchen 1, IV.

Schuhwaren
Rohbox- und Boxrindleder
Moderne bequeme Form

Herren-Stiefel	180-205	M
D.-Spangenschuhe	110-150	„
Dam.-Halbschuhe	165-180	„
Dam.-Schuhe, hohe	120-185	„
Knaben-Schuhe	120-150	„
Kinder-Schuhe	35-65	„

L. Kliche, Lindenau, Reuterstr. 31, II. M.

M.-Schaftstiefel, neu, Gr. 27,5 u. gestickte weiße Bluse, Gr. 42 bill. R., Gemeindestr. 30, Hh. I. r

Billige Anzüge
von **200 Mk.** an |*
Paletots, Gummimäntel
Lodenmäntel, Hosen
verkauft **Wadewitz,**
Windmühlenstrasse 33, I.

Mil.-Mantel, Hose, Schuhe, Bettw., Handt. Wurzn. Str. 31

Anzug, dkl., wen. getr., Gr. 170 bll. Schl., Könneritzstr. 99, IV. I

Umstdh. vk. prsch. u. H.-Garderobe, Cutaw., Marengostoff, gstr. Hose, schw. Gehrockanzug, Maßarb., elg. Smoking, blau. Jackettanz., grau. Som.-Anz., hell. u. dkl. mod. Som.-Paletot Windmühlenst. 32, Sg. A. IV r*

Anzug, dkl., mod., f. neu, m. 2 W. Hos., m. Fig. Altn. St. 111, II. m

Anzug, mittl. Größe, verkauft Schleußig, Blümnerstr. 30, I. r.

Jackett-Anzüge, 2 getr. u. 1 fast neu, M. Hahn, Lange St. 10, I.*

3 Knabenanzüge, weiß, für 6-10 Jhr., fast neu, Anz. Trinitatisstr. 15, II. r., a. d. Gesch. Str.

Hosen
schwarz und gestreift
Anzüge, Paletots
bill. z. verk. **Wadewitz,**
Windmühlenstraße 33, I.*

Militär-Hosen
-Blusen, -Mäntel, -Schuhe, -Schaft- u. Reitstief., n. u. gtr., vk. R., Frommannstr. 12, Lad.*

Offiz.-Mant., hellgr. el. Langstiefel, Borf.-Schnürsch., neu. Mil.-u. Drill.-Anz., Schlosserhose, gestr. u. Arb.-Hose, weiß. Leinenhose, Gamaschenhose.* Windmühlenst. 32, Sg. A. IV. r.

2 eleg. **Gehrockanz., 1 Cutaway** verk. bill. Lange Str. 10, I.

Guterh. **Burschenanz.,** 17jähr., verk. Go., Elsbethstr. 29, II. I.

2 gebr. **Arbeiteranz.,** blau Lein., bill. zu verk. Teubnerstr. 3, I.

Cutaway m. gestreifter Hose, Som.-Ueberzieher bill. z. verk. Lindenau, Kaiserstr. 8, I. r.

H.-Ulsterjack., schw. gbr. Kbr., wgpl., Hngl. Uhlandst. 1, III. M

Mil.-Blusen u. Hosen, neu u. getr., Sporth., Reith., Drillanz., Arbeitshose, Jack.-Anz., Jack. u. West., S.-Ubrz., Schuhwerk vk. Ranstische Gasse 3, p.*

Jacketts, guterh., pss. f. 16-18 J. Leu., Lind. St. 53, III. r. **Richter.**

Anzug- u. Kostümstoffe verkft. billigst Frau Schulz, L.-Vo., Mariannenstr. 73, pt.*

Damen Regenhüte
einzeln abzug. (Kein Laden)
Leipzig, Kurprinzstr. 3, I,
Fernspr. 18124 *

Damen-Hemden, weiß	40
-Beinkleid.	30
-Strümpfe, schw.	12
-Schürzen	22
Herrenhemden	40
Handtücher	8
Bettbezug mit Kissen	200
Bettücher	65
Hemdentuch, kräftige Ware	10

Kohlgartenstraße 29, I. links.
Sonnabends kein Verkauf.

Dam.-Badetrikot, blg. z. verk. Lind., Dreilindenstr. 26, III. r.

Babn-Betten, Korbgestell vk. Neusch., Melchiorstr. 16, I. r.

Preissturz
gibt es nicht, aber neue leinene **Bettwäsche,** weiß u. bunt, für 32 M, Inlett, rot, 48 M, ein Bezug Damast mit 2 Kissen 400 M, handgewebte Leinwand, Oxford, Flanell und Barchent verkauft
L.-Reudn., Lilienstr. 19, ptr. l.

Bettzeug, weiß u. bunt, **Babywäsche,** Handtücher, Servietten verk. R., Frommannstr. 12, Lad. *
ebendas. **1 Kinderbettst. m. Matr.**

Damast-Bettw., 2×w., 4 Kiss. Volkm., Eisenbahnstr. 94, I. M.

Bettwäsche, 4×neu, Stangenlein., 2×gebr., beste Friedensware zu verk. Arndtstr. 71, I. r.

Bettwäsche,
1×bunt, Promenadenst. 30, II.

Betten, Wäsche, Kü.-Schrk. u. Sofa, Gartentische u. Stühle u. a. m. vk. Li., Cranachstr. 1, p. r.

Federbett, 180 M, versch. Bild. 5—40 M, Brüderstraße 10, I. I.

Bettwäsche, gterh. bunt, 120 M D.-Sch., Gr. 38 100 M, H.-Sch., Gr. 42 150 M Thomaskirchh. 9, I

Plüschsofa, Rohrst., kl. Tisch, verk. Moltkestraße 58, p. lks.*

Kleiderschrank, Vertiko, |* Sofa, Vorsaalgarderobe verk. Dix, Eisenacher Str. 60, pt.

Schlafz.-, Kücheneinrichtung z. vk. Gutsmuthsstr. 10, II. I.*

Böhse, Kaiserstraße 5
Möbelbeschläge
Tischler-Werkzeuge
Hobelbänke, Leimöfen.
Schuhmacher-Artikel
Globin. *

Möbel, f. Brautleute pass., bill. Abds. 5-8 Uhr z. bes. Brandvorwerkstr. 8, p.

2 Kleiderschränke aus Priv. z. verk. Gohl., Fabricestr. 14, p. I.

Kleiderschr., Bettst. m. M., Tisch, Stühle, Vo., Natalienst. 19, p. l

Vertiko, echt N., m. Spg. 400 M Servierti., Kontorsess., Balustrade b. z. vk. Brüderstr. 10, I. I.

Vertiko, Kleiderschrk., Tisch, Sofa, Kommode, Waschtisch, Bettst. m. Matr., Kopierpresse vk. Kappe, Nürnberger Str. 11.

Vertiko, Kleiderschrank, Tisch Stühle, Kommode mit Aufs. bill. Lind., Obermannstr. 4, p.

Schlafz.-Schrk., mod., h. Eiche, bill. Karl-Heine-St. 84, I. M.*

Schreibtisch (Eiche). Anger, Posadowsky-Anlag. 9, II. M. r.

2 gebr. **Sofas** ch. Bez., Nähm., M.-Will., ½-h-Lt.-Holzmaße f. Hdl. Vl., Ziegelst. 27, Werkst.

N. Stoff-Sofa b. Senefelderst. 21, I.

Sofa, Nähmaschine, 250 Mk., vk. Reudn., Kapellenstr. 9a, pt.

Sofa, gebr., kompl. Küche bill. Lind., Leutzscher Str. 51, III. I.

Plüschsofa, mod., gt. Chaisel., Schreibschr. 260 M, Waschti. m. Marm. bill. Turnerstr. 12, p. I.*

G. Sofa 270, Waschkom. m. u. o. Marm. b. Vo., Ewaldstr. 17, pt.

Chaiselongue, Sofa verkauft Grimmer, Konradstr. 33b, pt.

Kommode, neu, 4-käst., preisw. Anger, Mölkauer Str. 78, III. I.

Einige gute Stühle zu verk. Li., Hellmuthstr. 7, III., Päßler.

Küche, 3teilig, billig zu verk. Lind., Obermannstr. 4, part.

Schöne neue Küche verk. bill. Reudnitz, Kapellenstr. 20, II. I.

Küche, komplett, wie neu, Plüschsofa, Bettstelle m. Mtr., Tisch. Zeitzer Straße 38, II. I.

Gebr. Küchenschrank, 2 Stühle für 250 M zu verk. Connew., Auerbachstr. 2, III. b. Gerber.

Bettst. o. M., Hael., Klavierst., f. Petr., Küchbr. m. 8 D., 2 Bild. Krebs, S., Eisenbahnstr. 155.

Guterh. Bettstelle mit Matr., 250 M, vk. Täubchenweg 58, I. I.

2 gth. **Bettst.** m. M. u. Sofatisch z. vk. Frankfurter Str. 6, H. p. r

Bettstelle zu verkaufen. L.-Kleinzsch., Windorfer Str. 10, I. I.

2 englische Betten, neu, 500 M
2 deutsche Betten, gebr., 120 M
Zschochersche Str. 57, Krahl.

Gelegenheitskauf!
Patentmatratzen
Ia. Zugfedern, *
solange der Vorrat reicht Abgabe auch an Privat p. Stck. 110 M, Gr. 90×190
Steinbeck & Lux,
Leipzig-Gohl., Mananstr. 4a.

Zweischl. Bettstelle m. Matr., billigst. Brüderstraße 6, I. lks.

Bettst. m. laub. M. prsw. z. vk. Härtel, Zwenkauer Str. 10, p.

Guterh. Bettstelle m. Matr. b. z. vk. Körnerstr. 50, Hof III. r.

2 Bettstellen, egal m. Matr. I. bill. z. verk. Rich. Päßler, Boguslawst. 16.

Klavier, schw., 1800 M, vk. Sell., Plautziger Str. 6, II., **Walter.** |*

Tafelklavier, Ton Ia, vk. Böhl., Ehrenb., Pflaumestr. 23, p. I.

Grammoph., trichtl., m. Pltt., w. neu, vk. Wurzn. St. 134, I. M.

Uhren
Gold- und Silberwaren
Größte Auswahl in jeder Ausführung und Preislage.
Reparaturwerkstätte.
Max Karl Müller
Königsplatz 5. *

Bandoneon, 66 ost.-tön., pass. f. Anfänger, für 180 M z. verk. Schleußig, Blümnerstr. 21, I. r.

Nähm., neu u. gebr., verk. bill. Meth, Frankfurter Str. 22. |*

Erstkl. H.-Rad, Frlf. u. Ia Gu. bill. Kohlgartenstraße 44, II.

Herren-Rad mit neu. Gu., Holzfelgen, z. verk. 460 M. Webergasse 8, I. r.

H.-Rad, a. G., **Bettwäsche,** neu, ½5-6 U. Eilenstr. 36, Restaur.

Herren-Rad u. Kinderwagen verkauft Täubchenweg 58, I. I.

Fahrräder,
gebraucht u. neu vorgerichtet, vk. b. Pötsch, Täubchenweg 86.

Fahrräd., Mänt. u. Schläuche vk. b. Kirchhof, Kreuzst. 46, H.*

Klappwagen, wie neu, bill. zu verk. Lind., Angerstr. 1, III. r. |*

Klappwg. m. Verd. u. Kinderwag. z. vk. Wurzner St. 68, I. I.

Kinderwagen, Klappwag. vk. Neuschön., Melchiorstr. 16, I. r.

Klappw. m. V. u. Korbkinderwag. vk. Wurzner St. 6, IV. M.

Gth. gesch. Klappw. m. Verd. bill. Rdn., Augustenstr. 8, I. r.

Klappwagen ohne Verdeck, saub. Holzkinderbett billig zu verk. Schenkendorfstr. 29, p. r.

Kinderwagen, Peddigrohr, verk. billig Mittelstr. 8, I. I.

Klappw., Bettst. m. M., Gart.-Tisch u. -Stühle, Adrißbuch, gr. Handw. u. Holland. bill. zu vrk. Li., Demmeringstr. 80, II. r.

Wß. Kinderw., Kdrk. m. Gest., Klappw., alles guterh., verk. bill. Co., Leopoldstr. 25, IV. r.

Eisschrank billig zu verkauf. Lindenau, Kaiserstraße 3, I. r.

Waschgefäße
beste Ware, bill. Preise, beste Bezugsquelle f. Wiederverk.* **Stigner, Modau,** Leonhardst. 11 **Reparaturenannahme T. 11836.**

2 Waschwannen, guterh., bill. zu verkauf. Körnerstr. 8, III. r.

2 fl. Gaskoch. m. Wärmer, neu, bill. z. vk. Senefelderst. 24, p. I.

3 Schubkehren, versch. Mikrometer u. a. m. z. verk. Kirchner, W.-Ehrenb., Mühlenst. 27, II. r.

Wagenplane, wasserdicht, für 50 M z. verk. Rochlitzstr. 39, III. I.

Ia. Tomaten- u. alle and. Gemüsepfl. billig. **H. Päß,** Gärtnerei, Leutzsch, Auenstraße 7.

Kaninchenstall, 3teilig, verk. Böhlitz-Ehrenb., Lindenstr. 6.

2 zweiteil. Kaninchenställe, 2 Ia. Kaninch., 1 Ztr. Strohbll. z. verk. **Ferd.-Jost-Str. 22, p. I.**

6 Stck. 9 W. a. **Kaninch.,** bl. W. z. vk. Lößnig, Küstnerstr. 10, I. r.

Ent., Gluden m. u. ohne Kück. u. eine fettstg. Glucke verkauft Schönef., Scheumannstr. 8, p. I.

½ j. d. **Schäferhund,** g. dress., b. z. vk. Gutsmuthsst. 42, IV. **Kühn**

Herren- u. Damen-
Garderoben, alle Militärsachen, Schuhe, Bett-, Tisch-, Leib-, Kinderwäsche, Uhren, Gold- und Silbersachen kauft **Jordan,** Bayersche Str. 15. *

Kaufe
Herren-Garderobe
Militär-Sachen
Schuhwerk
Wäsche, Betten |*
Leihhausscheine
Klink, Ranstische Gasse 6, p.

Militärtuch - Ulster
Blusen, Hosen, Mantel kauft Rd., Fromannstr. 12, Laden.*

Frau Kammer, Reichsstr. 14, II.
kauft Herren- und Damen-Gard., Leihhausch., Wäsche, Federbetten usw. Tel. 10527.*

Wegen großen Bedarfs kaufe sämtliche getragene und neue

Herrengarderobe

M. Hahn, Lange Str. 10, I.*

Deckbett zu kaufen gesucht. Off. u. G. 4 Fil. Stötteritz.

Küchenschrank zu kaufen ges. Hofmann, Kapellenst. 9a, pt.*

2 Bettstell. m. Matr., guterh., gut. pass., a. Priv. zu kauf. ges. Angebot. m. Preis an Müller, Wahren, Turnerstraße 7, p. I.

Gasbügelofen f. 1 Eisen kauft **H. Elster,** Plagwitz. Str. 37, IV.

Hundefutter
kauft Wunder, Bayr. Str. 7, III

Vermischte Anzeigen

I. Verleih-Institut
fein. Gesellschaftsanzüge
J. Kindermann. *
Neumarkt 1, I. Eck. Grimm. St.

Frack-, Gehrockanz.
verleiht **Schaal,**
Große Fleischergasse 10.

Massage, nur für Damen. **Marg. Schmidt,** Weststr. 63, II.*

W. nimmt 15 Mon. alt. Mädch. in saubere gute Pflege, Schönefeld, Robert-Blum-St. 12, p

Aufpolstern von Sofas und Matratzen. Josephstraße 33.*

Wohnungen

Schlafstelle für 1 Herrn frei. Sieber, Viktoriastraße 1, pt.

L. Stube z. Einstell. v. Möbeln sof. z. verm. Reitzenh. St. 146, I.

L. Zim. f. jg. Mdch. Süd bevrz. Off. u. V. 3 Fil. Zeitzer Str. 32.

Brautpaar sucht 1 bis 2 leere Zimmer für sofort. Linder, Lind., Hahnemannstr. 15, II.

Tausche Stube, Ka., Kü. gegen größere in Plagwitz od. Lind. Klatsch., Miltitzer Str. 7, pt. M.

Wohnungstausch
Leipzig—Weißenfels
Wer eine Wohng. in Leipzig mit ein. Wohn. in Weißenfels (gute Verbindung m. Leuna) tauschen möchte, wolle sich mit d. Fa. Bodo Bergk G. m. b. H., **Weißenfels,** in Verbind. setz.*

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200528/12
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG